



Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 16/2023

29. August 2023

Inhaltsverzeichnis

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Kommunalwahl- gesetzes (Sächsische Kommunalwahlordnung – SächsKomWO) vom 24. Juli 2023	674
---	-----

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

21. August 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 87,64 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 21,35 Euro Postversand) bzw. 61,83 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 13,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Kommunalwahlgesetzes (Sächsische Kommunalwahlordnung – SächsKomWO)

Vom 24. Juli 2023

Auf Grund des § 62 des Kommunalwahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 2018 (Sächs-GVBl. S. 298) verordnet das Staatsministerium des Innern:

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1 Wahlvorbereitung, Wahlorgane

Unterabschnitt 1 Bekanntmachung der Durchführung der Wahl, Wahlkreise, Wahlbezirke

- § 1 Bekanntmachung der Durchführung der Wahl
- § 2 Wahlkreise
- § 3 Allgemeine Wahlbezirke
- § 4 Sonderwahlbezirke

Unterabschnitt 2 Wählerverzeichnis

- § 5 Führung des Wählerverzeichnisses
- § 6 Eintragung von Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis
- § 7 Benachrichtigung der Wahlberechtigten
- § 8 Einsicht in das Wählerverzeichnis
- § 9 Berichtigung des Wählerverzeichnisses
- § 10 Abschluss des Wählerverzeichnisses

Unterabschnitt 3 Wahlscheine

- § 11 Voraussetzungen für die Erteilung von Wahlscheinen bei nicht im Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten
- § 12 Zuständigkeit, Gestaltung des Wahlscheines, persönliche Stimmabgabe mit Wahlschein
- § 13 Wahlscheinanträge
- § 14 Erteilung von Wahlscheinen, Ausgabe von Briefwahlunterlagen
- § 15 Erteilung von Wahlscheinen an bestimmte Personengruppen

Unterabschnitt 4 Wahlvorschläge

- § 16 Inhalt und Form der Wahlvorschläge
- § 17 Unterstützungsunterschriften
- § 18 Einreichung und Vorprüfung der Wahlvorschläge
- § 19 Zulassung der Wahlvorschläge
- § 20 Bekanntmachung der Wahlvorschläge

Unterabschnitt 5 Wahlorgane

- § 21 Wahlausschüsse
- § 22 Wahlvorstände
- § 23 Bewegliche Wahlvorstände

Unterabschnitt 6 Wahlräume, Stimmzettel, Wahlzeit

- § 24 Wahlräume, Wahlkabinen, Wahlurnen
- § 25 Stimmzettel
- § 26 Wahlzeit
- § 27 Wahlbekanntmachung

Abschnitt 2 Wahlhandlung

Unterabschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

- § 28 Ausstattung des Wahlvorstandes
- § 29 Eröffnung der Wahlhandlung
- § 30 Öffentlichkeit, Ordnung im Wahlraum
- § 31 Stimmabgabe im Wahlraum
- § 32 Stimmabgabe unter Inanspruchnahme einer Hilfsperson
- § 33 Stimmabgabe mit Wahlschein im Wahlraum
- § 34 Schluss der Wahlhandlung

Unterabschnitt 2 Besondere Regelungen

- § 35 Wahl in Sonderwahlbezirken
- § 36 Stimmabgabe in kleineren Krankenhäusern, kleineren Alten- oder Pflegeheimen und in Klöstern
- § 37 Stimmabgabe in sozialtherapeutischen Anstalten und Justizvollzugsanstalten
- § 38 Briefwahl

Abschnitt 3 Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Unterabschnitt 1 Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Wahlbezirk

- § 39 Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk
- § 40 Zählung der Wählerinnen und Wähler
- § 41 Zählung der Stimmzettel und der Stimmen
- § 42 Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- § 43 Schnellmeldungen, vorläufige Wahlergebnisse
- § 44 Wahlniederschrift
- § 45 Übergabe und Verwahrung der Wahlunterlagen

Unterabschnitt 2 Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des Briefwahlergebnisses

- § 46 Behandlung der Wahlbriefe, Vorbereitung der Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses
- § 47 Zulassung der Wahlbriefe
- § 48 Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses
- § 49 Zulassung der Wahlbriefe, Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses bei wenigen Briefwählerinnen und Briefwählern

Unterabschnitt 3

Ermittlung, Feststellung, Bekanntmachung und statistische Auswertung der Wahlergebnisse

- § 50 Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses bei Gemeindewahlen
- § 51 Bekanntmachung des Wahlergebnisses und Benachrichtigung der Gewählten bei Gemeindewahlen
- § 52 Statistische Auswertung der Gemeindewahlergebnisse
- § 53 Ermittlung, Feststellung, Bekanntmachung und statistische Auswertung der Kreiswahlergebnisse

Abschnitt 4

Wahlanfechtung, Wahlprüfung

- § 54 Wahlanfechtung
- § 55 Wahlprüfung

Abschnitt 5

Neuwahl, Wiederholungswahl, Wahlabsage und Nachwahl

- § 56 Neuwahl
- § 57 Wiederholungswahl
- § 58 Wahlabsage, Nachwahl

Abschnitt 6

Sonstige Vorschriften

- § 59 Öffentliche Bekanntmachungen
- § 60 Beschaffung von Stimmzetteln und Vordrucken
- § 61 Sicherung der Wahlunterlagen
- § 62 Vernichtung von Wahlunterlagen, Löschung personenbezogener Daten
- § 63 Sorbisches Siedlungsgebiet
- § 64 Gleichzeitige Durchführung von mit der Kommunalwahl verbundenen Bürgerentscheiden und Volksentscheiden
- § 65 Wahlorganisation in Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbänden
- § 66 Übergangsbestimmung
- § 67 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- Anlage 1 Wahlbenachrichtigung
- Anlage 2 Wahlscheinantrag (Rückseite der Wahlbenachrichtigung)
- Anlage 3 Abschluss des Wählerverzeichnisses
- Anlage 4 Wahlschein
- Anlage 5 Stimmzettel Verhältniswahl
- Anlage 6 Stimmzettel Mehrheitswahl bei einem Wahlvorschlag
- Anlage 7 Stimmzettel Mehrheitswahl ohne Wahlvorschlag
- Anlage 8 Stimmzettel Mehrheitswahl bei mehreren Wahlvorschlägen
- Anlage 9 Stimmzettel Bürgermeister-/Landratswahl bei mehreren Wahlvorschlägen
- Anlage 10 Stimmzettel Bürgermeister-/Landratswahl bei einem Wahlvorschlag
- Anlage 11 Stimmzettel Bürgermeister-/Landratswahl ohne Wahlvorschlag
- Anlage 12 Stimmzettelumschlag
- Anlage 13 Wahlbriefumschlag
- Anlage 14 Hinweise für Briefwählerinnen und Briefwähler
- Anlage 15 Kontrollmitteilung zur Versendung der Briefwahlunterlagen
- Anlage 16 Wahlvorschlag
- Anlage 17 Zustimmungserklärung/Bescheinigung der Wählbarkeit
- Anlage 18 Erklärung über das Vorliegen der allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

- Anlage 19 Niederschrift zur Bewerberaufstellung
- Anlage 20 Versicherung an Eides statt
- Anlage 21 Bescheinigung des Wahlrechts
- Anlage 22 Unterstützungsverzeichnis
- Anlage 23 Unterschriftenblatt Unterstützungsverzeichnis
- Anlage 24 Gesamtverzeichnis für Kreiswahlen
- Anlage 25 Niederschrift über die Zulassung der Wahlvorschläge
- Anlage 26 Wahlbekanntmachung
- Anlage 27 Zählliste
- Anlage 28 Schnellmeldung
- Anlage 29 Wahl Niederschrift Wahlbezirk
- Anlage 30 Wahl Niederschrift Briefwahlvorstand
- Anlage 31 Zusammenfassung der Wahlergebnisse bei der Kreiswahl
- Anlage 32 Sorbischsprachige Bekanntmachungstexte
- Anlage 33 Zweisprachige Vordrucke

Abschnitt 1

Wahlvorbereitung, Wahlorgane

Unterabschnitt 1

Bekanntmachung der Durchführung der Wahl, Wahlkreise, Wahlbezirke

§ 1

Bekanntmachung der Durchführung der Wahl

(1) Die Gemeinde macht die Durchführung der Gemeinderatswahl, der Ortschaftsratswahl, der Stadtbezirksbeiratswahl und der Bürgermeisterwahl spätestens am 90. Tag vor der Wahl öffentlich bekannt. Der Landkreis macht die Durchführung der Kreistagswahl und der Landratswahl spätestens am 90. Tag vor der Wahl öffentlich bekannt.

(2) Die öffentliche Bekanntmachung der Durchführung der Gemeinderatswahl, der Ortschaftsratswahl, der Stadtbezirksbeiratswahl und der Kreistagswahl muss

1. den Wahltag,
 2. die Zahl der zu wählenden Mitglieder,
 3. die Zahl und die Abgrenzung der Wahlkreise, sofern das Wahlgebiet in mehrere Wahlkreise unterteilt ist,
 4. die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen,
 5. die Angabe, wo, ab wann und bis zu welchem Zeitpunkt Wahlvorschläge eingereicht werden können,
 6. den Hinweis auf die Bestimmungen über Inhalt und Form von Wahlvorschlägen sowie die den Wahlvorschlägen beizufügenden Unterlagen,
 7. den Hinweis auf die Bestimmungen über erforderliche Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge unter Angabe, welche Wahlvorschläge Unterstützungsunterschriften benötigen, wie viele Unterstützungsunterschriften ein Wahlvorschlag benötigt sowie wo, ab wann, bis zu welchem Zeitpunkt und wie diese Unterschriften geleistet werden können,
- enthalten.

(3) Die öffentliche Bekanntmachung der Durchführung der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl muss

1. den Wahltag,
2. den Tag des etwaigen zweiten Wahlgangs,
3. die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen,
4. die Angabe, wo, ab wann und bis zu welchem Zeitpunkt Wahlvorschläge eingereicht werden können, verbunden mit dem Hinweis, dass die Wahlvorschläge auch für einen etwaigen zweiten Wahlgang gelten, sofern sie nicht nach § 44a Absatz 2 Nummer 1 des Kommunalwahlgesetzes zurückgenommen oder nach § 44a Absatz 2 Nummer 2 des Kommunalwahlgesetzes geändert werden,

5. den Hinweis auf die Bestimmungen über Inhalt und Form von Wahlvorschlägen sowie die den Wahlvorschlägen beizufügenden Unterlagen,
 6. den Hinweis auf die Bestimmungen über erforderliche Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge unter Angabe, welche Wahlvorschläge Unterstützungsunterschriften benötigen, wie viele Unterstützungsunterschriften ein Wahlvorschlag benötigt sowie wo, ab wann, bis zu welchem Zeitpunkt und wie diese Unterschriften geleistet werden können,
- enthalten. Bei der Bürgermeisterwahl muss die öffentliche Bekanntmachung darüber hinaus die Angabe enthalten, ob es sich um eine hauptamtliche oder ehrenamtliche Bürgermeisterstelle handelt.

(4) Bei gleichzeitig durchzuführenden Wahlen soll die öffentliche Bekanntmachung der Wahlen möglichst gleichzeitig vorgenommen werden. Wird am gleichen Wahltag mit einer Kommunalwahl eine andere Wahl oder ein Volks- oder Bürgerentscheid durchgeführt, ist bekannt zu machen, wenn sie nach § 57 Absatz 2 des Kommunalwahlgesetzes mit der Kommunalwahl organisatorisch verbunden werden.

§ 2 Wahlkreise

Die Kreisfreien Städte und die Landkreise sowie diejenigen kreisangehörigen Gemeinden, die von der Möglichkeit des § 2 Absatz 3 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes Gebrauch gemacht haben, teilen die Zahl und die Abgrenzung der Wahlkreise unter Angabe der Einwohnerzahlen ihrer Rechtsaufsichtsbehörde mit. Die Landkreise unterrichten darüber hinaus auch die kreisangehörigen Gemeinden unverzüglich über die Zahl und die Abgrenzung der Wahlkreise für die Kreistagswahl.

§ 3 Allgemeine Wahlbezirke

(1) Die Wahlbezirke sollen nach den örtlichen Verhältnissen so gebildet und abgegrenzt werden, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Kein Wahlbezirk soll mehr als 2 500 Einwohnerinnen und Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie einzelne Wahlberechtigte gewählt haben.

(2) Die Wahlberechtigten in Gemeinschaftsunterkünften wie Übergangwohnheimen, Unterkünften der Bundeswehr, der Bundespolizei, des Polizeivollzugsdienstes oder ähnlichen Einrichtungen sollen nach festen Abgrenzungsmerkmalen auf mehrere Wahlbezirke verteilt werden.

§ 4 Sonderwahlbezirke

Für Krankenhäuser, Altenheime, Altenwohnheime, Pflegeheime, Erholungsheime und gleichartige Einrichtungen mit einer größeren Anzahl von Wahlberechtigten, die keinen Wahlraum außerhalb der Einrichtung aufsuchen können, können bei entsprechendem Bedarf Sonderwahlbezirke zur Stimmabgabe für Wahlberechtigte mit Wahlschein gebildet werden. Mehrere Einrichtungen können zu einem Sonderwahlbezirk zusammengefasst werden. Wird ein Sonderwahlbezirk nicht gebildet, gilt § 23.

Unterabschnitt 2 Wählerverzeichnis

§ 5 Führung des Wählerverzeichnisses

(1) Die Gemeinde legt vor jeder Wahl für jeden allgemeinen Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten nach Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnung an (Wählerverzeichnis). Das Wählerverzeichnis kann auch im automatisierten Verfahren geführt werden. Kopien von Wählerverzeichnissen dürfen nur für die Wahldurchführung und zu Sicherungszwecken hergestellt werden.

(2) Das Wählerverzeichnis wird unter fortlaufender Nummer in der Buchstabenfolge der Familiennamen, bei gleichen Familiennamen der Vornamen, angelegt. Es kann auch nach Ortsteilen, Straßen und Hausnummern gegliedert werden.

(3) Bei der Gemeinderatswahl, der Ortschaftsratswahl, der Stadtbezirksbeiratswahl und der Kreistagswahl muss das Wählerverzeichnis je eine Spalte für Vermerke über die Stimmabgabe und für Bemerkungen enthalten.

(4) Bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl muss das Wählerverzeichnis je eine Spalte für Vermerke über die Stimmabgabe bei der ersten Wahl und bei dem zweiten Wahlgang enthalten; ferner muss das Wählerverzeichnis eine Spalte für Bemerkungen enthalten. Die erst für den zweiten Wahlgang Wahlberechtigten sind im Wählerverzeichnis in der Spalte für Bemerkungen durch einen entsprechenden Vermerk zu kennzeichnen.

(5) Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen ist ein gemeinsames Wählerverzeichnis für alle Wahlen anzulegen; bei der gleichzeitigen Durchführung mit anderen Wahlen können gemeinsame Wählerverzeichnisse geführt werden. Spalten für Vermerke über die Stimmabgabe sind entsprechend zu ergänzen.

§ 6 Eintragung von Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis

(1) Von Amts wegen sind in das Wählerverzeichnis alle am Wahltag Wahlberechtigten einzutragen, die am 42. Tag vor der Wahl (Stichtag) bei der Meldebehörde für eine Wohnung gemeldet sind, bei mehreren Wohnungen ist die Hauptwohnung maßgeblich. Bei der gleichzeitigen Durchführung mehrerer Wahlen sind alle einzutragen, die bei zumindest einer der Wahlen wahlberechtigt sind. Ist eine Person nicht bei allen Wahlen wahlberechtigt, ist ein entsprechender Vermerk anzubringen.

(2) Wahlberechtigte, die sich nach dem Stichtag innerhalb derselben Gemeinde für eine neue Hauptwohnung anmelden, bleiben in dem Wählerverzeichnis des Wahlbezirkes eingetragen, für den sie am Stichtag gemeldet waren. Wahlberechtigte, die sich bei der Durchführung von Kreiswahlen nach dem Stichtag für eine neue Hauptwohnung in einer Gemeinde desselben Landkreises anmelden, werden bis zum Ablauf des 16. Tages vor der Wahl auf Antrag in das Wählerverzeichnis der Zuzugsgemeinde eingetragen. Hier- von ist die Fortzugsgemeinde unverzüglich zu informieren. Die Wahlberechtigten werden für die Wahlen gestrichen, für die sie nicht mehr wahlberechtigt sind.

§ 7

Benachrichtigung der Wahlberechtigten

(1) Spätestens am Tag vor Beginn der Frist zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis (21. Tag vor der Wahl) benachrichtigt die Gemeinde alle Wahlberechtigten, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, nach dem Muster der Anlage 1. Wahlberechtigte, die im Berichtigungsverfahren in das Wählerverzeichnis eingetragen werden, sind unverzüglich nach der Eintragung zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung soll enthalten:

1. den Familiennamen, die Vornamen und die Wohnung der oder des Wahlberechtigten,
2. die Angabe des Wahlraumes und ob dieser barrierefrei ist,
3. einen Hinweis, wo Wahlberechtigte Informationen über barrierefreie Wahlräume erhalten können,
4. die Angabe des Wahltages und der Wahlzeit,
5. die Nummer, unter welcher die oder der Wahlberechtigte in das Wählerverzeichnis eingetragen ist,
6. die Aufforderung, die Wahlbenachrichtigung bei der Wahl mitzubringen und den Personalausweis oder Reisepass, bei ausländischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern einen Identitätsnachweis oder Reisepass, bereitzuhalten,
7. die Belehrung, dass die Wahlbenachrichtigung einen Wahlschein nicht ersetzt und daher nicht zur Wahl in einem anderen als dem angegebenen Wahlraum berechtigt,
8. bei Durchführung einer Bürgermeisterwahl oder einer Landratswahl den Hinweis auf den Tag des zweiten Wahlgangs verbunden mit dem Hinweis, dass hierzu keine weitere Benachrichtigung erfolgt,
9. die Belehrung über die Beantragung eines Wahlscheines und über die Übersendung von Briefwahlunterlagen verbunden mit dem Hinweis,
 - a) dass ein Wahlscheinantrag nur auszufüllen ist, wenn die oder der Wahlberechtigte in einem anderen Wahlraum des Wahlgebiets, bei der Gemeinderatswahl in Gemeinden mit mehreren Wahlkreisen und bei der Kreistagswahl in einem anderen Wahlraum des Wahlkreises, oder durch Briefwahl wählen will und
 - b) dass der Wahlschein von einer anderen Person als der oder dem Wahlberechtigten nur beantragt werden kann, wenn die Berechtigung zur Antragstellung durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird.

Soweit Wahlberechtigte bei der Bürgermeisterwahl oder der Landratswahl nur für den etwaigen zweiten Wahlgang wahlberechtigt sind, sind sie in der Benachrichtigung entsprechend darauf hinzuweisen; dabei sind der Wahltag und die Wahlzeit des etwaigen zweiten Wahlgangs anzugeben.

(2) Der Benachrichtigung ist ein Vordruck für einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines nach dem Muster der Anlage 2 beizufügen.

(3) Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen ist für alle Wahlen eine gemeinsame Wahlbenachrichtigung auszustellen. Bei der gleichzeitigen Durchführung mit anderen Wahlen soll eine gemeinsame Wahlbenachrichtigung ausgestellt werden, soweit die Wahlen nach § 57 Absatz 2 des Kommunalwahlgesetzes miteinander verbunden sind. In der Wahlbenachrichtigung ist zu vermerken, für welche Wahlen sie gilt.

§ 8

Einsicht in das Wählerverzeichnis

(1) Die Gemeinde macht spätestens am 24. Tag vor der Wahl öffentlich bekannt:

1. von wem, zu welchen Zwecken, unter welchen Voraussetzungen, wo, wie lange und zu welcher Zeit das Wählerverzeichnis eingesehen werden kann,
2. dass bei der Gemeinde innerhalb der Frist zur Einsichtnahme schriftlich oder zur Niederschrift Berichtigungen beantragt werden können,
3. dass Wahlberechtigten, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, bis spätestens zum 21. Tag vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung zugeht,
4. wo, in welcher Zeit und unter welchen Voraussetzungen Wahlscheine beantragt werden können,
5. wie durch Briefwahl gewählt wird.

Die Bekanntmachungen können bei gleichzeitiger Durchführung mit anderen Wahlen miteinander verbunden werden.

(2) Die Gemeinde hält das Wählerverzeichnis während der allgemeinen Öffnungszeiten zur Einsichtnahme bereit. Bei Führung im automatisierten Verfahren kann die Einsichtnahme durch ein Datensichtgerät ermöglicht werden. Es ist sicherzustellen, dass Bemerkungen nach § 9 Absatz 3 im Klartext gelesen werden können. Das Datensichtgerät darf nur von Bediensteten der Gemeinde bedient werden.

(3) Innerhalb der Frist zur Einsichtnahme sind die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis durch Wahlberechtigte und das Anfertigen von Auszügen aus dem Wählerverzeichnis für sie zulässig, soweit dies im Zusammenhang mit der Prüfung des Wahlrechts einzelner bestimmter Personen steht und die oder der Wahlberechtigte Tatsachen glaubhaft gemacht hat, aus denen sich die Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses hinsichtlich dieser Personen ergeben kann. Die Auszüge dürfen nur für diesen Zweck verwendet und unbeteiligten Dritten nicht zugänglich gemacht werden; auf diese Einschränkungen hat die Gemeinde hinzuweisen.

§ 9

Berichtigung des Wählerverzeichnisses

(1) Nach Beginn der Frist zur Einsichtnahme sind die Eintragung oder Streichung von Personen und die Vornahme sonstiger Änderungen im Wählerverzeichnis nur noch auf rechtzeitigen schriftlichen Berichtigungsantrag zulässig. § 14 Absatz 5 bleibt unberührt.

(2) Ist das Wählerverzeichnis offensichtlich unrichtig oder unvollständig, kann die Gemeinde den Mangel auch von Amts wegen beheben. Dies gilt nicht für Mängel, die Gegenstand eines Berichtigungsverfahrens nach § 4 Absatz 3 und 4 des Kommunalwahlgesetzes sind.

(3) Alle vom Beginn der Frist zur Einsichtnahme ab vorgenommenen Änderungen sind in der Spalte für Bemerkungen zu erläutern sowie mit Datum und Unterschrift der oder des vollziehenden Bediensteten und im automatisierten Verfahren anstelle der Unterschrift mit einem Hinweis auf die verantwortliche Bedienstete oder den verantwortlichen Bediensteten zu versehen.

(4) Nach Abschluss des Wählerverzeichnisses können Änderungen mit Ausnahme der in § 4 Absatz 3 und 4 des Kommunalwahlgesetzes sowie in Absatz 2 und § 29 Absatz 2 vorgesehenen Berichtigungen nicht mehr vorgenommen werden.

§ 10**Abschluss des Wählerverzeichnisses**

(1) Das Wählerverzeichnis ist spätestens am Tag vor der Wahl, jedoch nicht früher als am dritten Tag vor der Wahl, durch die Gemeinde abzuschließen. Sie stellt dabei die Zahl der Wahlberechtigten des Wahlbezirks fest und gibt an, bei wie vielen Wahlberechtigten ein Wahlscheinvermerk eingetragen ist. Der Abschluss ist nach dem Muster der Anlage 3 zu beurkunden. Bei automatisierter Führung des Wählerverzeichnisses ist vor der Beurkundung ein Ausdruck herzustellen.

(2) Bei gleichzeitig durchzuführenden Wahlen ist der Abschluss des Wählerverzeichnisses für jede Wahl gesondert zu beurkunden.

**Unterabschnitt 3
Wahlscheine****§ 11****Voraussetzungen für die Erteilung
von Wahlscheinen bei nicht im Wählerverzeichnis
eingetragenen Wahlberechtigten**

Wahlberechtigte, die nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten auf Antrag einen Wahlschein, wenn

1. sie nachweisen, dass sie ohne ihr Verschulden versäumt haben, rechtzeitig die Berichtigung des Wählerverzeichnisses zu beantragen,
2. das Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der Frist zur Einsichtnahme entstanden ist oder
3. das Wahlrecht im Beschwerdeverfahren festgestellt worden ist.

§ 12**Zuständigkeit, Gestaltung des Wahlscheines,
persönliche Stimmabgabe mit Wahlschein**

(1) Der Wahlschein wird von der Gemeinde erteilt, in deren Wählerverzeichnis die oder der Wahlberechtigte eingetragen ist oder hätte eingetragen werden müssen.

(2) Für die Gestaltung des Wahlscheines gilt das Muster der Anlage 4.

(3) Ist das Wahlgebiet in mehrere Wahlkreise eingeteilt, ist auf dem Wahlschein anzugeben, für welchen Wahlkreis er gilt.

(4) Auf dem gemeinsamen Wahlschein bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen ist kenntlich zu machen, für welche Wahlen die Inhaberin oder der Inhaber wahlberechtigt ist. Durch persönliche Stimmabgabe kann die oder der Wahlberechtigte für alle gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen nur in den Wahlbezirken des jeweils kleinsten Wahlgebiets und, wenn dieses Wahlgebiet in Wahlkreise eingeteilt ist, nur in den Wahlbezirken des für sie oder ihn zuständigen Wahlkreises dieses Wahlgebiets wählen.

§ 13**Wahlscheinanträge**

(1) Die Erteilung eines Wahlscheines kann schriftlich oder mündlich bei der Gemeinde beantragt werden. Die Schriftform gilt auch durch Telefax, E-Mail oder durch sonstige dokumentierbare elektronische Übermittlung als gewahrt. Eine telefonische Beantragung ist unzulässig. In dem

Antrag sind die Anschrift der oder des Wahlberechtigten und das Geburtsdatum oder die laufende Nummer, unter der sie oder er im Wählerverzeichnis geführt wird, anzugeben. Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder wegen körperlicher Beeinträchtigung oder Behinderung an der Antragstellung gehindert sind, können sich für die Antragstellung jeweils der Hilfe einer anderen Person bedienen; § 32 gilt entsprechend.

(2) Wer, ohne Hilfsperson nach Absatz 1 Satz 5 zu sein, den Antrag für eine andere Person stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht die Berechtigung dazu nachweisen.

(3) Wahlscheine können bis zum zweiten Tag vor der Wahl, 16:00 Uhr, und bei gleichzeitiger Durchführung mit anderen Wahlen bis zum hierfür bestimmten Zeitpunkt beantragt werden. In den Fällen des § 5 Absatz 1 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung mit § 11 können Wahlscheine noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr, beantragt werden. Das Gleiche gilt, wenn bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung der Wahlraum nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten aufgesucht werden kann; in diesem Fall hat die Gemeinde vor Erteilung des Wahlscheines die Wahlvorsteherin oder den Wahlvorsteher des Wahlbezirks der oder des Wahlberechtigten davon zu unterrichten, die oder der entsprechend § 29 Absatz 2 zu verfahren hat.

(4) Verspätet eingegangene Anträge sind mit einem Vermerk über den genauen Zeitpunkt ihres Eingangs zu versehen, mit den dazugehörigen Briefumschlägen zu verpacken und bis zu ihrer Vernichtung (§ 62 Absatz 2) vorläufig aufzubewahren.

§ 14**Erteilung von Wahlscheinen,
Ausgabe von Briefwahlunterlagen**

(1) Wahlscheine dürfen nicht vor der öffentlichen Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge (§ 20) erteilt werden, dies gilt nicht für den zweiten Wahlgang von Landrats- und Bürgermeisterwahlen.

(2) Der Wahlschein muss von der oder dem mit der Erteilung beauftragten Bediensteten eigenhändig unterschrieben werden und mit dem Dienstsiegel versehen sein. Das Dienstsiegel kann eingedruckt werden. Wird der Wahlschein mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellt, kann abweichend von Satz 1 die Unterschrift fehlen; stattdessen kann der Name der oder des beauftragten Bediensteten eingedruckt werden.

(3) Dem Wahlschein sind beizufügen:

1. bei der Gemeinderatswahl in Gemeinden mit einem Wahlkreis sowie der Ortschaftsratswahl, der Stadtbezirksbeiratswahl, der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl ein amtlicher Stimmzettel des Wahlgebiets sowie bei der Gemeinderatswahl in Gemeinden mit mehreren Wahlkreisen und bei der Kreistagswahl ein amtlicher Stimmzettel des Wahlkreises, jeweils nach dem Muster der Anlagen 5 bis 11,
2. ein amtlicher Stimmzettelumschlag für die Briefwahl nach dem Muster der Anlage 12,
3. ein amtlicher Wahlbriefumschlag nach dem Muster der Anlage 13,
4. die Hinweise für Briefwählerinnen und Briefwähler nach dem Muster der Anlage 14.

(4) An eine andere Person als die Wahlberechtigte oder den Wahlberechtigten persönlich dürfen Wahlschein und

Briefwahlunterlagen nur ausgehändigt werden, wenn die Berechtigung zur Empfangnahme durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird. Für die bevollmächtigte Person gilt § 15 Absatz 4 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Von der Vollmacht kann nur Gebrauch gemacht werden, wenn die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt; dies hat sie vor der Empfangnahme der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen. Die Gemeinde kann ein Verzeichnis der Bevollmächtigten und der an sie ausgehändigten Wahlscheine führen. Sie ist befugt, hierzu die folgenden personenbezogenen Daten zu verarbeiten:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift der bevollmächtigten Person,
2. Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift der oder des jeweils vertretenen Wahlberechtigten.

(5) Hat eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter einen Wahlschein erhalten, wird im Wählerverzeichnis in der jeweiligen Spalte für den Vermerk über die Stimmabgabe „Wahlschein“ oder „W“ eingetragen.

(6) Werden der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen

1. in der Form des § 13 Absatz 1 Satz 2 oder
 2. durch eine Hilfsperson
- beantragt und an eine andere als die Wohnanschrift der wahlberechtigten Person versandt, erfolgt hierüber gleichzeitig eine schriftliche Mitteilung an die Wohnanschrift nach dem Muster der Anlage 15.

(7) Holt die oder der Wahlberechtigte den Wahlschein und die Briefwahlunterlagen ab, soll ihr oder ihm Gelegenheit gegeben werden, die Briefwahl an Ort und Stelle auszuüben. Es ist sicherzustellen, dass der Stimmzettel unbeobachtet gekennzeichnet und in den Stimmzettelschlag gelegt werden kann.

(8) Über die erteilten Wahlscheine führt die Gemeinde ein Wahlscheinverzeichnis, in dem die Fälle des § 5 Absatz 1 Satz 1 des Kommunalwahlgesetzes und die des § 5 Absatz 1 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung mit § 11 getrennt gehalten werden (allgemeines Wahlscheinverzeichnis). Das Verzeichnis wird als Liste oder als Sammlung der Durchschriften der Wahlscheine geführt. Auf dem Wahlschein wird die Nummer eingetragen, unter der er im Wahlscheinverzeichnis vermerkt ist, und entweder die Nummer, unter der die oder der Wahlberechtigte im Wählerverzeichnis geführt wird, oder der vorgesehene Wahlbezirk. Bei nicht in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten wird auf dem Wahlschein vermerkt, dass dessen Erteilung nach § 5 Absatz 1 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung mit § 11 erfolgt ist und welchem Wahlbezirk die oder der Wahlberechtigte zugeordnet wird. Werden nach Abschluss des Wählerverzeichnisses noch Wahlscheine erteilt, ist darüber ein besonderes Wahlscheinverzeichnis nach den Sätzen 1 bis 3 zu führen. Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen ist im Wahlscheinverzeichnis zu vermerken, für welche Wahlen die Wahlscheininhaberin oder der Wahlscheininhaber wahlberechtigt ist.

(9) Ist das Wahlgebiet in mehrere Wahlkreise unterteilt, ist das allgemeine Wahlscheinverzeichnis nach Wahlkreisen getrennt anzulegen. Das besondere Wahlscheinverzeichnis ist in der Aufgliederung nach Wahlbezirken zu führen.

(10) Bei der Bürgermeisterwahl oder der Landratswahl sind für den zweiten Wahlgang denjenigen Wahlberechtigten, die für die erste Wahl einen Wahlschein erhalten haben, von Amts wegen wiederum Wahlscheine auszustellen.

(11) Wird eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter, die oder der bereits einen Wahlschein erhalten hat, im Wählerverzeichnis ganz oder bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen für eine bestimmte Wahl gestrichen, ist der Wahlschein insgesamt oder für die betroffene Wahl für ungültig zu erklären. Die Gemeinde führt darüber ein Verzeichnis, in das der Name der oder des Wahlberechtigten, die Nummer des für ungültig erklärten Wahlscheines und bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen die betroffene Wahl aufzunehmen sind; sie hat das Wahlscheinverzeichnis zu berichtigen. Die Gemeinde verständigt die Wahlvorstände der Wahlbezirke, für die der Wahlschein gültig war, über die Ungültigkeit des Wahlscheines. War der Wahlschein auch für Wahlbezirke in anderen Gemeinden gültig, erfolgt die Information über die jeweilige Gemeinde. In den Fällen des § 18 Absatz 2 des Kommunalwahlgesetzes ist im Wahlscheinverzeichnis und im Verzeichnis der für ungültig erklärten Wahlscheine in geeigneter Form zu vermerken, dass die Stimmen einer Wählerin oder eines Wählers, die oder der bereits an der Briefwahl teilgenommen hat, nicht ungültig sind.

(12) Verlorene Wahlscheine werden nicht ersetzt. Versichert eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass der beantragte Wahlschein ihr oder ihm nicht zugegangen ist, kann bis zum Tag vor der Wahl, 12:00 Uhr, ein neuer Wahlschein erteilt werden. Absatz 11 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend.

(13) Bei der gleichzeitigen Durchführung von anderen Wahlen sind auf dem Wahlschein, dem Stimmzettelschlag, dem Wahlbriefumschlag und dem Merkblatt zur Briefwahl für die Kommunalwahlen sachgerechte Hinweise auf diese anzubringen.

§ 15

Erteilung von Wahlscheinen an bestimmte Personengruppen

(1) Die Gemeinde fordert spätestens am achten Tag vor der Wahl von den Leitungen

1. der Einrichtungen, für die ein Sonderwahlbezirk (§ 4) gebildet worden ist,
2. der kleineren Krankenhäuser, kleineren Alten- oder Pflegeheime, Klöster, sozialtherapeutischen Anstalten und Justizvollzugsanstalten, für deren Wahlberechtigte die Stimmabgabe vor einem beweglichen Wahlvorstand (§ 23) vorgesehen ist,

ein Verzeichnis der wahlberechtigten Personen aus der Gemeinde, die sich in der Einrichtung befinden oder dort beschäftigt sind und die am Wahltag in der Einrichtung wählen wollen. Die Gemeinde erteilt diesen Wahlberechtigten Wahlscheine ohne Briefwahlunterlagen und übersendet sie der Leitung der Einrichtung zur unverzüglichen Aushändigung.

(2) Die Gemeinde veranlasst die Leitungen der Einrichtungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 spätestens am 13. Tag vor der Wahl, die wahlberechtigten Personen aus anderen Gemeinden, die sich in der Einrichtung befinden oder dort beschäftigt sind, zu verständigen, auf welche Weise sie ihr Wahlrecht ausüben können.

(3) Die Gemeinde ersucht spätestens am 13. Tag vor der Wahl die Truppenteile, die ihren Standort im Gemeindegebiet haben, die wahlberechtigten Soldatinnen und Soldaten zu verständigen, auf welche Weise sie ihr Wahlrecht ausüben können.

Unterabschnitt 4 Wahlvorschläge

§ 16

Inhalt und Form der Wahlvorschläge

(1) Der Wahlvorschlag soll nach dem Muster der Anlage 16 eingereicht werden. Er muss enthalten:

1. als Bezeichnung des Wahlvorschlags den Namen der einreichenden Partei oder Wählervereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, oder ein Kennwort, wenn die einreichende Wählervereinigung keinen Namen führt,
2. Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Geburtsdatum und Anschrift (Hauptwohnung) der Bewerberinnen und Bewerber, bei ausländischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern ferner die Staatsangehörigkeit,
3. Wahlgebiet und Wahlkreis, wenn das Wahlgebiet in mehrere Wahlkreise unterteilt ist.

Der Wahlvorschlag einer Einzelbewerberin oder eines Einzelbewerbers für die Bürgermeisterwahl oder die Landratswahl muss den Familiennamen als Bezeichnung enthalten. Die Namen der Bewerberinnen und Bewerber müssen in der durch die Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Partei oder Wählervereinigung festgelegten Reihenfolge aufgeführt sein. Jede Bewerberin und jeder Bewerber darf nur einmal aufgeführt sein; für niemanden dürfen Stimmenzahlen vorgeschlagen sein.

(2) Als Beruf der Bewerberin oder des Bewerbers ist derjenige anzugeben, der zurzeit als Hauptberuf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt wurde. Die zusätzliche Angabe von akademischen Graden und Wahlehenämtern ist zulässig. Zusätzlich kann ein eingetragener Ordens- oder Künstlername (§ 5 Absatz 2 Nummer 12 des Personalausweisgesetzes, § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 des Paßgesetzes) angegeben werden.

(3) Dem Wahlvorschlag sind beizufügen:

1. eine Erklärung jeder Bewerberin und jedes Bewerbers nach dem Muster der Anlage 17, dass sie oder er der Aufnahme in den Wahlvorschlag zugestimmt hat (§ 6a Absatz 2 des Kommunalwahlgesetzes) und dass sie oder er für dieselbe Wahl nicht in einem anderen Wahlvorschlag aufgestellt ist,
2. beim Wahlvorschlag für eine Gemeinderatswahl, Ortschaftsratswahl, Stadtbezirksbeiratswahl oder Kreistagswahl für jede Bewerberin und jeden Bewerber eine Bescheinigung der zuständigen Gemeinde über ihre oder seine Wählbarkeit nach dem Muster der Anlage 17,
3. beim Wahlvorschlag für eine Bürgermeisterwahl oder Landratswahl eine Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers zum Vorliegen der allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis (§ 41 Absatz 3 des Kommunalwahlgesetzes, auch in Verbindung mit § 56 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes) nach dem Muster der Anlage 18,
4. beim Wahlvorschlag einer Partei oder Wählervereinigung eine Ausfertigung der nach § 6c Absatz 7 des Kommunalwahlgesetzes anzufertigenden Niederschrift mit der erforderlichen Versicherung an Eides statt; die Niederschrift soll nach dem Muster der Anlage 19 und die Versicherung an Eides statt soll nach dem Muster der Anlage 20, auch unmittelbar auf der Niederschrift, gefertigt werden,
5. im Falle der Anwendung von § 6c Absatz 1 Satz 4 des Kommunalwahlgesetzes eine von dem für den Landkreis oder die Gemeinde zuständigen Vorstand oder sonst Vertretungsberechtigten der Partei oder mitgliederschaftlich organisierten Wählervereinigung unterzeichnete schriftliche Bestätigung, dass die Voraussetzungen für

dieses Verfahren vorliegen (§ 6a Absatz 4 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes gilt entsprechend),

6. beim Wahlvorschlag einer mitgliederschaftlich organisierten Wählervereinigung oder einer Partei, deren Satzung nicht gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 des Parteiengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, der Bundeswahlleiterin oder dem Bundeswahlleiter mitgeteilt worden ist, zum Nachweis der mitgliederschaftlichen Organisation eine gültige Satzung,
7. beim Wahlvorschlag einer nicht mitgliederschaftlich organisierten Wählervereinigung für jede Unterzeichnerin und jeden Unterzeichner des Wahlvorschlags eine Bescheinigung der zuständigen Gemeinde über ihr oder sein Wahlrecht nach dem Muster der Anlage 21,
8. bei ausländischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern eine Versicherung an Eides statt nach § 6a Absatz 3 des Kommunalwahlgesetzes.

(4) Die Bescheinigung der Wählbarkeit (Absatz 3 Nummer 2) und die Bescheinigung des Wahlrechts (Absatz 3 Nummer 7) sind kostenlos zu erteilen.

§ 17

Unterstützungsunterschriften

(1) Die oder der Vorsitzende des Gemeindewahlausschusses legt für jeden Wahlvorschlag, der einer bestimmten Anzahl an Unterstützungsunterschriften bedarf, ein gesondertes Unterstützungsverzeichnis nach dem Muster der Anlage 22 an und legt dieses unverzüglich nach Einreichung des Wahlvorschlags bis zum Ende der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge zur Unterschriftsleistung in der nach § 1 Absatz 2 Nummer 7 und Absatz 3 Satz 1 Nummer 6 bekanntgemachten Stelle aus. Wahlberechtigte können ihre Unterschrift während der allgemeinen Öffnungszeiten der Verwaltung leisten; am Tag des Ablaufs der Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen ist die Unterzeichnung bis 18:00 Uhr zu ermöglichen.

(2) Die Unterstützungsunterschrift muss von der oder dem Wahlberechtigten auf einem Unterschriftsblatt nach dem Muster der Anlage 23 unter Angabe des Tages der Unterzeichnung eigenhändig geleistet werden. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift (Hauptwohnung) von der Unterzeichnerin oder dem Unterzeichner anzugeben; auf Verlangen hat sie oder er sich auszuweisen. Dabei ist sicherzustellen, dass bei der Unterzeichnung die von anderen Wahlberechtigten unterzeichneten Unterschriftsblätter nicht eingesehen werden können. Die Identität und die Wahlberechtigung der Unterzeichnerin oder des Unterzeichners sind auf dem Unterschriftsblatt zu bescheinigen.

(3) Wahlberechtigte, die infolge Krankheit oder ihres körperlichen Zustands die Unterzeichnung durch Erklärung vor einer oder einem Beauftragten der Verwaltung ersetzen wollen, haben dies bei der oder dem Vorsitzenden des Wahlausschusses spätestens am siebten Tag vor dem Ablauf der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge schriftlich zu beantragen; dabei sind die Hinderungsgründe glaubhaft zu machen. Offensichtlich unbegründete Anträge können zurückgewiesen werden; der ablehnende Bescheid ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller unverzüglich zuzustellen. Die oder der Beauftragte sucht die Wahlberechtigte oder den Wahlberechtigten in deren oder dessen Wohnung oder an dem von dieser oder diesem bezeichneten anderen Aufenthaltsort, der innerhalb des Wahlgebiets liegen muss, auf und legt

ihr oder ihm ein Unterschriftenblatt zum Unterschreiben vor. Ist die oder der Wahlberechtigte des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen gehindert, eine Unterschrift zu leisten, hat die oder der Beauftragte deren oder dessen Erklärung zu Protokoll zu nehmen, indem sie oder er auf dem Unterschriftenblatt die geforderten Angaben einträgt und bestätigt, dass die Eintragung auf Grund der Erklärung der oder des Wahlberechtigten selbst vorgenommen wurde.

(4) Hat eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter entgegen § 6b Absatz 4 des Kommunalwahlgesetzes für dieselbe Wahl für mehrere Wahlvorschläge eine Unterstützungsunterschrift geleistet, sind alle ihre oder seine Unterschriften ungültig. Die oder der Wahlberechtigte kann eine von ihr oder ihm geleistete Unterstützungsunterschrift nicht zurücknehmen. Die oder der Wahlberechtigte ist auf die Bestimmungen nach den Sätzen 1 bis 3 hinzuweisen, bevor sie oder er die Unterstützungsunterschrift leistet.

(5) Die oder der Vorsitzende des Gemeindevwahlausschusses schließt das Unterstützungsverzeichnis am Tag des Ablaufs der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge um 18:00 Uhr ab; gleichzeitig bescheinigt sie oder er mit eigenhändiger Unterschrift auf dem Unterstützungsverzeichnis, wie viele Personen das Unterstützungsverzeichnis unterzeichnet haben.

(6) Bei Kreistagswahlen und Landratswahlen legt abweichend zu Absatz 1 die oder der Vorsitzende des Kreiswahlausschusses für jede Gemeinde im Wahlgebiet ein gesondertes Unterstützungsverzeichnis zur Auslegung in der Gemeinde an. Nach Ablauf der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge übergibt die Gemeinde das abgeschlossene Unterstützungsverzeichnis unverzüglich der oder dem Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses. Die oder der Vorsitzende des Kreiswahlausschusses fasst die Unterstützungsverzeichnisse aus den Gemeinden unverzüglich zu einem Gesamtverzeichnis nach dem Muster der Anlage 24 für das Wahlgebiet zusammen und bescheinigt mit eigenhändiger Unterschrift auf dem Gesamtverzeichnis, wie viele Personen das Unterstützungsverzeichnis insgesamt unterzeichnet haben.

(7) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses hat sicherzustellen, dass Unbefugte in das Unterstützungsverzeichnis nicht Einsicht nehmen können.

§ 18

Einreichung und Vorprüfung der Wahlvorschläge

(1) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses merkt auf jedem Wahlvorschlag den Tag und die Uhrzeit des Eingangs.

(2) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses prüft unverzüglich, ob die eingereichten Wahlvorschläge vollständig sind und den Erfordernissen der Sächsischen Gemeindeordnung oder der Sächsischen Landkreisordnung, des Kommunalwahlgesetzes und dieser Verordnung entsprechen. Stellt sie oder er bei einem Wahlvorschlag Mängel fest, benachrichtigt sie oder er sofort die Vertrauenspersonen und die Einzelbewerberin oder den Einzelbewerber und fordert sie auf, behebbare Mängel rechtzeitig zu beseitigen.

§ 19

Zulassung der Wahlvorschläge

(1) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses lädt die Vertrauenspersonen sowie die Einzelbewerberinnen und

Einzelbewerber der Wahlvorschläge zu der Sitzung, in der über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wird, ein.

(2) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses legt dem Wahlausschuss alle eingereichten Wahlvorschläge vor und berichtet ihm über das Ergebnis der Vorprüfung.

(3) Wurde für die Gemeinderatswahl, Ortschaftsratswahl oder Kreistagswahl kein oder nur ein zulassungsfähiger Wahlvorschlag eingereicht oder wurden mehrere zulassungsfähige Wahlvorschläge eingereicht, die zusammen weniger zulassungsfähige Bewerberinnen und Bewerber enthalten, als das Eineinhalbfache der Zahl der zu besetzenden Sitze, kann der Wahlausschuss beschließen, die Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf den 34. Tag vor der Wahl bis 18:00 Uhr zu verlängern. Die Gemeinde macht dies unverzüglich und unter Angabe der Frist und der Aufforderung zur Einreichung weiterer Wahlvorschläge öffentlich bekannt. Bereits eingereichte Wahlvorschläge können durch das Anfügen von Bewerberinnen und Bewerbern ergänzt werden; einer erneuten Einholung von Unterstützungsunterschriften bedarf es in diesem Fall nicht. Der Beschluss über die Zulassung oder Zurückweisung der Wahlvorschläge erfolgt in diesem Fall spätestens am 23. Tag vor der Wahl; die Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge erfolgt unverzüglich, spätestens jedoch am 15. Tag vor der Wahl.

(4) Vor einer Entscheidung über die Zulassung oder Zurückweisung der Wahlvorschläge gemäß § 7 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes ist den erschienenen Vertrauenspersonen sowie Einzelbewerberinnen und Einzelbewerbern der betroffenen Wahlvorschläge Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Der Wahlausschuss stellt anschließend die zugelassenen Wahlvorschläge mit den in § 16 Absatz 1 bezeichneten Angaben und ihre Reihenfolge fest; für die Feststellung der Reihenfolge gelten die Absätze 5 bis 7.

(5) Die Reihenfolge der Wahlvorschläge richtet sich nach der Stimmenzahl, die die Parteien und Wählervereinigungen bei der letzten regelmäßigen Wahl erreicht haben; bei Stimmengleichheit entscheidet das von der oder dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zu ziehende Los. Die übrigen Wahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Reihenfolge ihrer Bezeichnungen an. Haben sich Parteien oder Wählervereinigungen seit der für die Ermittlung der Reihenfolge maßgeblichen Wahl vereinigt oder bilden sie einen gemeinsamen Wahlvorschlag (§ 6e des Kommunalwahlgesetzes), werden für die Ermittlung der Reihenfolge nach Satz 1 ihre Stimmenzahlen zusammengezählt.

(6) Hat im Wahlgebiet noch keine regelmäßige Wahl nach § 1 Absatz 1, §§ 34, 37a und 49 des Kommunalwahlgesetzes stattgefunden, richtet sich die Reihenfolge der Wahlvorschläge der Parteien nach der Zahl ihrer Listenstimmen bei der letzten Landtagswahl. Absatz 5 Satz 3 gilt entsprechend. Die übrigen Wahlvorschläge schließen sich in alphabetischer Reihenfolge ihrer Bezeichnungen an.

(7) Bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl steht der Wahlvorschlag mit der oder dem sich um die Wiederwahl bewerbenden Amtsinhaberin oder Amtsinhaber an erster Stelle der Reihenfolge. Danach folgen bei der Bürgermeisterwahl die Wahlvorschläge entsprechend der Stimmenzahl der Wahlvorschlagsträger bei der letzten regelmäßigen Gemeinderatswahl und bei der Landratswahl entsprechend ihrer Stimmenzahl bei der letzten regelmäßigen Kreistagswahl. Im Übrigen gelten die Absätze 5 und 6 entsprechend.

(8) Geben die Namen mehrerer Parteien oder Wählervereinigungen oder deren Kurzbezeichnung oder die Fami-

liennamen von Einzelbewerberinnen oder Einzelbewerbern Anlass zu Verwechslungen, fügt der Wahlausschuss einem oder mehreren dieser Wahlvorschläge eine Unterscheidungsbezeichnung bei. Gibt das Kennwort einer Wählervereinigung Anlass zu Verwechslungen mit dem Namen oder der Kurzbezeichnung einer Partei oder Wählervereinigung oder dem Kennwort einer Wählervereinigung, deren Wahlvorschlag früher eingereicht worden ist, erhält der Wahlvorschlag den Namen der darin an erster Stelle aufgeführten Bewerberin oder des an erster Stelle aufgeführten Bewerbers als Kennwort.

(9) Die oder der Vorsitzende gibt die Entscheidung des Wahlausschusses in der Sitzung im Anschluss an die Beschlussfassung unter Angabe der Gründe mündlich bekannt und weist auf den zulässigen Rechtsbehelf (§ 7 Absatz 2 des Kommunalwahlgesetzes) hin. Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen oder eine Bewerberin oder ein Bewerber gestrichen, hat die oder der Vorsitzende die Entscheidung den Vertrauenspersonen dieses Wahlvorschlags und den betroffenen Bewerberinnen oder Bewerbern unverzüglich mit Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

(10) Über die Sitzung ist eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage 25 zu fertigen; der Niederschrift sind die eingereichten Wahlvorschläge beizufügen.

§ 20

Bekanntmachung der Wahlvorschläge

(1) Mehrere zugelassene Wahlvorschläge sind in der öffentlichen Bekanntmachung nach § 7 Absatz 3 des Kommunalwahlgesetzes in der nach § 19 Absatz 5 bis 7 festgestellten Reihenfolge aufzuführen. In Gemeinden mit mehreren Wahlkreisen und in Landkreisen sind die Wahlvorschläge der Gemeinderatswahl und der Kreistagswahl wahlkreisweise zusammenzufassen. Die öffentliche Bekanntmachung muss für jeden Wahlvorschlag die in § 16 Absatz 1 bezeichneten Angaben mit Ausnahme der Staatsangehörigkeit enthalten; statt des Geburtsdatums ist jedoch nur das Geburtsjahr anzugeben. Statt der vollständigen Wohnanschrift wird nur der Wohnort und die Postleitzahl angegeben, es sei denn, die Bewerberin oder der Bewerber bestimmt in der Erklärung nach § 16 Absatz 3 Nummer 1, dass die Bekanntmachung die vollständige Wohnanschrift enthalten soll. Weist eine Bewerberin oder ein Bewerber bis zum Ablauf der Einreichungsfrist gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Wahlausschusses nach, dass für sie oder ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach § 51 des Bundesmeldegesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, eingetragen ist, ist in der Bekanntmachung anstelle der Wohnanschrift eine Erreichbarkeitsanschrift anzugeben; die Angabe eines Postfaches genügt nicht.

(2) Findet in einer Gemeinde mit einem Wahlkreis die Gemeinderatswahl und findet die Ortschaftsratswahl, die Stadtbezirksbeiratswahl, die Bürgermeisterwahl oder die Landratswahl gemäß § 7 Absatz 3 Satz 2 und 3 des Kommunalwahlgesetzes als Mehrheitswahl statt, ist in der öffentlichen Bekanntmachung darauf hinzuweisen, dass jede wählbare Person gewählt werden kann. Findet bei der Gemeinderatswahl in einer Gemeinde mit mehreren Wahlkreisen oder bei der Kreistagswahl in einem oder mehreren Wahlkreisen eine Mehrheitswahl gemäß § 7 Absatz 3 Satz 2 und 3 des Kommunalwahlgesetzes statt, ist in der öffentlichen Bekanntmachung darauf hinzuweisen, dass in diesen Wahlkreisen jede wählbare Person gewählt werden kann.

(3) Die öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Ortschaftsratswahlen und die Stadtbezirksbeiratswahlen in einer Gemeinde hat gemeinsam mit der Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Gemeinderatswahl in der Gemeinde zu erfolgen, wenn diese Wahlen gleichzeitig durchzuführen sind.

Unterabschnitt 5

Wahlorgane

§ 21

Wahlausschüsse

(1) Der Gemeindewahlausschuss und der Kreiswahlausschuss werden für jede Wahl neu gewählt. Die Wahlausschüsse bestehen nach der Wahl einschließlich eventuell erforderlicher Wiederholungswahlen (§ 29 des Kommunalwahlgesetzes), Nachwahlen nach den Vorschriften über die Wiederholungswahl (§ 31 des Kommunalwahlgesetzes) oder eines zweiten Wahlgangs bei Bürgermeisterwahlen oder Landratswahlen solange fort, bis alle Arbeiten abgewickelt sind.

(2) Die Vorsitzenden der Wahlausschüsse bestimmen Zeit, Ort und Gegenstand der Sitzungen des Wahlausschusses, laden die Beisitzerinnen und Beisitzer, die Schriftführerin oder den Schriftführer sowie die Hilfskräfte zu den Sitzungen ein und geben Zeit, Ort und Gegenstand der Sitzung durch Aushang am oder im Eingang des Sitzungsgebäudes mit dem Hinweis bekannt, dass jedermann Zutritt zu der Sitzung hat.

(3) Die oder der Vorsitzende des Wahlausschusses verpflichtet die Beisitzerinnen und Beisitzer sowie die Schriftführerin oder den Schriftführer des Wahlausschusses zu Beginn der ersten Sitzung zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten. Später erscheinende Mitglieder und die Hilfskräfte werden vor Aufnahme ihrer Tätigkeit verpflichtet. Die oder der Vorsitzende des Gemeindewahlausschusses wird von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister verpflichtet, wenn diese oder dieser nicht selbst den Vorsitz inne hat; die oder der Vorsitzende des Kreiswahlausschusses wird von der Landrätin oder dem Landrat verpflichtet, wenn diese oder dieser nicht selbst den Vorsitz inne hat.

(4) Die Wahlausschüsse verhandeln und entscheiden in öffentlicher Sitzung. Die Schriftführerin oder der Schriftführer ist nur stimmberechtigt, wenn sie oder er zugleich Beisitzerin oder Beisitzer ist. Die oder der Vorsitzende leitet die Sitzungen und übt während deren Dauer das Hausrecht aus.

(5) Über jede Sitzung ist von der Schriftführerin oder dem Schriftführer eine Niederschrift zu fertigen; sie ist von der oder dem Vorsitzenden, von den am Schluss der Sitzung anwesenden Beisitzerinnen und Beisitzern sowie von der Schriftführerin oder dem Schriftführer eigenhändig zu unterzeichnen.

(6) Wenn das Los entscheidet, zieht die oder der Vorsitzende in der Sitzung des Wahlausschusses das Los; die Lose werden von einer Beisitzerin oder einem Beisitzer hergestellt. Der Losentscheid ist in die Niederschrift aufzunehmen.

(7) In Verwaltungsgemeinschaften kann ein einheitlicher Gemeindewahlausschuss gebildet werden, wenn dies die Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden übereinstimmend

beschließen. Die Wahl des Gemeindewahlausschusses der Verwaltungsgemeinschaft erfolgt durch den Gemeinschaftsausschuss aus den Wahlberechtigten und Bediensteten der Mitgliedsgemeinden. Dies gilt für den Verwaltungsverband entsprechend.

§ 22 Wahlvorstände

(1) Die Wahlvorsteherinnen und Wahlvorsteher sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten, verpflichtet. Mitglieder eines Wahlvorstandes dürfen während ihrer Tätigkeit kein auf eine politische Überzeugung hinweisendes Zeichen sichtbar tragen.

(2) Die Mitglieder des Wahlvorstandes sind vor der Wahl so über ihre Aufgaben zu unterrichten, dass ein ordnungsgemäßer Ablauf der Wahlhandlung sowie der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses gesichert ist.

(3) Die Wahlvorstände werden durch die Gemeinde für jede Wahl sowie bei Bürgermeisterwahlen und Landratswahlen einschließlich des zweiten Wahlgangs neu einberufen. Sie treten am Wahltag rechtzeitig vor Beginn der Amtszeit im Wahlraum zusammen.

(4) Der Wahlvorstand sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher leitet die Tätigkeit des Wahlvorstandes.

(5) Die Gemeinde bestimmt bei mehreren Wahlkreisen für jeden Wahlkreis den oder die Briefwahlvorstände oder den oder die Wahlvorstände des Wahlkreises, die das Briefwahlergebnis zusammen mit dem Wahlergebnis im Wahlbezirk feststellen. Bei der Bildung von Briefwahlvorständen darf die Zahl der auf einen Briefwahlvorstand voraussichtlich entfallenden Wahlbriefe nicht so gering sein, dass erkennbar wird, wie einzelne Wahlberechtigte gewählt haben; auf einen Briefwahlvorstand sollen mindestens 50 Wahlbriefe entfallen.

(6) In Verwaltungsgemeinschaften kann die erfüllende Gemeinde gemeinsame Briefwahlvorstände für die Mitgliedsgemeinden vorsehen. Dies gilt für den Verwaltungsverband entsprechend.

§ 23 Bewegliche Wahlvorstände

Für die Stimmabgabe in kleineren Krankenhäusern, kleineren Alten- oder Pflegeheimen, Klöstern, sozialtherapeutischen Anstalten und Justizvollzugsanstalten können bei entsprechendem Bedarf und soweit möglich bewegliche Wahlvorstände gebildet werden. Der bewegliche Wahlvorstand besteht aus der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher des zuständigen Wahlbezirks oder ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihrem oder seinem Stellvertreter und zwei Beisitzerinnen und Beisitzern des Wahlvorstandes. Es kann jedoch auch der bewegliche Wahlvorstand eines anderen Wahlbezirks der Gemeinde mit der Entgegennahme der Stimmzettel beauftragt werden.

Unterabschnitt 6 Wahlräume, Stimmzettel, Wahlzeit

§ 24 Wahlräume, Wahlkabinen, Wahlurnen

(1) Für jeden Wahlbezirk wird ein Wahlraum bestimmt. Soweit möglich, sollen sich die Wahlräume in Gemeindegebäuden befinden. Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere Wahlberechtigten mit Behinderungen oder mit Mobilitätsbeeinträchtigung, die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird.

(2) In jedem Wahlraum sind eine Wahlkabine oder mehrere Wahlkabinen mit Tischen einzurichten, in denen die Wählerin oder der Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen und falten kann. Die Wahlkabinen müssen vom Tisch des Wahlvorstandes aus überblickt werden können. Als Wahlkabine kann auch ein nur durch den Wahlraum zugänglicher Nebenraum dienen, wenn dessen Eingang vom Tisch des Wahlvorstandes aus überblickt werden kann.

(3) In der Wahlkabine muss ein Schreibstift bereitliegen.

(4) Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, muss von allen Seiten zugänglich sein. An oder auf diesen Tisch wird die Wahlurne gestellt.

(5) Die Gemeinde sorgt für die erforderlichen Wahlurnen. Die Wahlurne muss mit einem verschließbaren Deckel versehen und ihrer Größe nach so beschaffen sein, dass sie die Stimmzettel in einer das Wahlgeheimnis wahrenen Weise aufnehmen kann.

(6) Werden mehrere Kommunalwahlen gleichzeitig durchgeführt, kann für diese eine einzige Wahlurne verwendet werden. Bei der gleichzeitigen Durchführung mit anderen Wahlen ist für diese jeweils eine gesonderte Wahlurne zu verwenden.

(7) Für den Briefwahlvorstand gelten diese Bestimmungen mit Ausnahme der Absätze 2 und 3 entsprechend.

§ 25 Stimmzettel

(1) Bei der Gemeinderatswahl, der Ortschaftsratswahl, der Stadtbezirksbeiratswahl und der Kreistagswahl muss jeder Stimmzettel

1. die für den Wahlkreis zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe ihrer Bezeichnung,
2. Familiennamen, Vornamen und Beruf oder Stand ihrer Bewerberinnen und Bewerber in der zugelassenen Reihenfolge

enthalten. Zusätzlich kann ein eingetragener Ordens- oder Künstlurname (§ 5 Absatz 2 Nummer 12 des Personalausweisgesetzes, § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 des Paßgesetzes) angegeben werden. Auf den Stimmzetteln für die Kreistagswahl erfolgt zusätzlich die Angabe der Postleitzahl und des Wohnortes entsprechend der nach § 20 Absatz 1 bekanntgemachten Anschrift. Jede Bewerberin und jeder Bewerber erhält auf dem Stimmzettel ein abgegrenztes Feld gleicher Größe. Die Reihenfolge der Wahlvorschläge richtet sich nach § 19 Absatz 5 und 6. In dieser Reihenfolge werden die Wahlvorschläge unter fortlaufenden Nummern (Wahlvorschlagsnummern) aufgeführt. Die Wahlvorschlagsnummern gelten einheitlich im Wahlgebiet. Ist das Wahlgebiet in mehrere Wahlkreise eingeteilt, fallen für die Stimmzettel eines Wahlkreises die Wahlvorschlagsnummern derjenigen

Parteien und Wählervereinigungen aus, für die in diesem Wahlkreis ein Wahlvorschlag nicht eingereicht oder nicht zugelassen worden ist. Im Übrigen sollen die Stimmzettel den Mustern der Anlage 5 entsprechen.

(2) Ist nur ein oder kein Wahlvorschlag oder sind mehrere Wahlvorschläge, die zusammen weniger Bewerberinnen und Bewerber als zwei Drittel der festgelegten Zahl der zu besetzenden Sitze umfassen, zugelassen worden, sollen die Stimmzettel den Mustern der Anlagen 6 bis 8 entsprechen.

(3) Bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl muss jeder Stimmzettel Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand und die Angabe der Postleitzahl und des Wohnortes entsprechend der nach § 20 Absatz 1 bekanntgemachten Anschrift der Bewerberinnen und Bewerber der zugelassenen Wahlvorschläge in der nach § 19 Absatz 7 festgestellten Reihenfolge sowie deren Bezeichnung enthalten. Zusätzlich kann ein eingetragener Ordens- oder Künstlername (§ 5 Absatz 2 Nummer 12 des Personalausweisgesetzes, § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 des Paßgesetzes) angegeben werden. Jede Bewerberin und jeder Bewerber erhält auf dem Stimmzettel ein abgegrenztes Feld gleicher Größe. Im Übrigen sollen die Stimmzettel dem Muster der Anlage 9 entsprechen. Ist nur ein oder kein Wahlvorschlag zugelassen worden, sollen die Stimmzettel den Mustern der Anlagen 10 und 11 entsprechen.

(4) Die Stimmzettelumschläge für die Briefwahl müssen undurchsichtig, in der Gemeinde von einheitlichem Papier, gleicher Farbe und gleicher Größe, kleiner als die Wahlbriefumschläge und durch Klebung verschließbar sein; sie sollen nach dem Muster der Anlage 12 beschriftet sein. Die Wahlbriefumschläge müssen undurchsichtig und durch Klebung verschließbar sein; sie sollen etwa 12 cm x 17,6 cm groß und nach dem Muster der Anlage 13 beschriftet sein.

(5) Der Stimmzettel muss so beschaffen sein, dass nach Kennzeichnung und Faltung durch die Wählerin oder den Wähler die Stimmabgabe nicht erkennbar ist.

(6) Werden mehrere Wahlen durchgeführt, müssen sich die Farben der Stimmzettel deutlich voneinander unterscheiden.

§ 26 Wahlzeit

Der Gemeinderat kann im Einzelfall, wenn besondere Gründe es erfordern, die Wahlzeit mit einem Beginn vor 8:00 Uhr festsetzen.

§ 27 Wahlbekanntmachung

(1) Die Gemeinde hat spätestens am sechsten Tag vor der Wahl Beginn und Ende der Wahlzeit, die Wahlbezirke und Wahlräume sowie die Art und Weise der Stimmabgabe nach dem Muster der Anlage 26 öffentlich bekanntzumachen; anstelle der Aufzählung der Wahlbezirke mit ihrer Abgrenzung und ihren Wahlräumen kann auf die Angaben in der Wahlbenachrichtigung verwiesen werden. Dabei wird darauf hingewiesen,

1. dass die Stimmzettel amtlich hergestellt und im Wahlraum bereitgehalten werden,
2. wie viele Stimmen die Wählerin oder der Wähler hat,
3. welchen Inhalt der Stimmzettel hat und wie er zu kennzeichnen ist,

4. wer gewählt werden kann und wie viele Stimmen einer Person gegeben werden können,
5. in welcher Weise mit Wahlschein und besonders durch Briefwahl gewählt werden kann,
6. dass Wahlberechtigte ihr Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben können und eine Ausübung des Wahlrechts durch eine Vertretung anstelle der Wahlberechtigten unzulässig ist,
7. dass nach § 3 Absatz 5 des Kommunalwahlgesetzes Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung oder einer Behinderung an der Abgabe ihrer Stimme gehindert sind, sich zur Stimmabgabe der Hilfe einer anderen Person bedienen können, die Hilfeleistung auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer von den Wahlberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt und eine Hilfeleistung unzulässig ist, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung der Wahlberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht,
8. dass nach § 107a Absatz 1 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer unbefugt wählt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Wahl herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht und unbefugt auch wählt, wer im Rahmen zulässiger Assistenz entgegen der Wahlentscheidung des Wahlberechtigten oder ohne eine geäußerte Wahlentscheidung des Wahlberechtigten eine Stimme abgibt, sowie dass nach § 107a Absatz 3 des Strafgesetzbuches auch der Versuch strafbar ist.

(2) Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen erfolgt die Wahlbekanntmachung nach Absatz 1 für alle Wahlen gemeinsam; bei gleichzeitiger Durchführung anderer Wahlen kann sie verbunden werden. Dabei wird ergänzend darauf hingewiesen,

1. welche Wahlen gleichzeitig stattfinden,
2. welche Farben die Stimmzettel für die einzelnen Wahlen aufweisen.

(3) Die Wahlbekanntmachung oder ein Auszug davon, der die Aufzählung und Abgrenzung der Wahlbezirke nicht zu enthalten braucht, ist vor Beginn der Wahlhandlung am oder im Eingang des Gebäudes, in dem sich der Wahlraum befindet, anzubringen; ein Stimmzettel als Muster ist beizufügen.

Abschnitt 2 Wahlhandlung

Unterabschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 28 Ausstattung des Wahlvorstandes

Die Gemeinde übergibt der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher eines jeden Wahlbezirks vor Beginn der Wahlhandlung

1. das Wählerverzeichnis mit Abschlussbeurkundung,
2. das besondere Wahlscheinverzeichnis (§ 14 Absatz 8 Satz 5),
3. amtliche Stimmzettel in genügender Zahl,
4. einen Vordruck der Wahlniederschrift,
5. einen Vordruck der Schnellmeldung,
6. Abdrucke einer Zusammenstellung der für den Wahlvorstand erforderlichen wahlrechtlichen Bestimmungen,

7. einen Abdruck der Wahlbekanntmachung oder einen Auszug davon, der die Aufzählung und Abgrenzung der Wahlbezirke nicht zu enthalten braucht,
8. Verschlussmaterial für die Wahlurne,
9. Material zum Verpacken und Versiegeln der Stimmzettel, der Wahlscheine und des Wählerverzeichnisses.

§ 29

Eröffnung der Wahlhandlung

(1) Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher eröffnet die Wahlhandlung mit der Verpflichtung der Beisitzerinnen und Beisitzer zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten. Später erscheinende Beisitzerinnen und Beisitzer sowie die Hilfskräfte werden vor Aufnahme ihrer Tätigkeit verpflichtet.

(2) Vor Beginn der Stimmabgabe berichtet die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher gegebenenfalls das Wählerverzeichnis nach dem besonderen Wahlscheinverzeichnis (§ 14 Absatz 8 Satz 5), indem sie oder er bei den in diesem Verzeichnis aufgeführten Wahlberechtigten in der Spalte für den Stimmabgabevermerk „Wahlschein“ oder „W“ einträgt. Sie oder er berichtet dementsprechend die Abschlussbescheinigung des Wählerverzeichnisses in der daneben vorgesehenen Spalte und bescheinigt dies an der vorgesehenen Stelle. Erhält die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher später die Mitteilung von der Ausstellung von Wahlscheinen nach § 13 Absatz 3 Satz 2 und 3, verfährt sie oder er entsprechend den Sätzen 1 und 2.

(3) Der Wahlvorstand überzeugt sich vor Beginn der Stimmabgabe davon, dass die Wahlurne leer ist. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher verschließt die Wahlurne. Sie darf bis zum Schluss der Wahlhandlung nicht mehr geöffnet werden.

§ 30

Öffentlichkeit, Ordnung im Wahlraum

(1) Während der Wahlhandlung hat jedermann zum Wahlraum Zutritt, soweit das ohne Störung des Wahlgeschäfts möglich ist.

(2) Der Wahlvorstand sorgt für Ruhe und Ordnung im Wahlraum; bei Andrang ordnet er den Zutritt zum Wahlraum. Der Wahlvorstand kann Personen, welche die Ruhe und Ordnung stören, nach erfolgloser Ermahnung aus dem Wahlraum und den Zugängen zum Wahlraum verweisen. Ist die betroffene Person in das Wählerverzeichnis des Wahlbezirks eingetragen oder hat diese einen Wahlschein, ist ihr zuvor Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechts zu geben.

§ 31

Stimmabgabe im Wahlraum

(1) Wenn die Wählerin oder der Wähler den Wahlraum betritt, erhält sie oder er einen amtlichen Stimmzettel. Der Wahlvorstand kann anordnen, dass hierzu die Wahlbenachrichtigung vorzuzeigen ist. Auf Verlangen, insbesondere wenn die Wahlbenachrichtigung nicht vorgelegt wird, hat sich die Wählerin oder der Wähler auszuweisen.

(2) Die Wählerin oder der Wähler begibt sich in die Wahlkabine, kennzeichnet dort den Stimmzettel und faltet ihn dort

in der Weise, dass die Stimmabgabe nicht erkennbar ist. In der Wahlkabine darf nicht fotografiert oder gefilmt werden. Der Wahlvorstand achtet darauf, dass sich immer nur eine Wählerin oder ein Wähler und nur so lange wie notwendig in der Wahlkabine aufhält.

(3) Danach tritt die Wählerin oder der Wähler an den Tisch des Wahlvorstandes und gibt die Wahlbenachrichtigung ab. Bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl ist der Wählerin oder dem Wähler jeweils die Wahlbenachrichtigung zur Verwendung bei einem etwaigen zweiten Wahlgang zurückzugeben.

(4) Sobald die Schriftführerin oder der Schriftführer den Namen der Wählerin oder des Wählers im Wählerverzeichnis gefunden hat, die Wahlberechtigung festgestellt ist und kein Anlass zur Zurückweisung nach den Absätzen 5 und 6 besteht, gibt die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher die Wahlurne frei. Die Wählerin oder der Wähler legt den Stimmzettel in die Wahlurne. Die Schriftführerin oder der Schriftführer vermerkt die Stimmabgabe neben dem Namen der Wählerin oder des Wählers im Wählerverzeichnis in der dafür bestimmten Spalte. Die Mitglieder des Wahlvorstandes sind dabei, wenn nicht die Feststellung der Wahlberechtigung es erfordert, nicht befugt, Angaben zur Person der Wählerin oder des Wählers so zu verlautbaren, dass sie von sonstigen im Wahlraum Anwesenden zur Kenntnis genommen werden können.

(5) Der Wahlvorstand hat eine Wählerin oder einen Wähler zurückzuweisen, die oder der

1. sich auf Verlangen des Wahlvorstandes nicht ausweisen kann oder die zur Feststellung der Identität erforderlichen Mitwirkungshandlungen verweigert,
2. nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist und keinen gültigen Wahlschein besitzt,
3. keinen Wahlschein vorlegt, obwohl sich im Wählerverzeichnis ein Wahlscheinvermerk (§ 14 Absatz 5) befindet; es sei denn, es wird festgestellt, dass sie oder er nicht im Wahlscheinverzeichnis eingetragen ist,
4. bereits einen Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis hat; es sei denn, sie oder er weist nach, dass sie oder er noch nicht gewählt hat,
5. den Stimmzettel außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder gefaltet hat,
6. den Stimmzettel nicht oder so gefaltet hat, dass die Stimmabgabe erkennbar ist, oder ihn mit einem äußerlich sichtbaren, das Wahlgeheimnis offensichtlich gefährdenden Kennzeichen versehen hat,
7. für den Wahlvorstand erkennbar in der Wahlkabine fotografiert oder gefilmt hat oder
8. für den Wahlvorstand erkennbar mehrere oder einen nicht amtlich hergestellten Stimmzettel abgeben oder mit dem Stimmzettel einen weiteren Gegenstand in die Wahlurne werfen will.

Eine Wählerin oder ein Wähler, bei der oder dem die Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 2 vorliegen und die oder der im Vertrauen auf die übersandte Benachrichtigung, dass sie oder er im Wählerverzeichnis eingetragen ist, keinen Antrag auf Berichtigung gestellt hat, ist bei der Zurückweisung darauf hinzuweisen, dass bis 15:00 Uhr ein Wahlschein beantragt werden kann.

(6) Hat die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher Zweifel am Wahlrecht einer im Wählerverzeichnis eingetragenen Person oder werden sonst aus der Mitte des Wahlvorstandes Bedenken gegen die Zulassung einer Wählerin oder eines Wählers zur Stimmabgabe erhoben, beschließt der Wahlvorstand über die Zulassung oder Zurückweisung. Der Beschluss ist in der Wahlniederschrift zu vermerken.

(7) Hat die Wählerin oder der Wähler den Stimmzettel verschrieben, versehentlich unbrauchbar gemacht oder wird die Wählerin oder der Wähler nach Absatz 5 Satz 1 Nummer 5 bis 8 zurückgewiesen, ist auf Verlangen ein neuer Stimmzettel auszuhändigen, nachdem sie oder er den alten Stimmzettel im Beisein eines Mitglieds des Wahlvorstandes vernichtet hat.

(8) Bei gleichzeitig durchzuführenden Wahlen ist darauf zu achten, dass die Wählerin oder der Wähler nur die Stimmzettel für diejenigen Wahlen erhält, für die sie oder er wahlberechtigt ist.

§ 32

Stimmabgabe unter Inanspruchnahme einer Hilfsperson

(1) Eine Wählerin oder ein Wähler, die oder der sich nach § 15 Absatz 4 des Kommunalwahlgesetzes der Hilfe einer anderen Person bedienen will, gibt dies dem Wahlvorstand bekannt. Hilfsperson kann auch ein von der Wählerin oder dem Wähler bestimmtes Mitglied des Wahlvorstandes sein.

(2) Die Hilfeleistung der Hilfsperson hat sich auf die Erfüllung der Wünsche der Wählerin oder des Wählers zu beschränken. Die Hilfsperson darf gemeinsam mit der Wählerin oder dem Wähler die Wahlkabine aufsuchen, soweit dies zur Hilfeleistung erforderlich ist.

(3) Die Hilfsperson ist von der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher auf die Geheimhaltungspflicht nach § 15 Absatz 4 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes hinzuweisen.

§ 33

Stimmabgabe mit Wahlschein im Wahlraum

Die Inhaberin oder der Inhaber eines Wahlscheines nennt ihren oder seinen Namen, weist sich aus und übergibt den Wahlschein der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher. Diese oder dieser prüft den Wahlschein. Entstehen Zweifel über die Gültigkeit des Wahlscheines oder über den rechtmäßigen Besitz, klärt sie, soweit möglich, der Wahlvorstand und beschließt über die Zulassung oder Zurückweisung der Inhaberin oder des Inhabers. Der Vorgang ist in der Wahl Niederschrift zu vermerken. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher behält den Wahlschein auch im Falle der Zurückweisung ein.

§ 34

Schluss der Wahlhandlung

Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies von der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher bekanntgegeben. Von da an dürfen nur noch die Wählerinnen und Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wählerinnen und Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.

Unterabschnitt 2 Besondere Regelungen

§ 35

Wahl in Sonderwahlbezirken

(1) Zur Stimmabgabe in Sonderwahlbezirken (§ 4) werden alle in der Einrichtung anwesenden Wahlberechtigten zugelassen, die einen für den Wahlkreis sowie bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl für das Wahlgebiet gültigen Wahlschein haben.

(2) Es ist zulässig, für die verschiedenen Teile eines Sonderwahlbezirks verschiedene Personen als Beisitzerinnen und Beisitzer des Wahlvorstandes zu bestellen.

(3) Die Gemeinde bestimmt im Einvernehmen mit der Leitung der Einrichtung einen geeigneten Wahlraum. Für die verschiedenen Teile eines Sonderwahlbezirks können verschiedene Wahlräume bestimmt werden. Die Gemeinde richtet den Wahlraum her.

(4) Die Gemeinde bestimmt die Wahlzeit für den Sonderwahlbezirk im Einvernehmen mit der Leitung der Einrichtung im Rahmen der allgemeinen Wahlzeit nach dem tatsächlichen Bedarf.

(5) Die Leitung der Einrichtung gibt den Wahlberechtigten den Wahlraum und die Wahlzeit am Tag vor der Wahl bekannt und weist auf die Möglichkeit der Stimmabgabe nach Absatz 6 hin.

(6) Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher oder ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter und zwei Beisitzerinnen und Beisitzer können sich unter Mitnahme einer verschlossenen Wahlurne und der erforderlichen Stimmzettel auch in die Krankenzimmer und an die Krankenbetten begeben. Dort nehmen sie die Wahlscheine entgegen und verfahren nach § 31 Absatz 4 bis 8 und § 33. Dabei muss auch bettlägerigen Wählerinnen und Wählern Gelegenheit gegeben werden, ihre Stimmzettel unbeobachtet zu kennzeichnen und zu falten. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher oder ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter weist Wählerinnen und Wähler, die sich bei der Stimmabgabe der Hilfe einer anderen Person bedienen wollen, darauf hin, dass sie auch ein von ihnen bestimmtes Mitglied des Wahlvorstandes als Hilfsperson in Anspruch nehmen können. Nach Schluss der Stimmabgabe sind die verschlossene Wahlurne und die Wahlscheine unverzüglich in den Wahlraum des Sonderwahlbezirks zu bringen. Dort ist die Wahlurne bis zum Ablauf der allgemeinen Wahlzeit unter Aufsicht des Wahlvorstandes verschlossen zu verwahren. Danach wird ihr Inhalt mit dem Inhalt der allgemeinen Wahlurne vermengt und zusammen mit den übrigen Stimmen des Sonderwahlbezirks ausgezählt. Der Vorgang ist in der Wahl Niederschrift zu vermerken.

(7) Die Öffentlichkeit der Wahlhandlung sowie der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses soll möglichst durch die Anwesenheit anderer Wahlberechtigter gewährleistet werden.

(8) Die Leitung der Einrichtung ist für die Absonderung von Kranken verantwortlich, die ansteckende Krankheiten haben.

(9) Das Wahlergebnis des Sonderwahlbezirks darf nicht vor Ablauf der allgemeinen Wahlzeit ermittelt werden.

(10) Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen.

§ 36**Stimmabgabe in kleineren Krankenhäusern, kleineren Alten- oder Pflegeheimen und in Klöstern**

(1) Die Gemeinde kann bei entsprechendem Bedarf und soweit möglich im Benehmen mit der Leitung eines kleineren Krankenhauses, eines kleineren Alten- oder Pflegeheimes oder eines Klosters zulassen, dass dort anwesende Wahlberechtigte, die einen für den Wahlkreis sowie bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl für das Wahlgebiet gültigen Wahlschein besitzen, in der Einrichtung vor einem beweglichen Wahlvorstand (§ 23) wählen.

(2) Die Gemeinde vereinbart mit der Leitung der Einrichtung die Zeit der Stimmabgabe innerhalb der allgemeinen Wahlzeit. Die Leitung der Einrichtung stellt, soweit erforderlich, einen geeigneten Wahlraum bereit. Die Gemeinde richtet ihn her. Die Leitung der Einrichtung gibt den Wahlberechtigten Ort und Zeit der Stimmabgabe bekannt.

(3) Der bewegliche Wahlvorstand begibt sich unter Mitnahme einer verschlossenen Wahlurne und der erforderlichen Stimmzettel in die Einrichtung, nimmt die Wahlscheine entgegen und verfährt nach § 31 Absatz 4 bis 8 und § 33. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher oder ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter weist Wählerinnen und Wähler, die sich bei der Stimmabgabe der Hilfe einer anderen Person bedienen wollen, darauf hin, dass sie auch ein von ihnen bestimmtes Mitglied des Wahlvorstandes als Hilfsperson in Anspruch nehmen können. Nach Schluss der Stimmabgabe sind die verschlossene Wahlurne und die Wahlscheine unverzüglich in den Wahlraum des Wahlbezirks zu bringen. Dort ist die Wahlurne bis zum Ablauf der allgemeinen Wahlzeit unter Aufsicht des Wahlvorstandes verschlossen zu verwahren. Danach wird ihr Inhalt mit dem Inhalt der allgemeinen Wahlurne vermischt und zusammen mit den übrigen Stimmen des Wahlbezirks ausgezählt. Der Vorgang ist in der Wahl Niederschrift zu vermerken.

(4) § 35 Absatz 6 Satz 1 bis 3 und Absatz 7 bis 9 gilt entsprechend. Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen.

§ 37**Stimmabgabe in sozialtherapeutischen Anstalten und Justizvollzugsanstalten**

(1) In sozialtherapeutischen Anstalten und Justizvollzugsanstalten kann die Gemeinde bei entsprechendem Bedarf und soweit möglich Gelegenheit geben, dass die in der Anstalt anwesenden Wahlberechtigten, die einen für den Wahlkreis sowie bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl für das Wahlgebiet gültigen Wahlschein besitzen, in der Anstalt vor einem beweglichen Wahlvorstand (§ 23) wählen.

(2) Die Gemeinde vereinbart mit der Leitung der Anstalt die Zeit der Stimmabgabe innerhalb der allgemeinen Wahlzeit. Die Anstaltsleitung stellt einen Wahlraum bereit. Die Gemeinde richtet ihn her. Die Anstaltsleitung gibt den Wahlberechtigten Ort und Zeit der Stimmabgabe bekannt und sorgt dafür, dass sie zur Stimmabgabe den Wahlraum aufsuchen können.

(3) § 35 Absatz 6 Satz 1 bis 3 und Absatz 7 bis 9 sowie § 36 Absatz 3 gelten entsprechend. Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen.

§ 38**Briefwahl**

- (1) Wer durch Briefwahl wählt,
1. kennzeichnet persönlich den Stimmzettel,
2. legt ihn in den amtlichen Stimmzettelumschlag und verschließt diesen,
3. unterzeichnet die auf dem Wahlschein vorgedruckte Versicherung an Eides statt zur Briefwahl unter Angabe des Ortes und des Tages,
4. steckt den verschlossenen amtlichen Stimmzettelumschlag und den unterschriebenen Wahlschein in den amtlichen Wahlbriefumschlag,
5. verschließt den Wahlbriefumschlag,
6. übersendet den Wahlbrief rechtzeitig an die auf dem Wahlbriefumschlag angegebene Gemeinde; der Wahlbrief kann bei dieser Stelle auch abgegeben werden.

Nach Eingang des Wahlbriefes bei der zuständigen Stelle darf er nicht mehr zurückgegeben werden. Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sorgt die Gemeinde dafür, dass der Wählerin oder dem Wähler keine Portokosten entstehen.

(2) Der Stimmzettel ist unbeobachtet zu kennzeichnen und in den Stimmzettelumschlag zu legen; § 31 Absatz 7 gilt entsprechend. Für die Stimmabgabe von Wählerinnen und Wählern, die des Lesens unkundig oder wegen körperlicher Beeinträchtigung oder Behinderung an der Abgabe ihrer Stimme gehindert sind, gilt § 32 entsprechend. Hat die Wählerin oder der Wähler den Stimmzettel durch eine Hilfsperson kennzeichnen lassen, hat diese durch Unterschreiben der Versicherung an Eides statt zur Briefwahl zu bestätigen, dass sie den Stimmzettel gemäß dem erklärten Willen der Wählerin oder des Wählers gekennzeichnet hat. Die Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben.

(3) In Krankenhäusern, Altenheimen, Altenwohnheimen, Pflegeheimen, Erholungsheimen, sozialtherapeutischen Anstalten, Justizvollzugsanstalten und Gemeinschaftsunterkünften ist Vorsorge zu treffen, dass der Stimmzettel unbeobachtet gekennzeichnet und in den Stimmzettelumschlag gelegt werden kann. Die Leitung der Einrichtung bestimmt einen geeigneten Raum, veranlasst dessen Ausstattung und gibt den Wahlberechtigten bekannt, in welcher Zeit der Raum für die Ausübung der Briefwahl zur Verfügung steht. § 31 Absatz 7 gilt entsprechend.

(4) Die Gemeinde weist die Leitungen der Einrichtungen im Gebiet der Gemeinde spätestens am 13. Tag vor der Wahl auf die Regelung des Absatzes 3 hin.

(5) Werden mehrere Kommunalwahlen gleichzeitig durchgeführt, sind die Stimmzettel in einen Stimmzettelumschlag zu legen. Bei der gleichzeitigen Durchführung mit anderen Wahlen sind für diese jeweils gesonderte Stimmzettelumschläge und Wahlbriefumschläge zu verwenden.

Abschnitt 3**Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses****Unterabschnitt 1****Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Wahlbezirk****§ 39****Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk**

(1) Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk ist unmittelbar nach Ablauf der allgemeinen

Wahlzeit ohne Unterbrechung im Wahlraum oder in unmittelbar verbundenen Nebenräumen vorzunehmen und abzuschließen. Abweichungen sind nur aus besonderen Gründen und nur mit Zustimmung des Wahlausschusses zulässig. In einem solchen Fall hat die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher für die Versiegelung und sichere Aufbewahrung der ungeöffneten Wahlurne, der etwa bereits entnommenen Stimmzettel und der Wahl Niederschrift nebst ihren Anlagen zu sorgen. In der Wahl Niederschrift sind die Unterbrechung der Sitzung und die Gründe der Unterbrechung anzugeben. Die Sitzung ist so bald wie möglich fortzusetzen; die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher hat den Zeitpunkt des Wiederbeginns mündlich bekanntzugeben.

(2) Während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses hat jedermann zum Wahlraum und den Nebenräumen Zutritt, soweit das ohne Störung des Wahlgeschäfts möglich ist.

(3) Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmzettel und Stimmen sowie über sonstige bei der Feststellung des Wahlergebnisses sich ergebende Fragen.

(4) Der Wahlvorstand stellt bei der Gemeinderatswahl, der Ortschaftsratswahl, der Stadtbezirksbeiratswahl und der Kreistagswahl als Wahlergebnis fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
4. die Zahl der gültigen Stimmzettel,
5. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
6. bei Verhältniswahl die Zahlen der für die Bewerberinnen und Bewerber der einzelnen Wahlvorschläge zusammen abgegebenen gültigen Stimmen,
7. die Zahlen der für die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber und andere Personen abgegebenen gültigen Stimmen.

(5) Der Wahlvorstand stellt bei der Bürgermeisterwahl und der Landratswahl als Wahlergebnis fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahl der ungültigen Stimmen,
4. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
5. die Zahlen der für die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber und andere Personen abgegebenen gültigen Stimmen.

(6) Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen wird das Wahlergebnis in der Reihenfolge Bürgermeisterwahl, Landratswahl, Gemeinderatswahl, Kreistagswahl und Ortschaftsratswahl oder Stadtbezirksbeiratswahl für jede Wahl getrennt ermittelt und festgestellt. Andere Wahlen sind stets zuerst sowie Volks- und Bürgerentscheide in dieser Reihenfolge zuletzt zu ermitteln und festzustellen. Mit den nächsten Ermittlungen darf erst begonnen werden, wenn die Wahl Niederschrift über die vorangegangene Feststellung unterschrieben und die Unterlagen verpackt, versiegelt und beschriftet sind. Die Stimmzettel der Wahlen, deren Ergebnis noch nicht ermittelt wird, werden unter Verschluss genommen.

§ 40

Zählung der Wählerinnen und Wähler

(1) Vor dem Öffnen der Wahlurne werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Tisch des Wahlvorstandes entfernt. Sodann werden die Stimmzettel der Wahlurne entnommen und gezählt. Zugleich werden die Zahl der Stimmabgabever-

merke im Wählerverzeichnis und die Zahl der eingenommenen Wahlscheine festgestellt. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, ist dies in der Wahl Niederschrift zu vermerken und, soweit möglich, zu erläutern. In diesem Falle gilt die Zahl der in der Wahlurne enthaltenen Stimmzettel als Zahl der Wählerinnen und Wähler.

(2) Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen sind die Zählung der Stimmzettel und die Feststellung der Zahl der Wählerinnen und Wähler für jede Wahl getrennt vorzunehmen.

§ 41

Zählung der Stimmzettel und der Stimmen

(1) Nach Zählung der Stimmzettel, der Stimmabgabevermerke und der Wahlscheine werden die Stimmzettel und Stimmen auf ihre Gültigkeit geprüft und gezählt. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher oder eine von ihr oder ihm bestimmte Beisitzerin oder ein von ihr oder ihm bestimmter Beisitzer liest aus jedem Stimmzettel vor, für wen die Stimmen abgegeben worden sind; ein Vorsortieren gleichartig gekennzeichneten Stimmzettel ist zulässig. Stimmzettel, die unverändert abgegeben worden sind, und Stimmzettel, die Anlass zu Bedenken geben, werden vorab getrennt voneinander ausgesondert und bei diesem Zählvorgang nicht berücksichtigt. Die noch nicht ausgezählten Stimmzettel, die ausgesonderten Stimmzettel und die ausgezählten gültigen Stimmzettel werden je gesondert gesammelt und unter Aufsicht behalten.

(2) Das Vorlesen der Stimmen und gegebenenfalls das Vorsortieren der Stimmzettel sowie das Aussondern der Stimmzettel werden durch eine Beisitzerin oder einen Beisitzer, die oder der von der Wahlvorsteherin oder vom Wahlvorsteher bestimmt wurde, laufend kontrolliert.

(3) Hierauf prüft die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher die unverändert abgegebenen Stimmzettel. Anschließend werden diese Stimmzettel gezählt.

(4) Anschließend beschließt der Wahlvorstand über die Gültigkeit der Stimmzettel, die Anlass zu Bedenken geben, und die Gültigkeit der auf diesen Stimmzetteln abgegebenen Stimmen. Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher gibt die Entscheidung mündlich bekannt. Sie oder er vermerkt auf der Rückseite jedes Stimmzettels, ob dieser für gültig oder für ungültig erklärt worden ist. Ist er für gültig erklärt worden, vermerkt sie oder er ferner, für wen gültige Stimmen abgegeben worden sind. Die Stimmzettel sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und der Wahl Niederschrift beizufügen.

(5) Bei der Gemeinderatswahl, Ortschaftsratswahl, Stadtbezirksbeiratswahl und Kreistagswahl werden zur Zählung der gültigen Stimmen Zähllisten nach dem Muster der Anlage 27 geführt. Die listenführende Person verzeichnet jede aufgerufene gültige Stimme in der betreffenden Spalte der Zählliste. Die Zähllisten werden von der listenführenden Person und von der Wahlvorsteherin oder vom Wahlvorsteher unterzeichnet. Für ungültige Stimmzettel kann eine eigene Zählliste geführt werden.

(6) Prüf- und Zählvermerke dürfen auf den Stimmzetteln nur in der Weise angebracht werden, dass sie sich von der Kennzeichnung des Stimmzettels durch die Wählerin oder den Wähler eindeutig unterscheiden und diese uneingeschränkt erkennbar bleibt. Sonstige Änderungen des Stimmzettels sind unzulässig; Absatz 4 Satz 3 bis 5 bleibt unberührt.

(7) Ergeben sich bei der Stimmenzählung rechnerische Unstimmigkeiten, ist der Zählvorgang ganz oder teilweise zu wiederholen. Das Gleiche gilt, wenn ein Mitglied des Wahlvorstandes vor der Unterzeichnung der Wahl Niederschrift eine erneute Zählung beantragt. Die Gründe für die erneute Zählung sind in der Wahl Niederschrift zu vermerken.

(8) Organisation und Ablauf des Zählgeschäftes im Einzelnen müssen so geregelt sein, dass die Öffentlichkeit, die Sicherheit und Nachprüfbarkeit der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses, die Aufsicht der Wahlvorsteherin oder des Wahlvorstehers sowie eine gegenseitige Kontrolle der Mitglieder und Hilfskräfte des Wahlvorstandes gewährleistet sind. Die Zählung kann durch Hilfskräfte vorbereitet werden. Zur Zählung können Zählgruppen gebildet werden, die im Falle des Absatzes 5 getrennte Zähllisten führen. Zur Zählung kann die automatisierte Datenverarbeitung eingesetzt werden, soweit der Wahlausschuss dem zugestimmt hat.

§ 42

Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher gibt das Wahlergebnis im Wahlbezirk im Anschluss an die Feststellungen mündlich bekannt.

§ 43

Schnellmeldungen, vorläufige Wahlergebnisse

(1) Sobald das Wahlergebnis im Wahlbezirk festgestellt worden ist, meldet es die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher auf dem schnellsten Wege der oder dem Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses; für diese Schnellmeldung kann das Muster der Anlage 28 verwendet werden. Bei gleichzeitig durchzuführenden Wahlen ist das Ergebnis jeder Wahl sogleich nach der Feststellung mitzuteilen. Bei Kreiswahlen erfolgt die Meldung an die Gemeinde.

(2) Bei Kreiswahlen fasst die Gemeinde die vorläufigen Wahlergebnisse aller Wahlbezirke auf Grund der Schnellmeldungen nach Absatz 1 zusammen und meldet sie auf schnellstem Wege der oder dem Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses; für diese Schnellmeldung kann das Muster der Anlage 28 verwendet werden. Das vorläufige Ergebnis der Kreistagswahl ist nach Wahlkreisen zu gliedern, wenn Teile der Gemeinde zu verschiedenen Wahlkreisen für die Kreistagswahl gehören.

§ 44

Wahl Niederschrift

(1) Über die Wahlhandlung sowie die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses ist von der Schriftführerin oder dem Schriftführer eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage 29 zu fertigen, aus der alle wesentlichen Umstände hervorgehen müssen. Die Niederschrift ist von dem am Schluss der Sitzung anwesenden Mitgliedern des Wahlvorstandes, mindestens jedoch von der Wahlvorsteherin oder dem Wahlvorsteher und von der Schriftführerin oder dem Schriftführer oder deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern sowie von einer Beisitzerin oder einem Beisitzer zu unterzeichnen. Verweigert ein Mitglied des Wahlvorstandes die Unterschrift, ist der Grund hierfür in der Niederschrift zu vermerken.

(2) Die Niederschrift muss insbesondere enthalten:

1. die Angabe des Wahlbezirkes,

2. die Namen und Funktionen der Mitglieder einschließlich der nach § 10 Absatz 5 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes zugezogenen Personen und der Hilfskräfte sowie Angaben über ihre Verpflichtung,
3. den Zeitpunkt der Eröffnung der Wahlhandlung,
4. besondere Vorkommnisse während der Wahlhandlung und dazu gefasste Beschlüsse,
5. die Zeitpunkte der Feststellung des Endes der Wahlzeit und der Schließung der Wahlhandlung,
6. den Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses,
7. Unterbrechungen der Sitzung unter Angabe des Zeitpunkts, der Gründe und der getroffenen Sicherungsmaßnahmen,
8. die Beschlüsse nach § 31 Absatz 6, § 33 Satz 3 und § 41 Absatz 4 sowie die Beschlüsse über Beanstandungen bei der Wahlhandlung sowie bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses mit Begründung,
9. das festgestellte Wahlergebnis,
10. die Versicherung, dass bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses die Öffentlichkeit gewahrt worden ist,
11. die Versicherung, dass bei der Wahlhandlung sowie bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes und dieser Verordnung nach bestem Wissen eingehalten worden sind.

Bei Satz 1 Nummer 9 ist die Gesamtzahl der Wahlberechtigten nach Wahlberechtigten ohne und mit Sperrvermerk „W“ (Wahrschein) aufzugliedern und sind unter der Gesamtzahl der Wählerinnen und Wähler auch die Zahlen der Wählerinnen und Wähler mit Wahrschein sowie der Briefwählerinnen und Briefwähler anzuführen.

(3) Der Niederschrift sind beizufügen:

1. die Wahlscheine, über die der Wahlvorstand nach § 33 Satz 3 besonders beschlossen hat,
2. die Stimmzettel, über die der Wahlvorstand nach § 41 Absatz 4 besonders beschlossen hat,
3. die Zähllisten, soweit solche geführt wurden,
4. die Abschlussbeurkundung des Wählerverzeichnis.

(4) Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher hat die Niederschrift mit den Anlagen unverzüglich der oder dem Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses zu übergeben.

(5) Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher, die Vorsitzenden der mit der Niederschrift befassten Wahlausschüsse und die mit der Niederschrift befassten Behörden haben sicherzustellen, dass die Niederschriften mit den Anlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

(6) Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen gilt Folgendes:

1. Für die einzelnen Wahlen sind getrennte Wahl Niederschriften zu fertigen.
2. Wahlscheine, über die der Wahlvorstand nach § 33 Satz 3 besonders beschlossen hat, sind der Wahl Niederschrift für die Wahl anzuschließen, deren Ergebnis als erstes festgestellt wird.

§ 45

Übergabe und Verwahrung der Wahlunterlagen

(1) Hat der Wahlvorstand seine Aufgaben erledigt, verpackt die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher je für sich

1. die gültigen Stimmzettel,

2. die eingenommenen Wahlscheine, soweit diese nicht der Wahlniederschrift beigelegt sind, die unverändert abgegebenen Stimmzettel und das Wählerverzeichnis, versiegelt die einzelnen Pakete, versieht sie mit Inhaltsangabe und übergibt sie der Gemeinde. Bis zur Übergabe hat die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher sicherzustellen, dass die in Satz 1 aufgeführten Unterlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

(2) Die Gemeinde hat die Pakete bis zur Vernichtung der Wahlunterlagen (§ 62) zu verwahren. Sie hat sicherzustellen, dass die Pakete Unbefugten nicht zugänglich sind.

(3) Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher übergibt ferner die übrigen Wahlunterlagen, insbesondere die nach § 28 zur Verfügung gestellten Unterlagen und Ausstattungsgegenstände sowie die eingenommenen Wahlbenachrichtigungen.

(4) Auf Anforderung des Gemeindevwahlausschusses, bei Kreiswahlen des Kreiswahlausschusses, und der Rechtsaufsichtsbehörde sind diesen die in Absatz 1 bezeichneten Unterlagen vorzulegen. Werden nur Teile eines Pakets angefordert, wird das Paket in Gegenwart von zwei Zeugen aufgebrochen, der angeforderte Teil wird entnommen und das Paket wird erneut versiegelt. Über den Vorgang ist eine Niederschrift zu fertigen, die von allen Beteiligten zu unterzeichnen ist.

(5) Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen sind die Wahlunterlagen der einzelnen Wahlen getrennt zu verpacken, zu versiegeln und zu beschriften.

Unterabschnitt 2 Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des Briefwahlergebnisses

§ 46 Behandlung der Wahlbriefe, Vorbereitung der Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses

(1) Die Gemeinde sammelt die Wahlbriefe ungeöffnet und hält sie in der Gemeinde unter Verschluss. Sie vermerkt auf jedem am Wahltag nach Ablauf der Wahlzeit eingegangenen Wahlbrief Tag und Uhrzeit des Eingangs und auf den vom nächsten Tag an eingehenden Wahlbriefen nur den Eingangstag.

(2) Die Gemeinde verteilt die nach Wahlkreisen geordneten Wahlbriefe am Wahltag rechtzeitig auf die für die Zulassung der Wahlbriefe jeweils zuständigen Wahlorgane und übergibt ihnen das Verzeichnis der für ungültig erklärten Wahlscheine sowie die Nachträge dazu oder die Mitteilung, dass keine Wahlscheine für ungültig erklärt worden sind.

(3) Verspätet eingegangene Wahlbriefe werden von der Gemeinde angenommen, mit den in Absatz 1 vorgeschriebenen Vermerken versehen und ungeöffnet verpackt. Das Paket wird von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister oder der oder dem nach § 12 des Kommunalwahlgesetzes hierfür beauftragten Bediensteten versiegelt, mit Inhaltsangabe versehen und danach bis zur Vernichtung (§ 62) verwahrt. Es ist sicherzustellen, dass das Paket Unbefugten nicht zugänglich ist.

§ 47 Zulassung der Wahlbriefe

(1) Über die Zulassung der Wahlbriefe entscheidet der Briefwahlvorstand, sofern kein Fall des § 49 Absatz 1 oder Absatz 5 vorliegt.

(2) Ein von der Briefwahlvorsteherin oder dem Briefwahlvorsteher bestimmtes Mitglied des Briefwahlvorstandes öffnet die Wahlbriefe nacheinander und entnimmt ihnen den Wahlschein und den Stimmzettelumschlag. Ist der Wahlschein in einem Verzeichnis für ungültig erklärter Wahlscheine aufgeführt oder werden Bedenken gegen die Gültigkeit des Wahlscheines erhoben, sind die betroffenen Wahlbriefe samt Inhalt unter Kontrolle der Briefwahlvorsteherin oder des Briefwahlvorstehers auszusondern und später entsprechend Absatz 3 zu behandeln. Die aus den übrigen Wahlbriefen entnommenen Stimmzettelumschläge werden ungeöffnet in die Wahlurne geworfen; die Wahlscheine werden gesammelt. Gilt bei verbundenen Wahlen der Wahlschein nicht für alle Wahlen, wird der Stimmzettelumschlag abweichend von Satz 3 nicht in die Wahlurne gelegt, sondern von einem dafür bestimmten Mitglied des Briefwahlvorstandes getrennt nach den Wahlen, für die der Wahlschein jeweils gültig ist, verwahrt.

(3) Werden gegen einen Wahlbrief Bedenken erhoben, beschließt der Briefwahlvorstand über die Zulassung oder Zurückweisung. Der Wahlbrief ist vom Briefwahlvorstand zurückzuweisen, wenn ein Tatbestand nach § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 8 des Kommunalwahlgesetzes vorliegt. Liegt bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen der Grund für die Zurückweisung eines Wahlbriefes nicht für alle diese Wahlen vor, ist der Wahlbrief nur für die betreffenden Wahlen zurückzuweisen. Die Zahl der beanstandeten, der nach besonderer Beschlussfassung zugelassenen und der zurückgewiesenen Wahlbriefe ist in der Wahlniederschrift zu vermerken. Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind samt Inhalt auszusondern, mit einem Vermerk über den Zurückweisungsgrund zu versehen, zu verschließen und fortlaufend zu nummerieren.

(4) Im Fall von § 22 Absatz 6 erfolgt die Zulassung der Wahlbriefe separat für jede Mitgliedsgemeinde.

§ 48 Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses

(1) Nachdem die Stimmzettelumschläge den Wahlbriefen entnommen und in die Wahlurne geworfen worden sind, jedoch nicht vor Ablauf der allgemeinen Wahlzeit, ermittelt und stellt der Briefwahlvorstand das Briefwahlergebnis mit den in § 39 Absatz 4 Nummer 2 bis 7 oder Absatz 5 Nummer 2 bis 5 bezeichneten Angaben nach den entsprechend anzuwendenden §§ 40 und 41 fest. Werden gleichzeitig mehrere Wahlen durchgeführt, gilt § 39 Absatz 1 und 6 entsprechend.

(2) Bei verbundenen Kommunalwahlen werden vor Feststellung des Briefwahlergebnisses als Erstes die in der Wahlurne befindlichen Stimmzettelumschläge und die für die jeweilige Wahl nach § 47 Absatz 2 Satz 4 verwahrten Stimmzettelumschläge getrennt voneinander ungeöffnet gezählt. Anschließend werden die nach § 47 Absatz 2 Satz 4 verwahrten Stimmzettelumschläge geöffnet, die Stimmzettel entnommen und uneingesehen in gefaltetem Zustand in die geleerte Wahlurne gelegt. Zusätzlich werden mindestens 50 Stimmzettelumschläge derselben Wahl geöffnet, die Stimmzettel entnommen, uneingesehen und in gefaltetem Zustand in die Wahlurne gelegt und alle Stimmzettel in der Wahlurne

vermengt. Anschließend sind die übrigen Stimmzettelumschläge zu öffnen und die Stimmzettel zu entnehmen.

(3) Enthält ein Stimmzettelumschlag keinen Stimmzettel oder bei verbundenen Wahlen nicht für jede Wahl einen Stimmzettel, wird dies auf dem Stimmzettelumschlag vermerkt. Leere Stimmzettelumschläge sind den unverändert abgegebenen Stimmzetteln entsprechend zu behandeln (§ 41 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 3). Stimmzettelumschläge, die bei verbundenen Wahlen nicht für jede Wahl einen Stimmzettel enthalten und Stimmzettelumschläge, die mehrere Stimmzettel derselben Wahl enthalten oder Anlass zu Bedenken geben, sind entsprechend § 41 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 4 zu behandeln.

(4) Über die Zulassung der Wahlbriefe sowie die Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses ist von der Schriftführerin oder dem Schriftführer eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage 30 zu fertigen, aus der alle wesentlichen Umstände hervorgehen müssen. Für den Inhalt der Niederschrift gilt § 44 Absatz 2 entsprechend; sie muss außerdem enthalten:

1. die Zahl der insgesamt eingegangenen Wahlbriefe,
2. die Zahl der beanstandeten Wahlbriefe,
3. die Zahl der zurückgewiesenen Wahlbriefe unter Angabe der Zurückweisungsgründe,
4. die Zahl der nach besonderer Beschlussfassung zugelassenen Wahlbriefe,
5. die Zahl der insgesamt zugelassenen Wahlbriefe.

(5) Der Niederschrift sind beizufügen:

1. die Stimmzettel und Stimmzettelumschläge, über die der Briefwahlvorstand entsprechend § 41 Absatz 4 besonders beschlossen hat,
2. die Wahlbriefe, die der Briefwahlvorstand zurückgewiesen hat,
3. die Wahlscheine, über die der Briefwahlvorstand beschlossen hat, ohne dass die Wahlbriefe zurückgewiesen wurden,
4. die Zähllisten, soweit solche geführt wurden.

§ 44 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 4 bis 6 gilt entsprechend. Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen sind zurückgewiesene Wahlbriefe der Wahl Niederschrift für die Wahl anzuschließen, deren Ergebnis als erstes festgestellt wird.

(6) Im Übrigen gelten für die Tätigkeit des Briefwahlvorstandes die für den Wahlvorstand geltenden Bestimmungen sowie die §§ 42 und 43 entsprechend.

§ 49

Zulassung der Wahlbriefe, Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses bei wenigen Briefwählerinnen und Briefwählern

(1) Liegen für die Ermittlung des Briefwahlergebnisses einer Wahl weniger als 50 Wahlbriefe vor, ist die Zulassung der Wahlbriefe und die Ergebnisfeststellung von verschiedenen Wahlorganen vorzunehmen. Eine der Aufgaben kann auch dem Gemeindewahlausschuss zugewiesen werden.

(2) Die Zulassung der Wahlbriefe erfolgt entsprechend § 47 Absatz 2 und 3. Hierüber ist von der Schriftführerin oder dem Schriftführer eine Niederschrift zu fertigen, der beizufügen sind:

1. die Wahlbriefe, die zurückgewiesen wurden,
 2. die Wahlscheine, über die beschlossen wurde, ohne dass die Wahlbriefe zurückgewiesen wurden.
- Die eingenommenen Wahlscheine sind entsprechend § 45 zu verpacken und zu verwahren.

(3) Nachdem alle rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefe nach Absatz 2 behandelt worden sind, werden die Wahlurne und eine Mitteilung über die Zahl der zugelassenen Wahlbriefe an den für die Ermittlung des Briefwahlergebnisses Zuständigen übergeben. Der Vorgang ist in beiden Niederschriften zu vermerken.

(4) Sofern der Wahlvorstand auch für die Auszählung eines Wahlbezirkes zuständig ist, öffnet er zunächst die übergebene Wahlurne, entnimmt die Stimmzettelumschläge und zählt sie. Ergibt sich eine Abweichung gegenüber der Mitteilung nach Absatz 3, ist dies in der Niederschrift zu vermerken. Anschließend werden die Stimmzettel aus den durch Briefwahl abgegebenen Stimmzettelumschlägen entnommen und in gefaltetem Zustand in die Wahlurne des Wahlbezirks gelegt und vermengt. Danach werden die Stimmzettel und Stimmen gemeinsam nach § 41 gezählt.

(5) Ermittelt der Gemeindewahlausschuss in den Fällen des § 10 Absatz 4 des Kommunalwahlgesetzes abweichend von Absatz 1 auch das Briefwahlergebnis, entscheidet er auch über die Zulassung der Wahlbriefe; er verfährt dabei nach Absatz 2. Den Stimmzettelumschlägen aus zugelassenen Wahlbriefen werden die Stimmzettel entnommen und in gefaltetem Zustand in die Wahlurne des Wahlraumes gelegt und vermengt. Die Wahlscheine werden getrennt nach Briefwählerinnen und Briefwählern sowie nach Wählerinnen und Wählern, die ihre Stimme im Wahlraum abgegeben haben, gesammelt. Danach werden die Stimmzettel und Stimmen gemeinsam nach den §§ 40 und 41 gezählt.

Unterabschnitt 3

Ermittlung, Feststellung, Bekanntmachung und statistische Auswertung der Wahlergebnisse

§ 50

Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses bei Gemeindewahlen

(1) Der Gemeindewahlausschuss prüft die Wahl Niederschriften der Wahlvorstände auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit. Ergeben sich aus den Wahl Niederschriften oder aus sonstigen Gründen Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit des Wahlgeschäfts, klärt er sie soweit möglich auf. Er kann fehlerhafte Entscheidungen abändern; zurückgewiesene Wahlbriefe kann er nicht zulassen. Ungeklärte Bedenken vermerkt die Schriftführerin oder der Schriftführer in der Niederschrift.

(2) Der Gemeindewahlausschuss stellt die von den Wahlvorständen festgestellten Ergebnisse nach Vornahme etwa erforderlicher Berichtigungen zum Ergebnis der Wahl im Wahlgebiet in der Aufgliederung nach Wahlbezirken und Wahlkreisen einschließlich gesondert festgestellter Briefwahlergebnisse zusammen. Er ermittelt aus den Stimmenzahlen bei der Gemeinderatswahl, Ortschaftsratswahl und Stadtbezirksbeiratswahl die Verteilung der Sitze; bei der Zuteilung der Sitze bleiben Personen, die nicht wählbar sind, unberücksichtigt.

(3) Der Gemeindewahlausschuss stellt bei der Gemeinderatswahl, der Ortschaftsratswahl und der Stadtbezirksbeiratswahl als Wahlergebnis fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
4. die Zahl der gültigen Stimmzettel,
5. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,

6. bei Verhältniswahl in Gemeinden mit einem Wahlkreis, in Ortschaften und in Stadtbezirken
 - a) die Zahlen der für die Bewerberinnen und Bewerber der einzelnen Wahlvorschläge zusammen abgegebenen gültigen Stimmen (Gesamtstimmenzahlen der Wahlvorschläge),
 - b) die Zahlen der für die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber abgegebenen gültigen Stimmen,
 - c) die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge,
 - d) die Bewerberinnen und Bewerber, die gewählt sind,
 - e) die Bewerberinnen und Bewerber, die als Ersatzpersonen gewählt sind, und ihre Reihenfolge,
 - f) gegebenenfalls, dass Sitze nach § 21 Absatz 3 des Kommunalwahlgesetzes unbesetzt bleiben,
7. bei Verhältniswahl in Gemeinden mit mehreren Wahlkreisen
 - a) die Gesamtstimmenzahl jeder Partei und Wählervereinigung im Wahlgebiet,
 - b) die Gesamtstimmenzahlen der einzelnen Wahlvorschläge jeder Partei und Wählervereinigung in den Wahlkreisen,
 - c) die Zahlen der für die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber abgegebenen Stimmen,
 - d) die Verteilung der Sitze auf die Parteien und Wählervereinigungen sowie auf ihre Wahlvorschläge in den Wahlkreisen,
 - e) die Bewerberinnen und Bewerber, die gewählt sind,
 - f) die Bewerberinnen und Bewerber, die als Ersatzpersonen gewählt sind, und ihre Reihenfolge,
 - g) gegebenenfalls, dass Sitze nach § 22 Absatz 5 des Kommunalwahlgesetzes unbesetzt bleiben,
8. bei Mehrheitswahl
 - a) die Zahlen der für die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber und für andere Personen abgegebenen gültigen Stimmen,
 - b) die Bewerberinnen und Bewerber und anderen Personen, die gewählt sind,
 - c) die Bewerberinnen und Bewerber und anderen Personen, die als Ersatzpersonen gewählt sind, und ihre Reihenfolge.

In dem Fall, dass gemäß § 31 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes für einzelne Wahlkreise oder Wahlbezirke eine Nachwahl angeordnet worden ist, erfolgen im Anschluss an die Hauptwahl lediglich die Feststellungen zu Satz 1 Nummer 1 bis 6 Buchstabe a und b, Nummer 7 Buchstabe a bis c und Nummer 8 Buchstabe a. Die Feststellung des Wahlergebnisses im Übrigen erfolgt zusammen mit der Feststellung des Wahlergebnisses der Nachwahl.

(4) Der Gemeindewahlausschuss stellt bei der Bürgermeisterwahl als Wahlergebnis fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wählerinnen und Wähler,
3. die Zahl der ungültigen Stimmen,
4. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
5. die Zahlen der für die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber und für andere Personen abgegebenen gültigen Stimmen,
6. wer gewählt ist oder dass ein zweiter Wahlgang durchzuführen ist.

In dem Fall, dass gemäß § 31 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes für einzelne Wahlbezirke eine Nachwahl angeordnet worden ist, erfolgen im Anschluss an die Hauptwahl lediglich die Feststellungen zu Satz 1 Nummer 1 bis 5. Die Feststellung des Wahlergebnisses im Übrigen erfolgt zusammen mit der Feststellung des Wahlergebnisses der Nachwahl.

(5) Im Anschluss an die Ermittlung und Feststellung gibt die oder der Vorsitzende des Gemeindewahlausschusses das Wahlergebnis mündlich bekannt.

(6) Über die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses ist von der Schriftführerin oder dem Schriftführer eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muss insbesondere enthalten:

1. die Bezeichnung des Ausschusses,
2. die Namen und Funktionen seiner Mitglieder, den Namen der Schriftführerin oder des Schriftführers und Angaben über deren Verpflichtung,
3. die Zeit und den Ort der Sitzung,
4. den Umfang und das Ergebnis der Nachprüfung der Feststellungen der Wahlvorstände und die dazu gefassten Beschlüsse,
5. die Zahl der zurückgewiesenen Wahlbriefe,
6. bei Verhältniswahl die Berechnungsgrundlagen für die Sitzverteilung,
7. das festgestellte Wahlergebnis,
8. sonstige Beschlüsse,
9. die Versicherung, dass bei der Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse die Öffentlichkeit gewahrt worden ist,
10. die Versicherung, dass bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes und dieser Verordnung nach bestem Wissen eingehalten worden sind.

Bei Satz 2 Nummer 7 sind unter der Gesamtzahl der Wahlberechtigten auch die Zahl der Wahlscheininhaberinnen und Wahlscheininhaber sowie unter der Gesamtzahl der Wählerinnen und Wähler auch die Zahlen der Wählerinnen und Wähler mit Wahlschein sowie der Briefwählerinnen und Briefwähler anzuführen. Die Gewählten sind in der für die Sitzverteilung jeweils maßgeblichen Reihenfolge aufzuführen.

§ 51

Bekanntmachung des Wahlergebnisses und Benachrichtigung der Gewählten bei Gemeindewahlen

(1) Bei der Gemeinderatswahl, Ortschaftsratswahl und Stadtbezirksbeiratswahl hat die öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses neben den Angaben nach § 24 Absatz 2 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes die nach § 50 Absatz 3 als Wahlergebnis festgestellten Angaben zu enthalten. Die Gewählten und die Ersatzpersonen sind jeweils in der durch den Gemeindewahlausschuss festgestellten Reihenfolge unter Angabe von Familiennamen, Vornamen und Beruf oder Stand aufzuführen.

(2) Bei der Bürgermeisterwahl hat die öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses neben den Angaben nach § 24 Absatz 2 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes die nach § 50 Absatz 4 festgestellten Angaben zu enthalten. Die Bewerberinnen und Bewerber sowie anderen Personen sind in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen unter Angabe von Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Postleitzahl und Wohnort entsprechend aufzuführen. Bei Stimmengleichheit erfolgt dies in alphabetischer Reihenfolge nach dem Familiennamen.

(3) In Gemeinden mit mehr als 3 000 Einwohnerinnen und Einwohnern müssen nur die Gewählten, die Bewerberinnen und Bewerber sowie alle Personen, auf die mehr als fünf Stimmen entfallen sind, namentlich aufgeführt werden; Ersatzpersonen müssen jedoch mindestens in gleicher Zahl namentlich aufgeführt werden, wie Mitglieder des Gemeinderates, Ortschaftsrates oder Stadtbezirksbeirats gewählt worden sind. Stimmen, die auf Personen entfallen sind, welche nach Satz 1 nicht namentlich aufgeführt werden müssen, können in einer Summe aufgeführt werden.

(4) Die Gemeinde benachrichtigt die Gewählten und die Ersatzpersonen nach der mündlichen Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Bei der Gemeinderatswahl und der Ortschaftsratswahl werden die Gewählten auf die Vorschriften der §§ 18 und 32 der Sächsischen Gemeindeordnung hingewiesen und aufgefordert mitzuteilen, ob sie etwaige Ablehnungs- oder Hinderungsgründe geltend machen. Bei der Stadtbezirksbeiratswahl werden die Gewählten auf die Vorschrift des § 18 der Sächsischen Gemeindeordnung hingewiesen und aufgefordert mitzuteilen, ob sie etwaige Ablehnungsgründe geltend machen. Bei der Bürgermeisterwahl wird die oder der Gewählte aufgefordert, innerhalb einer Woche mitzuteilen, ob die Wahl angenommen wird.

§ 52

Statistische Auswertung der Gemeindewahlergebnisse

(1) Die Ergebnisse der Gemeindewahlen werden vom Statistischen Landesamt erfasst, ausgewertet und dokumentiert. Die Gemeinden übermitteln dem Statistischen Landesamt nach dessen näherer Bestimmung unverzüglich die hierfür erforderlichen Angaben über die zugelassenen Wahlvorschläge sowie die vorläufigen und amtlichen Gemeindewahlergebnisse. Soweit bei der Durchführung einzelner Wahlen eine landesweite Erfassung nicht erforderlich ist, kann das Statistische Landesamt bestimmen, dass eine Mitteilung über zugelassene Wahlvorschläge und vorläufige Wahlergebnisse an das Statistische Landesamt unterbleibt.

(2) Das Staatsministerium des Innern kann weitere statistische Auswertungen auf Grund der Wahlunterlagen vornehmen oder vornehmen lassen.

(3) Gemeinden mit einer eigenen Statistikstelle können im Einvernehmen mit dem Statistischen Landesamt für geeignete Wahlbezirke auch nach Geschlecht und Altersgruppe gegliederte Statistiken der Wahlberechtigten sowie Wählerinnen und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge erstellen. Die Trennung der Wahl nach Geschlecht und Altersgruppen ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wählerinnen und Wähler dadurch nicht erkennbar wird. Auswertungen für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht veröffentlicht werden.

§ 53

Ermittlung, Feststellung, Bekanntmachung und statistische Auswertung der Kreiswahlergebnisse

(1) Die Wahlvorsteherin oder der Wahlvorsteher hat die Wahl Niederschrift mit den Anlagen unverzüglich der Gemeinde zu übergeben. Die Gemeinde übersendet der oder dem Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses die Wahl Niederschriften ihrer Wahlvorstände mit den Anlagen auf schnellstem Wege. Besteht die Gemeinde aus mehreren Wahlbezirken, fügt sie eine Zusammenstellung der Wahlergebnisse der einzelnen Wahlbezirke nach dem Muster der Anlage 31 bei.

(2) Der Kreiswahlausschuss prüft die Wahl Niederschriften der Wahlvorstände auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit. Er stellt die von den Wahlvorständen festgestellten Ergebnisse nach Vornahme etwa erforderlicher Berichtigungen zum Ergebnis der Kreiswahl im Wahlgebiet in der Aufgliederung nach Wahlkreisen einschließlich gesondert festgestellter Briefwahlergebnisse geordnet zusammen. Dabei bildet er für die Gemeinden Zwischensummen. Ergeben sich aus der Wahl Niederschrift oder aus sonstigen Gründen Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit des Wahlgeschäfts,

klärt er sie soweit möglich auf. § 50 Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(3) Für die Feststellung und öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses, die Benachrichtigung der Gewählten und der Ersatzpersonen sowie die statistische Auswertung der Wahlergebnisse gelten § 50 Absatz 2 bis 6, §§ 51 und 52 entsprechend. Bei der Bekanntmachung der Wahlergebnisse der Kreistagswahl sind die Gewählten zusätzlich unter Angabe von Postleitzahl und Wohnort entsprechend der nach § 20 Absatz 1 bekanntgemachten Anschrift aufzuführen.

Abschnitt 4

Wahlanfechtung, Wahlprüfung

§ 54

Wahlanfechtung

(1) Die Anfechtung der Wahl nach § 25 Absatz 1, § 45 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes erfolgt schriftlich oder zur Niederschrift gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Übermittlung in elektronischer Form ist unzulässig.

(2) In der Entscheidung über den Einspruch gegen die Wahl stellt die Rechtsaufsichtsbehörde fest, ob und in welchem Umfang die Aufwendungen der oder des Einsprechenden zu erstatten sind. Auf Antrag setzt die Rechtsaufsichtsbehörde den Betrag der zu erstattenden Aufwendungen fest.

§ 55

Wahlprüfung

(1) Zur Prüfung der Wahl sind der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich vorzulegen:

1. die Nachweise über alle öffentlichen Bekanntmachungen,
2. alle Niederschriften der Wahlausschüsse mit Anlagen,
3. alle Wahl Niederschriften der Wahlvorstände mit Anlagen.

Die Rechtsaufsichtsbehörde kann zum Zwecke der Wahlprüfung die Vorlage weiterer Unterlagen verlangen; sie gibt die Unterlagen nach Abschluss der Wahlprüfung zurück.

(2) Die Prüfung der Gültigkeit der Wahl umfasst die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses, die Feststellung der Wählbarkeit der Gewählten sowie erforderlichenfalls die Vorbereitung der Wahl und die Wahlhandlung.

Abschnitt 5

Neuwahl, Wiederholungswahl, Wahlabsage und Nachwahl

§ 56

Neuwahl

Wird die Neuwahl nur in einer Kreisfreien Stadt oder in einem Landkreis durchgeführt, gilt Folgendes:

1. Die Einteilung des Wahlgebiets in Wahlkreise darf nicht verändert werden.
2. Wahlberechtigte, die bei der für teilweise ungültig erklärten Wahl in einem anderen Wahlkreis der Kreisfreien Stadt oder des Landkreises wahlberechtigt waren, sind nicht in die der Neuwahl zugrunde zu legenden Wählerverzeichnisse aufzunehmen.

§ 57 Wiederholungswahl

(1) Wird die Wahl im gesamten Wahlgebiet wiederholt, soll die Abgrenzung der Wahlbezirke gegenüber der für ungültig erklärten Wahl möglichst nicht verändert werden. Wird die Wahl nur in einzelnen Wahlkreisen oder Wahlbezirken wiederholt, darf die Abgrenzung dieser Wahlkreise und Wahlbezirke nicht verändert werden. Wahlvorstände können neu gebildet und Wahlräume neu bestimmt werden.

(2) Wird die Wahl nur in einzelnen Wahlbezirken wiederholt, können Wahlberechtigte, denen für die für teilweise ungültig erklärte Wahl ein Wahlschein erteilt wurde, nur dann an der Wiederholungswahl teilnehmen, wenn sie ihren Wahlschein in den Wahlbezirken abgegeben haben, in denen die Wahl wiederholt wird.

(3) Wird die Wahl nur in einem Teil des Wahlgebiets wiederholt, erhalten Wahlberechtigte, die bei der für teilweise ungültig erklärten Wahl in einem zu diesem Gebiet gehörenden Wahlbezirk mit Wahlschein gewählt haben, auf Antrag ihren Wahlschein mit Gültigkeitsvermerk für die Wiederholungswahl zurück, wenn sie inzwischen aus dem Gebiet der Wiederholungswahl verzogen sind und ihr Wahlrecht weiterhin besteht. Dies gilt auch für Wahlberechtigte, deren briefliche Stimmabgabe bei der für teilweise ungültig erklärten Wahl in das Wahlergebnis eines Wahlbezirks einbezogen worden ist, in dem die Wiederholungswahl stattfindet. Den nach Satz 2 maßgebenden Wahlbezirk macht die Gemeinde öffentlich bekannt.

(4) Wahlvorschläge können nur geändert werden, wenn sich dies aus der rechtskräftigen Entscheidung ergibt oder wenn eine Bewerberin oder ein Bewerber gestorben oder nicht mehr wählbar ist.

§ 58 Wahlabsage, Nachwahl

Ist eine Änderung der Stimmzettel für die Nachwahl nicht erforderlich, sind die für die abgesagte Wahl erteilten Wahlscheine auch für die Nachwahl gültig. Ist eine Änderung der Stimmzettel erforderlich, sind erteilte Wahlscheine nicht mehr gültig; sie werden von Amts wegen durch neue Wahlscheine ersetzt. Wahlbriefe mit alten Wahlscheinen, die bei der oder dem Vorsitzenden des zuständigen Gemeindevwahlausschusses eingegangen sind, werden von dieser oder diesem gesammelt und unter Beachtung des Wahlheimnisses vernichtet.

Abschnitt 6 Sonstige Vorschriften

§ 59 Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Bekanntgaben des Staatsministeriums des Innern zum Wahltag erfolgen im Sächsischen Amtsblatt.

(2) Die im Kommunalwahlgesetz und in dieser Verordnung vorgesehenen öffentlichen Bekanntmachungen der Gemeinden und Landkreise werden in der für die Gemeinde oder den Landkreis bestimmten Form durchgeführt. Bei öffentlichen Bekanntmachungen durch Anschlag und Hinweis hierauf gilt als Tag der Bekanntmachung der Tag des Hinweises; liegt der Tag des Hinweises vor dem Tag des Anschlags, gilt der Tag des Anschlags als Tag der Bekannt-

machung. Der Vollzug der Bekanntmachung ist in den Wahlakten nachzuweisen.

(3) Der Inhalt der nach dem Kommunalwahlgesetz und dieser Verordnung vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen kann zusätzlich im Internet bereitgestellt werden. Dabei sind die Unversehrtheit, Vollständigkeit und Ursprungszuordnung der Veröffentlichung nach aktuellem Stand der Technik zu gewährleisten. Anstelle einer Anschrift oder eines Wohnortes mit Postleitzahl ist nur der Wohnort anzugeben. Personenbezogene Daten in Internetveröffentlichungen von öffentlichen Bekanntmachungen nach § 20 sind spätestens sechs Monate nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses, von öffentlichen Bekanntmachungen nach § 51 Absatz 1 und 2 sowie § 53 Absatz 3 spätestens sechs Monate nach dem Ende der Wahlperiode zu löschen.

§ 60 Beschaffung von Stimmzetteln und Vordrucken

(1) Die Gemeinde beschafft:

1. die Wahlscheinvordrucke (Anlage 4),
2. die Stimmzettel für Gemeindewahlen (Anlagen 5 bis 11),
3. die Stimmzettelumschläge für die Briefwahl (Anlage 12),
4. die Wahlbriefumschläge (Anlage 13),
5. die Hinweise für Briefwählerinnen und Briefwähler (Anlage 14),
6. die Vordrucke für die Kontrollmitteilungen (Anlage 15),
7. die Vordrucke für die Einreichung von Wahlvorschlägen für Gemeindewahlen (Anlage 16),
8. die Vordrucke für Zustimmungserklärungen der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber für Gemeindewahlen (Anlage 17),
9. die Vordrucke für Wählbarkeitsbescheinigungen (Anlage 17),
10. die Vordrucke für die Erklärung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber bei der Bürgermeisterwahl über das Vorliegen der allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis (Anlage 18),
11. die Vordrucke für die Niederschriften über die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für Gemeindewahlen (Anlage 19) und für die Versicherung an Eides statt (Anlage 20),
12. die Vordrucke für Wahlrechtsbescheinigungen (Anlage 21),
13. die Vordrucke für Unterstützungsverzeichnisse für Wahlvorschläge zu Gemeindewahlen (Anlage 22) einschließlich einer hinreichenden Zahl Unterschriftenblätter (Anlage 23),
14. die Vordrucke für die Wahlbekanntmachung (Anlage 26),
15. die Vordrucke für Zähllisten (Anlage 27),
16. die Vordrucke für Schnellmeldungen (Anlage 28),
17. die Vordrucke für die Wahl Niederschrift der Wahlvorstände (Anlagen 29 und 30).

Der Landkreis kann für die zum Landkreis gehörenden Gemeinden auf deren Kosten die Beschaffung der Vordrucke übernehmen.

(2) Der Landkreis beschafft:

1. die Stimmzettel für Kreiswahlen (Anlagen 5 bis 11), die er an die kreisangehörigen Gemeinden verteilt,
2. die Vordrucke für die Einreichung von Wahlvorschlägen für Kreiswahlen (Anlage 16),
3. die Vordrucke für Zustimmungserklärungen der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber für Kreiswahlen (Anlage 17),
4. die Vordrucke für die Erklärung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber bei der Landratswahl über das Vor-

- liegen der allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis (Anlage 18),
5. die Vordrucke für die Niederschriften über die Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber für Kreiswahlen (Anlage 19) und für die Versicherung an Eides statt (Anlage 20),
 6. die Vordrucke für Unterstützungsverzeichnisse für Wahlvorschläge zu Kreiswahlen (Anlage 22) einschließlich einer hinreichenden Zahl Unterschriftenblätter (Anlage 23), die er an die kreisangehörigen Gemeinden verteilt, sowie die Vordrucke für das Gesamtverzeichnis (Anlage 24).

(3) Sonstige Vordrucke beschafft diejenige Stelle, die sie benötigt.

§ 61

Sicherung der Wahlunterlagen

(1) Die Wählerverzeichnisse, die Wahlscheinverzeichnisse, die Unterstützungsverzeichnisse, die Verzeichnisse nach § 14 Absatz 4 Satz 5 und Absatz 11 Satz 2 sowie § 15 Absatz 1 und eingenommene Wahlbenachrichtigungen sind so zu verwahren, dass sie gegen Einsichtnahme durch Unbefugte und gegen jede unbefugte Benutzung geschützt sind.

(2) Auskünfte aus Wählerverzeichnissen, Wahlscheinverzeichnissen und Verzeichnissen nach § 14 Absatz 4 Satz 5 und Absatz 11 Satz 2 sowie § 15 Absatz 1 dürfen nur Behörden, Gerichten und sonstigen amtlichen Stellen und nur dann erteilt werden, wenn sie für den Empfänger im Zusammenhang mit der Wahl erforderlich sind. Ein solcher Anlass liegt insbesondere bei Verdacht von Wahlstraftaten, bei Wahlprüfungs- und Wahlanfechtungsangelegenheiten und bei wahlstatistischen Arbeiten vor.

(3) Mitglieder von Wahlorganen, Amtsträgerinnen und Amtsträger sowie für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete dürfen Auskünfte über Unterstützungsunterlagen für Wahlvorschläge nur Behörden, Gerichten und sonstigen amtlichen Stellen sowie nur dann erteilen, wenn die Auskunft zur Durchführung eines Wahlprüfungs- oder Wahlanfechtungsverfahrens oder zur Aufklärung des Verdachts einer Wahlstraftat erforderlich ist.

(4) Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend für andere Formen der Bekanntgabe sowie für jede Einsichtnahme und sonstige Nutzung.

§ 62

Vernichtung von Wahlunterlagen, Löschung personenbezogener Daten

(1) Die eingenommenen Wahlbenachrichtigungen sind nach dem Wahltag unverzüglich zu vernichten.

(2) Wählerverzeichnisse, Wahlscheinverzeichnisse, Verzeichnisse nach § 14 Absatz 4 Satz 5 und Absatz 11 Satz 2 sowie § 15 Absatz 1, Unterstützungsverzeichnisse sowie verspätet eingegangene und zurückgewiesene Wahlbriefe sind nach der rechtskräftigen Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zu vernichten, wenn sie nicht für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

(3) Die Niederschriften über Sitzungen der Wahlorgane mit den Anlagen können nach dem Ablauf der Amtszeit der Gewählten und die übrigen Wahlunterlagen können nach der

rechtskräftigen Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl vernichtet werden, soweit sie nicht für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.

(4) Mit der Vernichtung von Unterlagen nach den Absätzen 1 bis 3 sind gleichzeitig die in diesem Zusammenhang in automatisierten Verfahren gespeicherten Daten zu löschen.

§ 63

Sorbisches Siedlungsgebiet

(1) In den Gemeinden des sorbischen Siedlungsgebietes werden

1. die Bekanntmachung der Durchführung der Wahl (§ 1),
2. die Bekanntmachung zur Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis (§ 8),
3. die Bekanntmachung der Wahlvorschläge (§ 20),
4. die Wahlbekanntmachung (§ 27),
5. die Bekanntmachung des Wahlergebnisses (§ 51 Absatz 1 bis 3),
6. die Benachrichtigung der Gewählten (§ 51 Absatz 4) durch Erläuterungen in sorbischer Sprache nach dem Muster der Anlage 32 ergänzt.

(2) In den Gemeinden des sorbischen Siedlungsgebietes werden

1. die Benachrichtigung der Wahlberechtigten (§ 7 Absatz 1),
2. der Vordruck für einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines (§ 7 Absatz 2),
3. der Wahlschein (§ 12),
4. die Hinweise für Briefwählerinnen und Briefwähler (§ 14 Absatz 3 Nummer 4),
5. der Stimmzettelschlag (§ 14 Absatz 3 Nummer 2 und § 25 Absatz 4 Satz 1),
6. der Wahlbriefumschlag (§ 14 Absatz 3 Nummer 3 und § 25 Absatz 4 Satz 2)

auch in sorbischer Sprache nach dem Muster der Anlage 33 erstellt. Ebenso erfolgt die Kenntlichmachung der Wahlräume auch in sorbischer Sprache.

§ 64

Gleichzeitige Durchführung von mit der Kommunalwahl verbundenen Bürgerentscheiden und Volksentscheiden

(1) Bei der gleichzeitigen Durchführung eines mit der Kommunalwahl verbundenen Bürgerentscheids sind die Vorschriften über die gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen entsprechend anzuwenden.

(2) Bei der gleichzeitigen Durchführung eines mit der Kommunalwahl verbundenen Volksentscheids sind die Vorschriften über die gleichzeitige Durchführung mit anderen Wahlen entsprechend anzuwenden.

§ 65

Wahlorganisation in Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbänden

Die Durchführung und Organisation von Kommunalwahlen in Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbänden ist Geschäft der laufenden Verwaltung im Sinne von § 8 Absatz 1 Nummer 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl.

S. 134) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

2, 4, 9 bis 11, 14, 16 bis 23, 26, 32 und 33 in der vor oder in der nach Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden Fassung genutzt werden.

§ 66

Übergangsbestimmung

Für Bürgermeisterwahlen, deren Wahltag gemäß § 39 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung durch den Gemeinderat bestimmt wurde, können Unterlagen nach dem Muster der Anlagen 1,

§ 67

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kommunalwahlordnung vom 16. Mai 2018 (SächsGVBl. S. 313) außer Kraft.

Dresden, den 24. Juli 2023

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Anlage 1

(zu § 7 Absatz 1)

Wahlbenachrichtigung

	Gemeinde/Stadt
--	----------------

Name, Anschrift

Wahlbenachrichtigung

für die Wahl/en zur/zum _____¹

Wahltag: Sonntag, der _____
Wahlzeit: von _____:_____ bis _____:_____ Uhr²

³Ein zweiter Wahlgang zur Bürgermeister-/Landratswahl⁴ findet nur dann statt, wenn bei der vorausgehenden ersten Wahl keine Bewerberin/kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.⁵

Wahlraum _____ **Wahlkreis/Wahlbezirk/Wählerverz.-Nr.** _____/_____/_____

Der Wahlraum ist barrierefrei/nicht barrierefrei.⁶
Nähere Auskünfte zu barrierefreien Wahlräumen erhalten Sie unter der Telefonnummer: _____

Sie sind in das Wählerverzeichnis eingetragen und können im oben angegebenen Wahlraum wählen. **Bringen Sie diese Benachrichtigung zur Wahl mit und halten Sie Ihren Personalausweis (als ausländische Unionsbürgerin/ausländischer Unionsbürger Ihren Identitätsnachweis) oder Reisepass bereit!**

Wenn Sie in einem anderen Wahlraum Ihres Wahlkreises/des Wahlgebiets⁴ oder durch Briefwahl wählen wollen, benötigen Sie einen **Wahlschein**. Voraussetzung für die Erteilung des Wahlscheines ist der Wahlscheinantrag (siehe Rückseite). Wahlscheinanträge werden nur bis zum _____, _____:_____ Uhr⁷ entgegengenommen, bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung auch noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr. Der Antrag kann schriftlich, auch per E-Mail oder sonstige dokumentierbare elektronische Übermittlung oder mündlich gestellt werden, jedoch nicht telefonisch. Dabei ist das Geburtsdatum oder die oben genannte Wählerverzeichnisnummer anzugeben.

Wahlscheine und Briefwahlunterlagen werden übersandt oder amtlich überbracht. Sie können auch bei der Gemeinde persönlich oder durch Bevollmächtigte abgeholt werden. Wer für eine andere Person Wahlschein und Briefwahlunterlagen beantragt oder bei der Gemeinde abholt, muss eine **schriftliche Vollmacht** vorlegen. Die/der Bevollmächtigte darf nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertreten. Die Gemeinde führt ein Verzeichnis der Bevollmächtigten und der an sie ausgehändigten Wahlscheine.⁴ Wenn Sie die Briefwahlunterlagen per E-Mail oder durch eine Hilfsperson beantragen und an eine andere Adresse als Ihre Hauptwohnung senden lassen, erhalten Sie automatisch eine Kontrollmitteilung Ihrer Gemeinde an Ihre Hauptwohnung, um Missbrauch auszuschließen.

^{3, 8} Findet ein zweiter Wahlgang zur Bürgermeister-/Landratswahl⁴ statt, erhalten Wahlberechtigte, die zur ersten Wahl einen Wahlschein beantragt haben, automatisch erneut einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen übersandt. An der Urnenwahl zum zweiten Wahlgang können diese dann nur unter Vorlage des Wahlscheins teilnehmen. Wahlberechtigte, die zur ersten Wahl an der Urnenwahl teilgenommen haben, können bis zum _____, _____:_____ Uhr⁷ einen Wahlscheinantrag für den zweiten Wahlgang stellen, bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung auch noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr.

Etwaige Unrichtigkeiten in Ihrer Anschrift teilen Sie bitte der Gemeinde mit.

Stadt/Gemeinde
(Ober-)Bürgermeisterin/(Ober-)Bürgermeister⁴

Hinweise für die Herstellung:

- Es ist/sind die Wahlart/en einzutragen, für die die Wahlbenachrichtigung gültig ist. Bei der Bürgermeister-/Landratswahl ist bei den nur für einen etwaigen zweiten Wahlgang Wahlberechtigten der Hinweis „etwaiger zweiter Wahlgang für die Bürgermeister-/Landratswahl“ einzutragen. In jedem Fall soll bei der Bürgermeister-/Landratswahl der Tag des etwaigen zweiten Wahlgangs enthalten sein, verbunden mit dem Hinweis, dass hierzu keine weitere Benachrichtigung ergeht.
- Bei der Bürgermeister-/Landratswahl ist bei den nur für den zweiten Wahlgang Wahlberechtigten ausschließlich der Wahltag und die Wahlzeit des etwaigen zweiten Wahlgangs anzugeben. Bei den für beide Wahlgänge Wahlberechtigten sind beide Wahltage und Wahlzeiten anzugeben.
- Nur bei der Bürgermeister-/Landratswahl.
- Nichtzutreffendes streichen.
- Bei den nur für den zweiten Wahlgang Wahlberechtigten ist stattdessen folgender Satz einzufügen:
- „Ein zweiter Wahlgang zur Bürgermeister-/Landratswahl findet nur dann statt, wenn bei der vorausgehenden ersten Wahl, für die Sie nicht wahlberechtigt sind, keine Bewerberin/kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.“
- Alternativ kann der Hinweis zum Wahlraum mit einem geeigneten Piktogramm versehen werden.
- Vergleiche § 13 Absatz 3 SächsKomWVO.
- Bei nur für den zweiten Wahlgang Wahlberechtigten ist stattdessen folgender Satz einzufügen:
- „Findet ein zweiter Wahlgang statt, können Wahlberechtigte Wahlscheinanträge nur bis zum _____, _____ Uhr bei der Gemeinde stellen, bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung auch noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr.“

Anlage 2

(zu § 7 Absatz 2)

Wahlscheinantrag (Rückseite der Wahlbenachrichtigung)Bitte in einem auf Ihre Kosten ausreichend frankierten Briefumschlag an die **Gemeinde/Stadt¹** senden!**Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines**

Für die

- ☐ ² Gemeinde-/Stadtratswahl³
☐ ² Ortschaftsrats-/Stadtbezirksbeiratswahl³
☐ ² Bürgermeisterwahl
☐ ² Landratswahl
☐ ² Kreistagswahl³

am _____

Der Wahlscheinantrag ist nur auszufüllen, zu unterschreiben und abzusenden, wenn Sie nicht in Ihrem Wahlraum, sondern in einem anderen Wahlraum Ihres Wahlkreises/des Wahlgebiets⁴ oder durch Briefwahl wählen wollen. ⁶Bei einem zweiten Wahlgang erhalten Wahlberechtigte, die zur ersten Wahl einen Wahlschein beantragt haben, automatisch erneut einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen übersandt. An der Urnenwahl zum zweiten Wahlgang können diese nur unter Vorlage des Wahlscheins teilnehmen.

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder in Druckbuchstaben ausfüllen.

Familienname	Vorname	Geburtsdatum
Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		
⁵ Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:		⁶ Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen für einen eventuellen zweiten Wahlgang am _____ ⁷ <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:
Familienname	Vorname	
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, bei Versand ins Ausland auch der Staat)		
Datum, Unterschrift der/des Wahlberechtigten	- oder -	Datum, Unterschrift der Hilfsperson
		Angaben zur Hilfsperson in Druckbuchstaben
		Familienname, Vorname
		Straße, Hausnummer
		Postleitzahl, Wohnort

Vollmacht zur Abholung der Briefwahlunterlagen

Ich bevollmächtige zur Entgegennahme des Wahlscheins mit Briefwahlunterlagen

(Familienname, Vorname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Mir ist bekannt, dass der Wahlschein mit Briefwahlunterlagen durch die von mir bevollmächtigte Person nur abgeholt werden darf, wenn sie als bevollmächtigte Person in diesen Antrag eingetragen ist oder eine sonstige schriftliche Vollmacht vorlegt. Die bevollmächtigte Person hat der Gemeinde vor Empfangnahme schriftlich zu versichern, dass sie nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt. Auf Verlangen hat sie sich auszuweisen.

(Datum)

(Unterschrift der/des Wahlberechtigten)

Erklärung der/des Bevollmächtigten

(nicht von der wahlberechtigten Person auszufüllen)

Hiermit bestätige ich _____

(Familienname, Vorname)

den Erhalt der Unterlagen und versichere gegenüber der Gemeinde/Stadt⁴, dass ich nicht mehr als vier Wahlberechtigte bei der Empfangnahme der Briefwahlunterlagen vertrete.

(Datum)

(Unterschrift der/des Bevollmächtigten)

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Nichtzutreffendes streichen und um die Adresse des Wahlamtes ergänzen.
- ² Zutreffendes ist von der Gemeinde entsprechend der Wahlberechtigung anzukreuzen.
- ³ Bei Bedarf um Ordnungshinweise (Wahlkreis, Ortschafts-/Stadtbezirksname) ergänzen.
- ⁴ Nichtzutreffendes streichen.
- ⁵ Entfällt bei der Bürgermeisterwahl/Landratswahl für Wahlberechtigte, die nur zum zweiten Wahlgang wahlberechtigt sind.
- ⁶ Nur bei der Bürgermeisterwahl und Landratswahl.
- ⁷ Zutreffendes Datum eintragen.

Anlage 3

(zu § 10 Absatz 1)

Abschluss des Wählerverzeichnisses

Gemeinde/Stadt																																				
Beurkundung des Abschlusses des Wählerverzeichnisses																																				
für die	Wahl ¹	am	Wahlbezirk-Nr.																																	
<p>Die in diesem Wählerverzeichnis aufgeführten Personen sind nach den Vorschriften der Kommunalwahlordnung eingetragen worden. Sie erfüllen die Wahlrechtsvoraussetzungen nach § 16 Satz 1 SächsGemO bzw. § 14 Satz 1 SächsLKrO und sind nicht nach § 16 Satz 2 SächsGemO bzw. § 14 Satz 2 SächsLKrO vom Wahlrecht ausgeschlossen.</p> <p>Dieses Wählerverzeichnis hat nach öffentlicher Bekanntmachung vom _____</p> <p>in der Zeit vom _____ bis zum _____ zu jedermanns Einsicht ausgelegen.</p> <p><input type="checkbox"/> ² Die Wahlbezirke und die Wahlräume sowie Ort, Tag und Zeit der Wahl sind öffentlich bekanntgemacht worden.</p> <p><input type="checkbox"/> ² Die Wahlbezirke und die Wahlräume sowie Ort, Tag und Zeit der Wahl sind den Wahlberechtigten mitgeteilt, Ort, Tag und Zeit der Wahl außerdem öffentlich bekanntgemacht worden.</p> <p>Das Wählerverzeichnis umfasst _____ Blätter.</p> <p>Für die Wahl sind eingetragen:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; margin-top: 10px;"> <thead> <tr> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 35%;"></th> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 15%; text-align: center;">Berichtigt nach § 29³ Absatz 2 Satz 2 SächsKomWO</th> <th style="width: 20%; text-align: center;">Berichtigt nach § 29⁴ Absatz 2 Satz 3 SächsKomWO</th> </tr> <tr> <th style="text-align: left;">Kennbuchstabe</th> <th style="text-align: left;">Personen</th> <th></th> <th style="text-align: center;">Personen</th> <th style="text-align: center;">Personen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>A 1</td> <td>Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk "W" (Wahlschein)</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>A 2</td> <td>Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk "W" (Wahlschein)</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>A1+A2</td> <td>Im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragen</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 20px;"> <div style="width: 45%; text-align: center;"> <p>(Dienstsiegel)</p> </div> <div style="width: 50%;"> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">Datum</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Datum</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Die Wahlvorsteherin/ Der Wahlvorsteher</td> <td style="text-align: center;">Die Wahlvorsteherin/ Der Wahlvorsteher</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="text-align: center;">Datum</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="text-align: center;">(Ober-)Bürgermeisterin/(Ober-)Bürgermeister</td> </tr> </table> </div> </div>							Berichtigt nach § 29 ³ Absatz 2 Satz 2 SächsKomWO	Berichtigt nach § 29 ⁴ Absatz 2 Satz 3 SächsKomWO	Kennbuchstabe	Personen		Personen	Personen	A 1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk "W" (Wahlschein)				A 2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk "W" (Wahlschein)				A1+A2	Im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragen				Datum	Datum	Die Wahlvorsteherin/ Der Wahlvorsteher	Die Wahlvorsteherin/ Der Wahlvorsteher	Datum		(Ober-)Bürgermeisterin/(Ober-)Bürgermeister	
			Berichtigt nach § 29 ³ Absatz 2 Satz 2 SächsKomWO	Berichtigt nach § 29 ⁴ Absatz 2 Satz 3 SächsKomWO																																
Kennbuchstabe	Personen		Personen	Personen																																
A 1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk "W" (Wahlschein)																																			
A 2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk "W" (Wahlschein)																																			
A1+A2	Im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragen																																			
Datum	Datum																																			
Die Wahlvorsteherin/ Der Wahlvorsteher	Die Wahlvorsteherin/ Der Wahlvorsteher																																			
Datum																																				
(Ober-)Bürgermeisterin/(Ober-)Bürgermeister																																				

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Wahlart eintragen.
- ² Zutreffendes ankreuzen.
- ³ Nur ausfüllen, wenn nach Abschluss des Wählerverzeichnisses an eingetragene Wahlberechtigte Wahlscheine erteilt worden sind.
- ⁴ Nur ausfüllen, wenn noch am Wahltag an eingetragene Wahlberechtigte Wahlscheine erteilt worden sind.

Anlage 4

(zu § 12 Absatz 2)

Wahlschein

<input type="checkbox"/> ¹ Gemeinde-/Stadtratswahl ² <input type="checkbox"/> ¹ Ortschaftsrats-/Stadtbezirksbeiratswahl ² <input type="checkbox"/> ¹ Bürgermeisterwahl <input type="checkbox"/> ¹ Kreistagswahl ² <input type="checkbox"/> ¹ Landratswahl	Gemeinde/Stadt 					
am _____						
Wahlschein (Verlorene Wahlscheine werden nicht ersetzt!)						
Name Adresse	<input type="checkbox"/> ¹ Wahlschein nach § 5 Absatz 1 Satz 1 KomWG <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Wahlschein Nr.</td> <td style="width: 50%;">Wählerverzeichnis Nr.</td> </tr> </table> <input type="checkbox"/> ¹ Wahlschein nach § 5 Absatz 1 Satz 2 KomWG i. V. m. § 11 SächsKomWO <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Wahlschein Nr.</td> <td style="width: 50%;">zugeordnet zum Wahlbezirk Nr.</td> </tr> </table>	Wahlschein Nr.	Wählerverzeichnis Nr.	Wahlschein Nr.	zugeordnet zum Wahlbezirk Nr.	
Wahlschein Nr.	Wählerverzeichnis Nr.					
Wahlschein Nr.	zugeordnet zum Wahlbezirk Nr.					
Familienname der/des Wahlberechtigten	Vorname	Geburtsdatum				
Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) ³						
kann mit diesem Wahlschein 1. gegen Abgabe des Wahlscheines und unter Vorlage eines amtlichen Personalausweises oder Reisepasses durch Stimmabgabe im Wahlraum in einem beliebigen Wahlbezirk des zuständigen Wahlkreises/Wahlgebietes _____ ⁴ <u>oder</u> 2. durch Briefwahl an der/den oben genannten Wahl(en) teilnehmen.						
_____ (Dienstsiegel) ⁵		_____ (Datum)				
_____ (Unterschrift) ⁵						
Achtung Briefwählerin/Briefwähler! Bitte nachfolgende Erklärung vollständig ausfüllen und unterschreiben. Bitte nicht abschneiden. Danach den Wahlschein mit dem Stimmzettelumschlag in den Wahlbriefumschlag stecken.						
Versicherung an Eides statt zur Briefwahl Ich versichere gegenüber der/dem Vorsitzenden des Gemeinde-/Kreiswahlwahlausschusses an Eides statt, dass ich den/die beigefügten Stimmzettel persönlich oder als Hilfsperson gemäß dem erklärten Willen der wählenden Person gekennzeichnet habe. Ich weiß, dass die Abgabe einer falschen Versicherung an Eides statt gemäß § 156 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht ist.						
<div style="border: 1px solid black; height: 150px; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> Datum, Unterschrift der/des Wahlberechtigten </div>	oder	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="padding: 5px;"> Datum, Unterschrift der Hilfsperson Weitere Angaben zur Hilfsperson in Blockschrift (Hinweis: Die Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Sie ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse, die sie durch die Hilfeleistung bekommt, verpflichtet.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> Familienname, Vorname </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> Straße, Hausnummer </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> Postleitzahl, Wohnort </td> </tr> </table>	Datum, Unterschrift der Hilfsperson Weitere Angaben zur Hilfsperson in Blockschrift (Hinweis: Die Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Sie ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse, die sie durch die Hilfeleistung bekommt, verpflichtet.)	Familienname, Vorname	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Wohnort
Datum, Unterschrift der Hilfsperson Weitere Angaben zur Hilfsperson in Blockschrift (Hinweis: Die Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Sie ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse, die sie durch die Hilfeleistung bekommt, verpflichtet.)						
Familienname, Vorname						
Straße, Hausnummer						
Postleitzahl, Wohnort						

Hinweise für die Herstellung:

- 1 Zutreffendes ist von der Gemeinde entsprechend der Wahlberechtigung anzukreuzen.
- 2 Bei Bedarf um Ordnungshinweise (Wahlkreis, Ortschafts-/Stadtbezirksname) ergänzen.
- 3 Nur auszufüllen, wenn Versandanschrift nicht mit der Hauptwohnung übereinstimmt.
- 4 Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen ist die Stimmabgabe für alle Kommunalwahlen nur in den Wahlbezirken im jeweils kleinsten aller betroffenen Wahlgebiete und bei Einteilung in Wahlkreise im zuständigen Wahlkreis möglich § 12 Absatz 4 Satz 3 SächsKomWO.
- 5 Wird der Wahlschein automatisch erstellt, kann das Dienstsiegel eingedruckt sein und die Unterschrift fehlen; stattdessen ist der Name der/des beauftragten Bediensteten einzusetzen.

Anlage 5
(zu § 14 Absatz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 1)
Stimmzettel Verhältniswahl

Amtlicher Stimmzettel 1 für die Gemeinde-/ Stadtratswahl 1 für die Ortschaftsratswahl 1 für die Stadtbezirksbeiratswahl 1 für die Kreistagswahl	am	in	2	Wahlkreis
	am	in	2	Gemeinde/Stadt
	am	in	2	Stadt
	am	im Landkreis	2	Wahlkreis

- Sie haben insgesamt drei Stimmen. Sie können aber auch nur eine Stimme oder zwei Stimmen vergeben.
- Sie können nur Bewerberinnen/Bewerber, die in diesem Stimmzettel aufgeführt sind, Stimmen geben.
- Sie können einer Bewerberin/einem Bewerber eine (⊗○○), zwei (⊗⊗○) oder drei Stimmen (⊗⊗⊗) geben.
- Sie können Bewerberinnen/Bewerber desselben Wahlvorschlags oder verschiedener Wahlvorschläge Stimmen geben.
- Nicht mehr als drei Stimmen insgesamt! Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

1³ A-Partei	APA	WZ	3³ Bürgerfreunde	4³ X-Partei	XP
1. Sturz, Eva Erzieherin Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○	1. Kühl, Felix Anton Dachdeckermeister Postleitzahl, Wohnort ⁴	1. Hoffmann, Paul Bauunternehmer Postleitzahl, Wohnort ⁴	1. Meier, Tim Polizeioberkommissar Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○
2. Müller, Thomas Hausmann Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○		2. Dr. Kowalski, Zuzanna Ärztin Postleitzahl, Wohnort ⁴	2. Nolte, Marion Rentnerin, Architektin Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○
3. Dinkel-Erhardt, Julia Gastronomin, Ordens-/ Künstlername Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○			3. Schulze, Annika Tischlermeisterin Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○

Hinweise für die Herstellung:

- 1 Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.
- 2 Wahlgebiet einsetzen.
- 3 Die Wahlvorschlagsnummern gelten einheitlich im Wahlgebiet (§ 25 Absatz 1 Satz 7 SächsKomWO). Für den Stimmzettel eines Wahlkreises fallen die Wahlvorschlagsnummern derjenigen Parteien und Wählervereinigungen aus, für die zu diesem Wahlkreis ein Wahlvorschlag nicht eingereicht oder nicht zugelassen worden ist (§ 25 Absatz 1 Satz 8 SächsKomWO).
- 4 Postleitzahl und Wohnort nur bei Kreistagswahl (§ 25 Absatz 1 Satz 3 SächsKomWO).

Amtlicher Stimmzettel

¹ für die Gemeinde-/Stadtratswahl	am	in	² Wahlkreis
¹ für die Ortschaftsratswahl	am	in	² Gemeinde/Stadt
¹ für die Stadtbezirksbeiratswahl	am	in	² Stadt
¹ für die Kreistagswahl	am	im Landkreis	² Wahlkreis

- Sie haben insgesamt drei Stimmen. Sie können aber auch nur eine Stimme oder zwei Stimmen vergeben.
- Sie können nur Bewerberinnen/Bewerber, die in diesem Stimmzettel aufgeführt sind, Stimmen geben.
- Sie können einer Bewerberin/einem Bewerber eine (⊗○○), zwei (⊗⊗○) oder drei Stimmen (⊗⊗⊗) geben.
- Sie können Bewerberinnen/Bewerber desselben Wahlvorschlags oder verschiedener Wahlvorschläge Stimmen geben.
- Nicht mehr als drei Stimmen insgesamt! Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

1³ A-Partei	APA
1. Sturz, Eva Erzieherin Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○
2. Müller, Thomas Hausmann Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○
3. Dinkel-Erhardt, Julia Gastronomin, Ordens-/ Künstlernamen Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○

2³ Wählervereinigung Z	WZ
1. Kühl, Felix Anton Dachdeckermeister Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○

3³ Bürgerfreunde	
1. Hoffmann, Paul Bauunternehmer Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○
2. Dr. Kowalski, Zuzanna Ärztin Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○

4³ X-Partei	XP
1. Meier, Tim Polizeioberkommissar Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○
2. Nolte, Marion Rentnerin, Architektin Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○
3. Schulze, Annika Tischlermeisterin Postleitzahl, Wohnort ⁴	○○○

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.
- ² Wahlgebiet einsetzen.
- ³ Die Wahlvorschlagsnummern gelten einheitlich im Wahlgebiet (§ 25 Absatz 1 Satz 7 SächsKomWO). Für den Stimmzettel eines Wahlkreises fallen die Wahlvorschlagsnummern derjenigen Parteien und Wählervereinigungen aus, für die zu diesem Wahlkreis ein Wahlvorschlag nicht eingereicht oder nicht zugelassen worden ist (§ 25 Absatz 1 Satz 8 SächsKomWO).
- ⁴ Postleitzahl und Wohnort nur bei Kreistagswahl (§ 25 Absatz 1 Satz 3 SächsKomWO).

Anlage 6

(zu § 14 Absatz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 2)

Stimmzettel Mehrheitswahl bei einem Wahlvorschlag

Amtlicher Stimmzettel

¹ für die Gemeinde-/Stadtratswahl	am	in	² Wahlkreis
¹ für die Ortschaftsratswahl	am	in	² Gemeinde/Stadt
¹ für die Stadtbezirksbeiratswahl	am	in	² Stadt

- Sie haben insgesamt drei Stimmen. Sie können aber auch nur eine Stimme oder zwei Stimmen vergeben.
- Sie können außer den Bewerberinnen/Bewerbern, die in diesem Stimmzettel aufgeführt sind, auch anderen wählbaren Personen eine Stimme geben.
- Sie können einer Bewerberin/einem Bewerber oder einer anderen wählbaren Person jeweils nur 1 Stimme geben.
- Wollen Sie Bewerberinnen/Bewerbern aus dem Stimmzettel eine Stimme geben, tragen Sie in den Kreis hinter dem Namen der Bewerberin/des Bewerbers jeweils ein Kreuz (⊗) ein.
- Wollen Sie anderen wählbaren Personen je eine Stimme geben, tragen Sie deren Namen mit weiteren Angaben zur zweifelsfreien Identifizierung der Personen in die freien Zeilen ein.
- Nicht mehr als drei Stimmen insgesamt! Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

A-Partei	APA
1. Sturz , Eva, Erzieherin, Ordens-/Künstlernamen, Postleitzahl, Wohnort ³	<input type="radio"/>
2. Dr. Müller , Thomas, Hausmann, Postleitzahl, Wohnort ³	<input type="radio"/>
3. Nolte , Marion, Rentnerin, Architektin, Postleitzahl, Wohnort ³	<input type="radio"/>
USW.	<input type="radio"/>

Wenn Sie eine **andere** Person durch **Eintragung in eine freie Zeile** wählen wollen, müssen Sie diese so eindeutig bezeichnen, dass **zweifelsfrei** erkennbar ist, welche Person Sie meinen. Bedenken Sie dabei, dass es noch weitere wählbare Personen mit gleichem Namen geben kann. Ist die gewählte Person aus dem Stimmzettel nicht unzweifelhaft erkennbar, ist die Stimme **ungültig**. Bezeichnen Sie deshalb die von Ihnen gewählte Person in der freien Zeile zweifelsfrei durch Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Anschrift und nötigenfalls durch weitere Angaben.

Hinweise für die Herstellung:¹ Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.² Wahlgebiet einsetzen.³ Postleitzahl und Wohnort nur bei Kreistagswahl (§ 25 Absatz 1 Satz 3 SächsKomWO).

Anlage 7

(zu § 14 Absatz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 2)

Stimmzettel Mehrheitswahl ohne Wahlvorschlag

Amtlicher Stimmzettel

¹ für die Gemeinde-/Stadtratswahl	am	in	² Wahlkreis
¹ für die Ortschaftsratswahl	am	in	² Gemeinde/Stadt
¹ für die Stadtbezirksbeiratswahl	am	in	² Stadt

- Sie haben insgesamt drei Stimmen. Sie können aber auch nur eine Stimme oder zwei Stimmen vergeben.
- Sie können Ihre Stimmen wählbaren Personen geben.
- Sie können einer wählbaren Person jeweils nur eine Stimme geben.
- Sie geben einer wählbaren Person eine Stimme, indem Sie deren Namen mit weiteren Angaben zur zweifelsfreien Identifizierung der Person in eine der freien Zeilen eintragen.
- Nicht mehr als drei Personen benennen! Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

Wenn Sie eine Person durch **Eintragung in eine freie Zeile** wählen wollen, müssen Sie diese so eindeutig bezeichnen, dass **zweifelsfrei** erkennbar ist, welche Person Sie meinen. Bedenken Sie dabei, dass es noch weitere wählbare Personen mit gleichem Namen geben kann. Ist die gewählte Person aus dem Stimmzettel nicht unzweifelhaft erkennbar, ist die Stimme **ungültig**. Bezeichnen Sie deshalb die von Ihnen gewählte Person in der freien Zeile zweifelsfrei durch Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Anschrift und nötigenfalls durch weitere Angaben.

Hinweise für die Herstellung:¹ Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.² Wahlgebiet einsetzen.

Anlage 8

(zu § 14 Absatz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 2)

Stimmzettel Mehrheitswahl bei mehreren Wahlvorschlägen

Amtlicher Stimmzettel

¹ für die Gemeinde-/Stadtratswahl	am	in	² Wahlkreis
¹ für die Ortschaftsratswahl	am	in	² Gemeinde/Stadt
¹ für die Stadtbezirksbeiratswahl	am	in	² Stadt
¹ für die Kreistagswahl	am	im Landkreis	² Wahlkreis

- Sie haben insgesamt drei Stimmen. Sie können aber auch nur eine Stimme oder zwei Stimmen vergeben.
- Sie können außer den Bewerberinnen/Bewerbern, die in diesem Stimmzettel aufgeführt sind, auch anderen wählbaren Personen eine Stimme geben.
- Sie können Bewerberinnen/Bewerbern desselben Wahlvorschlags oder verschiedener Wahlvorschläge Stimmen geben.
- Sie können einer Bewerberin/einem Bewerber oder einer anderen wählbaren Person jeweils nur eine Stimme geben.
- Wollen Sie anderen wählbaren Personen je eine Stimme geben, tragen Sie deren Namen mit weiteren Angaben zur zweifelsfreien Identifizierung der Personen in die freien Zeilen ein.
- Nicht mehr als drei Stimmen insgesamt! Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

1³ A-Partei	APA
1. Sturz, Eva Erzieherin, Ordens- /Künstlername Postleitzahl, Wohnort ⁴	<input type="radio"/>
2. Müller, Thomas Hausmann Postleitzahl, Wohnort ⁴	<input type="radio"/>
3. Nolte, Marion Rentnerin, Architektin Postleitzahl, Wohnort ⁴	<input type="radio"/>

2³ Wählervereinigung Z	WZ
1. Kühl, Felix Anton Dachdeckermeister Postleitzahl, Wohnort ⁴	<input type="radio"/>

3³ Bürgerfreunde	
1. Hoffmann, Paul Bauunternehmer Postleitzahl, Wohnort ⁴	<input type="radio"/>
2. Dr. Kowalski, Zuzsanna Ärztin Postleitzahl, Wohnort ⁴	<input type="radio"/>

Wenn Sie **andere** Personen durch **Eintragung in eine freie Zeile** wählen wollen, müssen Sie diese so eindeutig bezeichnen, dass **zweifelsfrei** erkennbar ist, welche Person Sie meinen. Bedenken Sie dabei, dass es noch weitere wählbare Personen mit gleichem Namen geben kann. Ist die gewählte Person aus dem Stimmzettel nicht unzweifelhaft erkennbar, ist die Stimme **ungültig**. Bezeichnen Sie deshalb die von Ihnen gewählte Person in der freien Zeile zweifelsfrei durch Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Anschrift und nötigenfalls durch weitere Angaben.

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.
- ² Wahlgebiet einsetzen.
- ³ Die Wahlvorschlagsnummern gelten einheitlich im Wahlgebiet (§ 25 Absatz 1 Satz 7 SächsKomWO). Für den Stimmzettel eines Wahlkreises fallen die Wahlvorschlagsnummern derjenigen Parteien und Wählervereinigungen aus, für die zu diesem Wahlkreis ein Wahlvorschlag nicht eingereicht oder nicht zugelassen worden ist (§ 25 Absatz 1 Satz 8 SächsKomWO).
- ⁴ Postleitzahl und Wohnort nur bei Kreistagswahl (§ 25 Absatz 1 Satz 3 SächsKomWO).

Anlage 9

(zu § 14 Absatz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 3)

Stimmzettel Bürgermeister-/Landratswahl bei mehreren Wahlvorschlägen

Amtlicher Stimmzettel¹ für die Bürgermeisterwahl

am	in	²
am	im Landkreis	²

¹ für die Landratswahl

- Sie haben **eine Stimme**.
- Sie können nur einer Bewerberin/einem Bewerber³, die/der in diesem Stimmzettel aufgeführt ist, Ihre Stimme geben. Tragen Sie hierzu in den Kreis hinter dem Namen der Person ein Kreuz (⊗) ein.
- Nicht mehr als eine Stimme vergeben! Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

Wahlvorschlag ⁴		
B-Partei BPA	Dr. Plath , Carolin, Bürgermeisterin Postleitzahl, Wohnort ⁵	<input type="radio"/>
Wählervereinigung Z WZ	Kühl , Felix Anton, Dachdeckermeister Postleitzahl, Wohnort ⁵	<input type="radio"/>
Bürgerfreunde	Hoffmann , Paul, Bauunternehmer, Ordens-/Künstlernamen Postleitzahl, Wohnort ⁵	<input type="radio"/>
Dittrich	Dittrich , Beate, Drechslermeisterin Postleitzahl, Wohnort ⁵	<input type="radio"/>

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Nichtzutreffende Zeile entfällt im Vordruck.
- ² Wahlgebiet eintragen.
- ³ Nichtzutreffendes entfällt im Vordruck.
- ⁴ Bezeichnung des Wahlvorschlags eintragen.
- ⁵ Entsprechend der nach § 20 Absatz 1 SächsKomWO bekanntgemachten Anschrift der Bewerberin/des Bewerbers (§ 25 Absatz 3 Satz 1 SächsKomWO).

Anlage 10


(zu § 14 Absatz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 3)

Stimmzettel Bürgermeister-/Landratswahl bei einem Wahlvorschlag

Amtlicher Stimmzettel

¹ für die Bürgermeisterwahl	am	in	²
¹ für die Landratswahl	am	im Landkreis	²

- Sie haben **eine Stimme**.
- Sie können **entweder** der/dem³ in diesem Stimmzettel aufgeführten Bewerberin/Bewerber³ **oder** einer anderen wählbaren Person Ihre Stimme geben.
- Wollen Sie der/dem³ in diesem Stimmzettel aufgeführten Bewerberin/Bewerber Ihre Stimme geben, tragen Sie in den Kreis hinter dem Namen der Person ein Kreuz (⊗) ein.
- Wollen Sie einer anderen wählbaren Person Ihre Stimme geben, tragen Sie deren Namen mit weiteren Angaben zur zweifelsfreien Identifizierung der Person in die freie Zeile ein.
- Nicht mehr als eine Stimme vergeben! Der Stimmzettel ist sonst ungültig.

B-Partei BPA	Plath, Carolin, Bürgermeisterin Postleitzahl, Wohnort⁴ <div style="text-align: right; margin-top: 10px;">  </div>

Wenn Sie eine **andere** Person durch **Eintragung in die freie Zeile** wählen wollen, müssen Sie diese so eindeutig bezeichnen, dass **zweifelsfrei** erkennbar ist, welche Person Sie meinen. Bedenken Sie dabei, dass es noch weitere wählbare Personen mit gleichem Namen geben kann. Ist die gewählte Person aus dem Stimmzettel nicht unzweifelhaft erkennbar, ist die Stimme **ungültig**. Bezeichnen Sie deshalb die von Ihnen gewählte Person in der freien Zeile zweifelsfrei durch Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Anschrift und nötigenfalls durch weitere Angaben.

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Nichtzutreffende Zeile entfällt im Vordruck.
- ² Wahlgebiet eintragen.
- ³ Nichtzutreffendes entfällt im Vordruck.
- ⁴ Entsprechend der nach § 20 Absatz 1 SächsKomWO bekanntgemachten Anschrift der Bewerberin/des Bewerbers (§ 25 Absatz 3 Satz 1 SächsKomWO).

Anlage 11

(zu § 14 Absatz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 3)

Stimmzettel Bürgermeister-/Landratswahl ohne Wahlvorschlag

Amtlicher Stimmzettel

¹ für die Bürgermeisterwahl	am	in	²
¹ für die Landratswahl	am	im Landkreis	²

- Sie haben **eine Stimme**.
- Sie können Ihre Stimme einer wählbaren Person geben.
- Sie geben einer wählbaren Person Ihre Stimme, indem Sie deren Namen mit weiteren Angaben zur zweifelsfreien Identifizierung der Person in die freie Zeile eintragen.
- Nicht mehr als eine Person benennen! Ihr Stimmzettel ist sonst ungültig.

--

Wenn Sie **eine Person** durch **Eintragung in die freie Zeile** wählen wollen, müssen Sie diese so eindeutig bezeichnen, dass **zweifelsfrei** erkennbar ist, welche Person Sie meinen. Bedenken Sie dabei, dass es noch weitere wählbare Personen mit gleichem Namen geben kann. Ist die gewählte Person aus dem Stimmzettel nicht unzweifelhaft erkennbar, ist die Stimme **ungültig**. Bezeichnen Sie deshalb die von Ihnen gewählte Person in der freien Zeile zweifelsfrei durch Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Anschrift und nötigenfalls durch weitere Angaben.

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Nichtzutreffende Zeile entfällt im Vordruck.
- ² Wahlgebiet eintragen.

Anlage 12

(zu § 14 Absatz 3 Nummer 2 und § 25 Absatz 4 Satz 1)
Stimmzettelumschlag

Vorderseite:

STIMMZETTELUMSCHLAG
für die Briefwahl

1

In diesen Umschlag nur **STIMMZETTEL** einlegen,
nicht den Wahlschein.

Rückseite:

Bitte nur **STIMMZETTEL** einlegen!

Stimmzettelumschlag zukleben.

Nach dem Zukleben **diesen Stimmzettelumschlag und den Wahlschein** mit der unterschriebenen Versicherung an Eides statt zur Briefwahl in den Wahlbriefumschlag einlegen.

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Bei gleichzeitiger Durchführung mit anderen Wahlen ist hier ein sachgerechter Aufdruck zu ergänzen (z.B. „Kommunalwahlen“, „Bürgermeisterwahl“).

entgegen der Wahlentscheidung der oder des Wahlberechtigten oder ohne eine geäußerte Wahlentscheidung der oder des Wahlberechtigten erfolgten Stimmabgabe wird hingewiesen.

Hinweis zur Kontrollmitteilung

Soweit der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen

1. auf elektronischem Wege oder
2. durch eine Hilfsperson

beantragt und an eine andere als die Wohnanschrift der wahlberechtigten Person versandt werden, erfolgt parallel eine Mitteilung über den Versand der Briefwahlunterlagen an die Adresse Ihres Hauptwohnsitzes. Dies soll einem Missbrauch der Briefwahl durch Dritte vorbeugen.

⁴Hinweis für einen möglichen zweiten Wahlgang bei der Bürgermeister-/Landratswahl⁵

Sollte bei der Wahl am _____ keine Wahlbewerberin und kein Wahlbewerber die erforderliche Mehrheit erhalten, findet am _____ ein zweiter Wahlgang statt. Hierzu werden Sie unaufgefordert erneut einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen an die von Ihnen im Wahlscheinantrag hierfür angegebene Adresse zugesandt erhalten.

⁶Hinweis für den zweiten Wahlgang bei der Bürgermeister-/Landratswahl⁵

Bei der ersten Wahl am _____ hat keine Wahlbewerberin und kein Wahlbewerber die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können. Deshalb findet am _____ ein zweiter Wahlgang statt, bei dem gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Entsprechend Ihrem Antrag vor der ersten Wahl erhalten Sie beiliegend den Wahlschein und die Briefwahlunterlagen für diesen zweiten Wahlgang. Falls Sie beim zweiten Wahlgang an der Urnenwahl teilnehmen wollen, können Sie Ihre Stimme unter Vorlage des Wahlscheins in jedem Wahlraum der Gemeinde/des Landkreises⁵ abgeben.

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Bei der gleichzeitigen Durchführung mit anderen Wahlen soll darauf hingewiesen werden, welche Farbe die Stimmzettel, die Stimmzettelumschläge und der Wahlbriefumschlag für die Kommunalwahl aufweisen. Für die anderen Wahlen sind gesonderte Stimmzettelumschläge und Wahlbriefumschläge zu verwenden.
- ² Bei mehreren verbundenen Kommunalwahlen entsprechend ergänzen.
- ³ Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sorgt die Gemeinde/Stadt dafür, dass der Wählerin/dem Wähler keine Portokosten für die Rücksendung der Wahlbriefe entstehen. Die Gemeinde/Stadt hat den Wählerinnen/Wählern mitzuteilen, welches Postunternehmen den Transport der Wahlbriefe übernimmt. Nach Bedarf können an dieser Stelle andere oder weitere Frankierhinweise erteilt werden.
- ⁴ Nur bei der ersten Wahl zur Bürgermeisterin/zum Bürgermeister bzw. zur Landrätin/zum Landrat.
- ⁵ Nichtzutreffendes streichen.
- ⁶ Nur beim zweiten Wahlgang der Bürgermeister- bzw. Landratswahl.

Anlage 15
(zu § 14 Absatz 6)
Kontrollmitteilung zur Versendung der Briefwahlunterlagen

<div>Gemeinde/Stadt¹</div>	<div><p>Kontrollmitteilung zur Versendung der Briefwahlunterlagen</p><p>Sie haben formlos auf elektronischem Wege oder durch eine Hilfsperson die Zusendung des Wahlscheins und der Briefwahlunterlagen an eine von Ihrem Hauptwohnsitz abweichende Adresse beantragt. Um einen Missbrauch der formlosen Antragsmöglichkeit durch Dritte zu verhindern, erfolgt parallel zum Versand der Briefwahlunterlagen diese Kontrollmitteilung. Falls nicht Sie selbst oder eine von Ihnen beauftragte Hilfsperson die Briefwahlunterlagen beantragt haben, melden Sie sich bitte unverzüglich bei der oben angegebenen zuständigen Stelle.</p><p>Im Fall eines Missbrauchs wird der ausgestellte Wahlschein für ungültig erklärt. Sie erhalten dann einen neuen Wahlschein, mit dem Sie wahlweise entweder an der Urnenwahl oder an der Briefwahl teilnehmen können.</p><p>Mit freundlichen Grüßen</p><p>Gemeinde/Stadt (Ober-)Bürgermeisterin/Bürgermeister</p></div>	<div>Name Adresse</div>
---------------------------------------	---	-----------------------------

Hinweise für die Herstellung:
¹ Zur Information sind für die Erreichbarkeit eine Telefonnummer, E-Mail-Adresse und die Hausanschrift der zuständigen Stelle aufzunehmen. Ggf. kann noch auf die regelmäßigen Öffnungszeiten der zuständigen Stelle hingewiesen werden.

Anlage 16

(zu § 16 Absatz 1)

Wahlvorschlag

<p>nur für amtliche Eintragungen:</p> <p>Eingegangen am:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">um</td> <td style="width: 50%; border: none;">Uhr</td> </tr> </table> <p>Unterschrift</p>	um	Uhr	<p>Bemerkungen:</p>
um	Uhr		

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder in Druckbuchstaben ausfüllen.

An die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des

☐ Gemeindevwahlausschusses der Gemeinde/Stadt _____

☐ Kreiswahlausschusses des Landkreises _____

Wahlvorschlag

☐ Gemeinde-/Stadtratswahl _____¹

☐ Ortschaftsrats-/Stadtbezirksbeiratswahl _____¹

☐ Bürgermeisterwahl

☐ Kreistagswahl _____¹

☐ Landratswahl

I. Dieser Wahlvorschlag führt die Bezeichnung²

II. Aufgrund der §§ 6 ff. KomWG und des § 16 SächsKomWO werden als Bewerberinnen/Bewerber vorgeschlagen/Aufgrund der §§ 6 ff., 41 KomWG und des § 16 SächsKomWO wird als Bewerberin/Bewerber vorgeschlagen³

lfd. Nr.	Familiename, Vorname	Beruf oder Stand ⁴	Geburtsdatum	Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)	Staatsangehörigkeit ⁵
1					
2 ⁶					
usw. ⁶					

III. Vertrauensperson/stellvertretende Vertrauensperson für diesen Wahlvorschlag ist:⁷

Vertrauensperson		stellvertretende Vertrauensperson	
Familiename	Vorname	Familiename	Vorname
Adresse		Adresse	
E-Mail, Telefonnummer, Fax-Nummer		E-Mail, Telefonnummer, Fax-Nummer	

IV. Dem Wahlvorschlag sind folgende Anlagen beigelegt: ⁸	
1.	_____ Zustimmungserklärungen der Bewerberinnen und Bewerber/Zustimmungserklärung der Bewerberin oder des Bewerbers
2.	_____ Bescheinigungen der Wählbarkeit der Bewerberinnen und Bewerber ⁶
3.	Erklärung nach § 41 Absatz 3 KomWG ⁹
4.	Ausfertigung der Niederschrift über die Mitglieder-/Vertreterversammlung zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber ¹⁰
5.	gegebenenfalls Bescheinigung nach § 6c Absatz 1 Satz 4 KomWG ¹¹
6.	gegebenenfalls gültige Satzung der Partei ¹² /mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung
7.	bei nicht mitgliedschaftlich organisierter Wählervereinigung _____ Bescheinigungen über das Wahlrecht der Unterzeichnerinnen/Unterzeichner des Wahlvorschlages ¹³
8.	bei ausländischen Unionsbürgerinnen/Unionsbürgern: Angaben über den gültigen Identitätsnachweis sowie eine Versicherung an Eides statt, dass sie die Wählbarkeit im Herkunftsmitgliedstaat nicht verloren haben und welche Staatsangehörigkeit sie besitzen
V. Bemerkungen ¹⁴	
<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 15px; width: 100%;"></div> <div style="border-bottom: 1px solid black; height: 15px; width: 100%;"></div> <div style="border-bottom: 1px solid black; height: 15px; width: 100%;"></div>	
Datum:	
Familienname, Vorname der/des Unterzeichnenden in Maschinen- oder Druckschrift	Unterschrift ^{15/16}
Familienname, Vorname der/des Unterzeichnenden in Maschinen- oder Druckschrift	Unterschrift ¹⁴
Familienname, Vorname der/des Unterzeichnenden in Maschinen- oder Druckschrift	Unterschrift ¹⁴

Hinweise zum Ausfüllen:

- ¹ Hier ist die entsprechende Wahlart anzukreuzen, ggf. Ergänzung weiterer Ordnungsmerkmale (Wahlkreis-Nr., Name des Ortschaftsrates/Stadtbezirkes).
- ² Hier ist der Name der einzureichenden Partei oder Wählervereinigung und, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, oder ein Kennwort, wenn die einreichende Wählervereinigung keinen Namen führt, einzutragen. Einzelbewerberinnen/Einzelbewerber für die Bürgermeisterwahl oder Landratswahl müssen ihren Familiennamen als Bezeichnung des Wahlvorschlages eintragen.
- ³ Die Namen der Bewerberinnen/Bewerber müssen in der durch die Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Partei oder Wählervereinigung (§ 6c KomWG) festgelegten Reihenfolge aufgeführt sein.
- ⁴ Anzugeben ist der zurzeit oder zuletzt ausgeübte Hauptberuf. Die zusätzliche Angabe von akademischen Graden und Wahl Ehrenämtern ist zulässig. Die zusätzliche Angabe eines im Personalausweis oder Pass eingetragenen Ordens- oder Künstlernamens ist zulässig.
- ⁵ Nur bei ausländischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern.
- ⁶ Entfällt bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl.
- ⁷ Bei Einzelbewerberin/Einzelbewerber zur Bürgermeisterwahl oder Landratswahl nicht notwendig, aber möglich. Benennt eine Einzelbewerberin/ein Einzelbewerber eine Vertrauensperson und stellvertretende Vertrauensperson, können auch diese den Wahlvorschlag gemeinsam zurücknehmen oder ändern.
- ⁸ Nichtzutreffendes ist zu streichen, die Anzahl der jeweils beigelegten Bescheinigungen ist einzutragen.
- ⁹ Nur bei Bürgermeister- und Landratswahlen.
- ¹⁰ Nicht bei Wahlvorschlägen von Einzelbewerberinnen/Einzelbewerbern für die Bürgermeisterwahl oder Landratswahl.
- ¹¹ Bescheinigung des für den Landkreis/die Gemeinde zuständigen Vorstandes oder sonst Vertretungsberechtigten der Partei oder mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung, dass die Zahl der wahlberechtigten Mitglieder der Partei oder mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung im Wahlgebiet nicht zur Durchführung einer Mitgliederversammlung ausreichte.
- ¹² Nur bei Wahlvorschlägen von Parteien, deren Satzung nicht gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 des Parteiengesetzes der Bundeswahlleiterin/dem Bundeswahlleiter mitgeteilt worden ist.
- ¹³ Wahlvorschläge nicht mitgliedschaftlich organisierter Wählervereinigungen sind von drei wahlberechtigten Angehörigen, die an der Versammlung nach § 6c Abs. 2 KomWG teilgenommen haben, persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen. Für diese Personen ist eine Bescheinigung des Wahlrechts (Anlage 21) beizufügen.

-
- ¹⁴ An dieser Stelle können bei Wahlvorschlägen von nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen die Erklärungen der gegenwärtigen Vertreterinnen/Vertreter nach § 6b Absatz 3 Satz 2 KomWG eingefügt werden. Bei Parteien oder mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen kann hier im Falle der Anwendung von § 6c Absatz 1 Satz 4 KomWG die nach § 16 Absatz 3 Nummer 5 SächsKomWO erforderliche schriftliche Bestätigung eingefügt werden.
- ¹⁵ Wahlvorschläge von Parteien und mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen sind von dem für das Wahlgebiet zuständigen Vorstand oder sonst Vertretungsberechtigten eigenhändig zu unterzeichnen. Wahlvorschläge von nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigungen sind von drei wahlberechtigten Angehörigen zu unterzeichnen, die an der Versammlung nach § 6c Absatz 2 KomWG teilgenommen haben (§ 6a Absatz 4 KomWG).
- ¹⁶ Unterschrift Einzelbewerberin/Einzelbewerber zur Bürgermeisterwahl oder Landratswahl.

Anlage 17

(zu § 16 Absatz 3 Nummer 1 und 2)

Zustimmungserklärung/Bescheinigung der Wählbarkeit

Zustimmungserklärungfür die _____ wahl¹ am _____in der Gemeinde/Stadt/Ortschaft/im Stadtbezirk/im Landkreis²Wahlkreis³

Ich

Familienname	Vorname	Geburtsdatum
Ordens- oder Künstlername ⁴		
Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)		

stimme meiner Benennung als Bewerberin/Bewerber im Wahlvorschlag mit der Bezeichnung

(Name der Partei/Wählervereinigung und [soweit vorhanden] deren Kurzbezeichnung oder Kennwort oder Familienname des Einzelbewerbers)

für die oben genannte Wahl unwiderruflich zu.

Ich habe für keinen weiteren Wahlvorschlag für diese Wahl meine Zustimmung zur Benennung als Bewerberin/Bewerber gegeben.

☐ Die öffentliche Bekanntmachung der Wahlvorschläge soll statt Wohnort und Postleitzahl meine vollständige Wohnanschrift enthalten._____
(Datum)_____
(Unterschrift)**Bescheinigung der Wählbarkeit**

Gemeinde/Stadt

Die oben genannte Bewerberin/Der oben genannte Bewerber

für die _____ wahl¹ am _____☐ in der Gemeinde/Stadt _____ ☐ im Landkreis _____☐ in der Ortschaft/im Stadtbezirk _____ der Gemeinde/Stadt _____

ist gemäß § 16 SächsGemO/§ 14 SächsLKrO nach den heute vorliegenden Erkenntnissen am Wahltag wahlberechtigt. Sie/Er ist nicht nach § 31 Absatz 2 SächsGemO/§ 27 Absatz 2 SächsLKrO von der Wählbarkeit ausgeschlossen.

(Datum)

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)¹ Wahlart eintragen.² Nichtzutreffendes streichen.³ Bei der Kreistagswahl sowie bei der Stadtratswahl in Kreisfreien Städten und in Gemeinden, soweit sie von der Wahlmöglichkeit des § 2 Absatz 3 KomWG Gebrauch gemacht haben.⁴ Entsprechend § 5 Absatz 2 Nummer 12 des Personalausweisgesetzes, § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 des Paßgesetzes.

Anlage 18

(zu § 16 Absatz 3 Nummer 3)

Erklärung über das Vorliegen der allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

**Erklärung über das Vorliegen der allgemeinen persönlichen Voraussetzungen
für die Berufung in das Beamtenverhältnis
nach § 49 Absatz 1 Satz 1 SächsGemO und § 45 Absatz 1 Satz 1 SächsLKrO**Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder in Druckbuchstaben ausfüllen.**I. Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung (§ 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BeamStG)****Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue**

Gemäß § 33 Absatz 1 Satz 3 des Beamtenstatusgesetzes (BeamStG) muss sich die Beamtin/der Beamte durch ihr/sein gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für ihre Erhaltung eintreten. Mit dieser Verpflichtung der Beamtin/des Beamten unvereinbar ist die aktive Unterstützung verfassungsfeindlicher Bestrebungen und die Ablehnung der nach dem Grundgesetz verfassten Staatsordnung, insbesondere die Vertretung der Auffassung, die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Sachsen oder die Kommunen seien rechtlich nicht existent.

Dementsprechend darf auch als Bürgermeisterin/Bürgermeister oder Landrätin/Landrat in das Beamtenverhältnis auf Zeit oder das Ehrenbeamtenverhältnis nur berufen werden, wer Gewähr dafür bietet, dass sie/er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt (§ 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BeamStG).

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vergleiche Urteil vom 23. Oktober 1952 – BVerfGE 2 S. 1 ff.) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Sie ist das Gegenteil des totalitären Staates, der – häufig im Gegensatz zu verbalen Beteuerungen – Menschenwürde, Freiheit des Einzelnen und Gleichheit vor dem Gesetz negiert. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind insbesondere zu rechnen:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Person auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien und
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die durch die vorgenannten Grundsätze gekennzeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes richten, ist unvereinbar mit den Pflichten einer/eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Eine Bewerberin/ein Bewerber, die/der nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen einzutreten, ist gemäß § 49 Absatz 1 Satz 1 SächsGemO/§ 45 Absatz 1 Satz 1 SächsLKrO nicht zur/zum ehrenamtlichen oder hauptamtlichen Bürgermeisterin/Bürgermeister oder zur Landrätin/zum Landrat wählbar, da die allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Ernennung zur Ehrenbeamtin/zum Ehrenbeamten oder Beamtin/Beamten auf Zeit nicht erfüllt werden. War die gewählte Bewerberin/der gewählte Bewerber nicht wählbar, ist die Wahl durch die Rechtsaufsichtsbehörde für ungültig zu erklären und eine Neuwahl anzuordnen (§ 45 Absatz 2 KomWG).

Beamtinnen/Beamte auf Zeit oder Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte, die gegen die ihnen obliegende Pflicht zur Verfassungstreue schuldhaft verstoßen, begehen ein Dienstvergehen. Sie müssen damit rechnen, dass gegen sie ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel ihrer Entfernung aus dem Dienst durch die Rechtsaufsichtsbehörde eingeleitet wird.

Erklärung

- ☐ Aufgrund dieser Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die vorstehenden Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu ihnen zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.
Ich versichere ausdrücklich, dass ich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes oder gegen eines ihrer oben genannten grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze.
Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Dienst- und Treuepflichten mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziel einer Entfernung aus dem Dienstverhältnis rechnen muss.

II. Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit (§ 4 Absatz 1 Nummer 1 SächsBG)

- ☐ Ich erkläre, dass ich nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundsätze verstoßen habe und auch zukünftig nicht gegen diese Grundsätze verstoßen werde.

III. Tätigkeit für die Staatssicherheit (§ 4 Absatz 1 Nummer 2 SächsBG)

- ☐ Da ich am 15. Januar 1990 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, ist die Erklärung nicht erforderlich. *(Falls zutreffend, weiter unter V.)*
- ☐ Ich bin Laufbahnbeamtin/Laufbahnbeamter oder kommunale Wahlbeamtin/kommunaler Wahlbeamter *(Nicht Zutreffendes bitte streichen)* und verweise auf die Überprüfung anlässlich meiner erstmaligen Verbeamtung. Für den Fall meiner Wahl bin ich mit der Beiziehung meiner Personalakte im Rahmen der Wahlprüfung durch die Rechtsaufsichtsbehörde einverstanden. *(Falls zutreffend, weiter unter V.)*

Da ich zu dem zu überprüfenden Personenkreis gehöre, erkläre ich:

- ☐ dass ich niemals offiziell oder inoffiziell oder in sonstiger Weise für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit oder für die Abteilung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR gearbeitet oder deren Tätigkeit in irgendeiner Form unterstützt habe.
- ☐ dass ich für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit bzw. für die Abteilung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR tätig war; eine Berufung in das Beamtenverhältnis ist jedoch gleichwohl möglich. Hierzu gebe ich folgende Erklärung ab:

(Wenn der Raum für Ihre Antworten auf diesem Vordruck nicht ausreicht, fügen Sie bitte ein zusätzliches Blatt bei.)

IV. Tätigkeit in herausgehobenen Funktionen der DDR (§ 4 Absatz 2 SächsBG)

Bei ehemaligen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern oder Angehörigen in herausgehobener Funktion von Parteien und Massenorganisationen, der bewaffneten Organe und Kampfgruppen sowie sonstiger staatlicher oder gemeindlicher Dienststellen oder Betrieben der ehemaligen DDR wird vermutet, dass sie die für die Berufung in das Beamtenverhältnis erforderliche Eignung nicht besitzen. Diese Vermutung kann widerlegt werden.

Erklärung

- ☐ Ich erkläre, dass ich keine herausgehobenen Funktionen in den Parteien und Massenorganisationen, den bewaffneten Organen und Kampfgruppen oder sonstigen staatlichen oder gemeindlichen Dienststellen oder Betrieben der ehemaligen DDR ausgeübt habe.
- ☐ Ich habe folgende Funktionen ausgeübt und gebe hierzu folgende Erklärung ab:

(Wenn der Raum für Ihre Antworten auf diesem Vordruck nicht ausreicht, fügen Sie bitte ein zusätzliches Blatt bei.)

V. Schlusserklärung

Ich Familienname: _____ Vornamen: _____ bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der unter I. bis IV. gemachten Angaben. Ich bin mir darüber bewusst, dass im Falle der Abgabe vorsätzlich falscher Angaben die Zulassung des Wahlvorschlags als durch arglistige Täuschung erschlichen angesehen werden kann. Arglistige Täuschung über die Wählbarkeit kann auch nach Ablauf der Wahlprüfungsfrist zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen.

Ich stimme für den Fall meiner Wahl einer Abfrage beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu und erkläre:

sämtliche Vornamen (Rufname unterstreichen)	
Geburtsname und sonstige bisher geführte Familiennamen	
Personenkennzahl oder Geburtsdatum	
Geburtsort	

Wohnanschrift(en) nach dem vollendeten 18. Lebensjahr (nicht vor 1950 und nur bis einschließlich 1989 (auch Nebenwohnungen):

Postleitzahl (alt)	Ort	Straße	Hausnummer

 Datum

 Unterschrift

Anlage 19

(zu § 16 Absatz 3 Nummer 4)

Niederschrift zur Bewerberaufstellung

Niederschrift

über die Versammlung zur Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber/der Bewerberin oder des Bewerbers¹

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder in Druckbuchstaben ausfüllen

der

(Name der Partei/Wählervereinigung und [soweit vorhanden] deren Kurzbezeichnung oder Kennwort der Wählervereinigung)

für

(Bezeichnung des Wahlgebietes, gegebenenfalls Wahlkreise)

bei der

wahl²

am

I. Eine Versammlung der

- ☐ wahlberechtigten Parteimitglieder des Wahlgebietes (Mitgliederversammlung)
- ☐ wahlberechtigten Mitglieder der mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung des Wahlgebietes (Mitgliederversammlung)
- ☐ von den wahlberechtigten Parteimitgliedern des Wahlgebietes in geheimer Wahl bestimmten Vertreterinnen und Vertreter (Vertreterversammlung)
- ☐ von den wahlberechtigten Mitgliedern der mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung des Wahlgebietes in geheimer Wahl bestimmten Vertreterinnen und Vertreter (Vertreterversammlung)
- ☐ wahlberechtigten Angehörigen der nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung
- ☐ nach § 6c Absatz 1 Satz 4 KomWG/§ 36 KomWG¹ zuständigen Mitgliederversammlung/Vertreterversammlung¹ der Partei/Wählervereinigung¹, da die Zahl der wahlberechtigten Mitglieder im Wahlgebiet nicht ausreichte

war auf den

nach

(Datum, Uhrzeit)

(Anschrift des Versammlungsraumes)

zum Zwecke der Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber/der Bewerberin oder des Bewerbers¹ einberufen worden.

II. Erschienen waren _____ **Stimmberechtigte.**

Die Versammlung wurde geleitet von

(Familienname, Vorname, Anschrift der Hauptwohnung)

Die Versammlung bestellte zur Schriftführerin oder zum **Schriftführer**

(Familienname, Vorname, Anschrift der Hauptwohnung)

III. Nach dem Ergebnis der geheimen Abstimmung wurden die Bewerberinnen und Bewerber/wurde die Bewerberin oder der Bewerber¹ gemäß der Aufstellung im Wahlvorschlag (Anlage 16 zur SächsKomWO) gewählt.

Die Bewerberinnen und Bewerber sowie die Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlung sind geheim gewählt worden. In gleicher Weise wurde die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber festgelegt.³

- ☐ Das in der Satzung der Partei/mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung für die Aufstellung von Bewerberinnen/Bewerbern vorgesehene Verfahren ist eingehalten worden.
- ☐ Die Bewerberinnen und Bewerber/Die Bewerberin oder der Bewerber¹ der nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung sind/ist¹ von der Mehrheit⁴ der bei der Versammlung anwesenden wahlberechtigten Angehörigen der Wählervereinigung gewählt worden.

IV. **Einwendungen** gegen das Wahlergebnis

- ☐ wurden erhoben, aber von der Versammlung zurückgewiesen.
☐ wurden nicht erhoben.

V.⁵ Der Wahlvorschlag (Anlage 16 zur SächsKomWO) ist von drei wahlberechtigten Angehörigen zu unterzeichnen. Sofern dies andere als die unter VI. Bezeichneten sein sollen, ist dies hier zu ergänzen:

1. Wahlberechtigte/r	2. Wahlberechtigte/r	3. Wahlberechtigte/r
(Familienname, Vorname)	(Familienname, Vorname)	(Familienname, Vorname)
(Anschrift der Hauptwohnung)	(Anschrift der Hauptwohnung)	(Anschrift der Hauptwohnung)
(Unterschrift)	(Unterschrift)	(Unterschrift)

VI. Zwei stimmberechtigte Teilnehmerinnen oder Teilnehmer der Versammlung

haben neben der Leiterin/dem Leiter die **Versicherung an Eides statt**⁶ darüber abzugeben, dass die Wahl der Bewerberinnen und Bewerber/der Bewerberin oder des Bewerbers¹ in geheimer Wahl erfolgt ist und alle Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit hatten, sich und ihr Programm der Versammlung vorzustellen:⁷

1. Teilnehmer/in	2. Teilnehmer/in
(Familienname, Vorname in Maschinen- oder Druckschrift)	(Familienname, Vorname in Maschinen- oder Druckschrift)
(Anschrift der Hauptwohnung)	(Anschrift der Hauptwohnung)

VII.

Leiter/in der Versammlung	Schriftführer/in
(Familienname, Vorname in Maschinen- oder Druckschrift)	(Familienname, Vorname in Maschinen- oder Druckschrift)
(Unterschrift)	(Unterschrift)

¹ Nichtzutreffendes ist zu streichen.

² Wahlart eintragen.

³ Festlegung der Reihenfolge entfällt bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl.

⁴ Dies ist zweckmäßig zu gewährleisten, wenn nach der Festlegung der Bewerberinnen/Bewerber und ihrer Reihenfolge eine Schlussabstimmung über den gesamten Wahlvorschlag durchgeführt wird.

⁵ Nur für nicht mitgliedschaftlich organisierte Wählervereinigungen.

⁶ Die Versicherung an Eides statt (Anlage 20 zur SächsKomWO) kann auch an die Niederschrift angefügt werden.

⁷ § 6c Absatz 7 Satz 2 KomWG. Die Bestimmung der zwei Teilnehmer/innen sollte durch die Versammlung erfolgen. Geschieht dies nicht, können die Leiterin/der Leiter oder Vorstand diese bestimmen.

Anlage 20

(zu § 16 Absatz 3 Nummer 4)

Versicherung an Eides statt

Versicherung an Eides statt

für die

wahl¹ amin der Gemeinde/Stadt/Ortschaft/im Stadtbezirk/im Landkreis²

Wir versichern der oder dem Vorsitzenden des
Gemeindewahlausschusses/Kreiswahlausschusses² an Eides statt, dass die
Mitgliederversammlung/Vertreterversammlung/Versammlung der wahlberechtigten
Angehörigen der nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung² der

(Name der Partei/Wählervereinigung und (soweit vorhanden) deren Kurzbezeichnung oder Kennwort der Wählervereinigung³)

am _____ in _____

die Bewerberin oder den Bewerber/die Bewerberinnen und Bewerber² in geheimer Wahl
festgelegt hat und allen Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit gegeben wurde, sich
und ihr Programm der Versammlung vorzustellen.

Wir wissen, dass die Abgabe einer falschen Versicherung an Eides statt gemäß § 156 StGB
mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bedroht ist.

_____,
(Ort)_____
(Datum)

Leiter/in der Versammlung
(Familienname, Vorname in Maschinen- oder Druckschrift)
(Unterschrift)

1. stimmberechtigte/r Teilnehmer/in	2. stimmberechtigte/r Teilnehmer/in
(Familienname, Vorname in Maschinen- oder Druckschrift)	(Familienname, Vorname in Maschinen- oder Druckschrift)
(Unterschrift)	(Unterschrift)

¹ Wahlart eintragen.

² Nichtzutreffendes streichen.

³ Die Bezeichnung des Wahlvorschlagsberechtigten muss mit der Bezeichnung auf dem Wahlvorschlag übereinstimmen.

Anlage 21

(zu § 16 Absatz 3 Nummer 7)

Bescheinigung des Wahlrechts

	Gemeinde/Stadt		
Bescheinigung des Wahlrechts			
für die _____ wahl ¹ am _____			
in der Gemeinde/Stadt/Ortschaft/im Stadtbezirk/im Landkreis ² _____			
Familienname	Vornamen	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit ³
Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)			
<ul style="list-style-type: none"> - ist Bürgerin/Bürger in der genannten Gemeinde/Stadt² (§ 15 SächsGemO)/des genannten Landkreises (§ 13 SächsLKro), - ⁴ hat in der Ortschaft/im Stadtbezirk² _____ die Hauptwohnung (§ 35 Absatz 3 KomWG / § 37a i. V. m. § 35 Absatz 3 KomWG²) - und ist nicht nach § 16 Satz 2 SächsGemO/§ 14 Satz 2 SächsLKro² vom Wahlrecht ausgeschlossen. 			
_____ (Datum)	_____ (Dienstsiegel)	_____ (Unterschrift)	

Hinweise für die Herstellung:¹ Wahlart eintragen.² Nichtzutreffendes streichen.³ Nur bei ausländischen Unionsbürgerinnen/Unionsbürgern.⁴ Nur für Ortschaftsrats- bzw. Stadtbezirksbeiratswahlen.

Anlage 22

(zu § 17 Absatz 1)

Unterstützungsverzeichnis

Gemeinde/Stadt

Unterstützungsverzeichnis

für den Wahlvorschlag

der/des _____
(Name der Partei/Wählervereinigung und [soweit vorhanden] deren Kurzbezeichnung oder Kennwort der Wählervereinigung oder Familienname der Einzelbewerberin/des Einzelbewerbers)

zur _____ wahl¹ am _____² in der Gemeinde/Stadt _____Wahlkreis _____³² im Landkreis _____Wahlkreis _____⁴² in der Ortschaft/im Stadtbezirk⁵ _____**Abschlussvermerk der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters⁶ oder der/des Vorsitzenden des Gemeindevahlausschusses⁵**I. Obiger Wahlvorschlag wurde am _____ um _____:_____ Uhr eingereicht.⁷

Das Unterstützungsverzeichnis für diesen Wahlvorschlag lag vom _____
 _____:_____ Uhr bis zum _____ 18:00 Uhr in _____
 zur Unterschriftsleistung aus.

Das Unterstützungsverzeichnis enthält die _____ nachfolgenden Unterschriftsblätter.

Eingeschlossen sind hierzu _____ Unterschriftsblätter, die von einer oder einem Beauftragten der Verwaltung den wahlberechtigten Personen zur Unterschriftsleistung gemäß § 17 Absatz 3 SächsKomWO vorgelegt worden sind. Dabei lag der unterzeichnenden Person nur das jeweilige Unterschriftsblatt vor. Die Namen der Vorunterzeichnerinnen/Vorunterzeichner konnten nicht eingesehen werden.

II. Die folgenden Unterzeichnerinnen/Unterzeichner haben außerdem eine Unterstützungsunterschrift für einen weiteren Wahlvorschlag für dieselbe Wahl geleistet, weshalb die Unterschriften ungültig und daher zu streichen waren:

lfd. Nr.	Unterschriftsblatt Nr.	Name der anderen Partei/Wählervereinigung, deren Kurzbezeichnung oder Kennwort der Wählervereinigung oder Familienname der Einzelbewerberin/des Einzelbewerbers, sowie Nr. des dortigen Unterschriftsblatts
1		
2		
usw.		

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Wahlart eintragen.
- ² Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.
- ³ Nur bei der Stadtratswahl in Kreisfreien Städten sowie in den kreisangehörigen Gemeinden, die von der Wahlmöglichkeit des § 2 Absatz 3 KomWG Gebrauch gemacht haben.
- ⁴ Nur bei der Kreistagswahl.
- ⁵ Nichtzutreffendes streichen.
- ⁶ Nur bei Kreistags- und Landratswahlen (§ 17 Absatz 6 SächsKomWO i. V. m. § 12 KomWG).
- ⁷ Bei Kreistags- und Landratswahlen von der oder dem Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses auszufüllen.

III. Die nachstehend bezeichneten Personen konnten nicht zugelassen werden, weil sie die Voraussetzungen des § 17 Absatz 2 Satz 4 SächsKomWO (Identität und Wahlberechtigung) nicht erfüllt haben:

lfd. Nr.	ggf. Unterschriftenblatt Nr.	Familienname, Vorname	Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)
1			
2			
usw.			

IV. Die nachstehend bezeichneten Personen konnten nicht zugelassen werden, da sie als Bewerberin/Bewerber des Wahlvorschlags entgegen § 6b Absatz 1 Satz 1 KomWG eine Unterstützungsunterschrift geleistet haben:

lfd. Nr.	ggf. Unterschriftenblatt Nr.	Familienname, Vorname	Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)
1			
2			
usw.			

V. Es haben somit insgesamt _____ wahlberechtigte Personen (des Wahlkreises)^{2,3} wirksame Unterstützungsunterschriften geleistet.

(Datum)

(Unterschrift der [Ober-]Bürgermeisterin/des [Ober-]Bürgermeisters⁶ oder der/des Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses⁵)

Anlage 23

(zu § 17 Absatz 2)

Unterschriftsblatt Unterstützungsverzeichnis

	Gemeinde/Stadt						
Unterschriftsblatt Nr. _____ zum Unterstützungsverzeichnis							
<p>Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn die unterzeichnende Person persönlich und handschriftlich unterschrieben hat. Jede wahlberechtigte Person darf mit ihrer Unterschrift für jede Wahl nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Wahlvorschläge für dieselbe Wahl unterzeichnet, macht sich nach § 108d in Verbindung mit § 107a des Strafgesetzbuches strafbar. Eine geleistete Unterstützungsunterschrift kann nicht zurückgenommen werden. Auch die Unterstützungsunterschriften unterliegen dem Wahlgeheimnis.</p>							
<p>Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift den Wahlvorschlag</p> <p style="text-align: center;">_____ (Name der Partei/Wählerversammlung und [soweit vorhanden] deren Kurzbezeichnung oder Kennwort der Wählerversammlung oder Familienname der Einzelbewerberin/des Einzelbewerbers)¹</p> <p>zur _____ wahl² am _____</p> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"> <p>³ in der Gemeinde/Stadt _____</p> <p>³ im Landkreis _____</p> <p>³ in der Ortschaft/im Stadtbezirk _____</p> </div> <div style="width: 45%;"> <p>Wahlkreis _____⁴</p> <p>Wahlkreis _____⁵</p> </div> </div> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; margin-top: 10px;"> <tr> <td style="width: 40%; padding: 5px;">Familienname</td> <td style="width: 30%; padding: 5px;">Vorname</td> <td style="width: 30%; padding: 5px;">Geburtsdatum</td> </tr> <tr> <td colspan="3" style="padding: 5px;">Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)</td> </tr> </table> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <div style="width: 40%;">_____ (Datum)</div> <div style="width: 55%;">_____ (persönliche und handschriftliche Unterschrift)</div> </div> <div style="border: 1px solid black; padding: 10px; margin-top: 10px;"> <p>Nur für amtliche Eintragungen:</p> <p><input type="checkbox"/> ⁶ Die Identität der unterzeichnenden Person wird bestätigt.⁷</p> <p><input type="checkbox"/> ⁶ Die unterzeichnende Person ist am Tag der Unterschriftsleistung gemäß § 16 SächsGemO/§ 14 SächsLKrO zu der oben bezeichneten Wahl wahlberechtigt.</p> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <div style="width: 30%;">_____ (Datum)</div> <div style="width: 30%;">_____ (Dienstsiegel)</div> <div style="width: 30%;">_____ (Unterschrift)</div> </div> </div>		Familienname	Vorname	Geburtsdatum	Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		
Familienname	Vorname	Geburtsdatum					
Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)							

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Sofern die einzureichende Partei oder Wählerversammlung eine Kurzbezeichnung verwendet, ist diese oder, wenn die einreichende Wählerversammlung keinen Namen führt, ein Kennwort einzutragen.
- ² Wahlart eintragen.
- ³ Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.
- ⁴ Nur bei der Stadtratswahl in Kreisfreien Städten sowie in den kreisangehörigen Gemeinden, die von der Wahlmöglichkeit des § 2 Absatz 3 KomWG Gebrauch gemacht haben.
- ⁵ Nur bei der Kreistagswahl.
- ⁶ Zutreffendes ankreuzen.
- ⁷ Werden Identität und Wahlberechtigung nicht gleichzeitig geprüft, ist hier eine separate Angabe von Datum und Unterschrift nötig.

Anlage 24

(zu § 17 Absatz 6 Satz 3)

Gesamtverzeichnis bei Kreiswahlen

Landkreis

Gesamtverzeichnisfür den Wahlvorschlag¹

der/des

(Name der Partei/Wählervereinigung und [soweit vorhanden] deren Kurzbezeichnung oder Kennwort der Wählervereinigung oder Familienname der Einzelbewerberin/des Einzelbewerbers)²zur _____ wahl³ am _____im Wahlkreis _____⁴**Abschlussvermerk der oder des Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses**

I. Obiger Wahlvorschlag wurde am _____ um _____:_____ Uhr eingereicht.

Das Gesamtverzeichnis enthält die _____ nachfolgenden Unterschriftsblätter.

II. Die folgenden Unterzeichnerinnen/Unterzeichner haben außerdem eine Unterstützungsunterschrift für einen weiteren Wahlvorschlag für dieselbe Wahl geleistet, weshalb die Unterschriften ungültig und daher zu streichen waren:

lfd. Nr.	Unterschriftsblatt Nr.	Name der anderen Partei/Wählervereinigung, deren Kurzbezeichnung oder Kennwort der Wählervereinigung oder Familienname der Einzelbewerberin/des Einzelbewerbers, sowie Nr. des dortigen Unterschriftsblatts
1		
2		
usw.		

III. Die nachstehend bezeichneten Personen konnten nicht zugelassen werden, weil sie die Voraussetzungen des § 17 Absatz 2 Satz 4 SächsKomWO (Identität und Wahlberechtigung) nicht erfüllt haben:

lfd. Nr.	ggf. Unterschriftsblatt Nr.	Familienname, Vorname	Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)
1			
2			
usw.			

Hinweise für die Herstellung:¹ Nur bei Kreistags- und Landratswahlen erforderlich (§ 17 Absatz 6 Satz 3 SächsKomWO).² Sofern die einzureichende Partei oder Wählervereinigung eine Kurzbezeichnung verwendet, ist diese oder, wenn die einreichende Wählervereinigung keinen Namen führt, ein Kennwort einzutragen.³ Wahlart einfügen.⁴ Nur bei Kreistagswahlen.

IV. Die nachstehend bezeichneten Personen konnten nicht zugelassen werden, da sie als Bewerberin/Bewerber des Wahlvorschlags entgegen § 6b Absatz 1 Satz 1 KomWG eine Unterstützungsunterschrift geleistet haben:

lfd. Nr.	ggf. Unterschriftenblatt Nr.	Familienname, Vorname	Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)
1			
2			
usw.			

V. Es haben somit insgesamt _____ wahlberechtigte Personen (des Wahlkreises)⁵ wirksame Unterstützungsunterschriften geleistet.

(Datum)

(Unterschrift der/des Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses)

⁵ Gegebenenfalls streichen.

Anlage 25

(zu § 19 Absatz 10)

Niederschrift über die Zulassung der Wahlvorschläge

Gemeinde/Stadt/Landkreis

Datum

Niederschrift

über die Sitzung des

☐ ¹ Gemeindewahlausschusses ☐ ¹ Kreiswahlausschusses

zur Entscheidung über die Zulassung der Wahlvorschläge

1. Wahlausschuss

1.1 Für die _____ wahl² am _____ in/im _____³ und zur Entscheidung über ihre Zulassung trat heute nach ordnungsgemäßer Ladung der Gemeindewahlausschuss/Kreiswahlausschuss¹ zusammen.

Es waren erschienen:

Nr.	(Familienname, Vorname, Wohnort)	Funktion
1.		Vorsitzende/r
2.		Stellvertretende/r Vorsitzende/r
3.		Beisitzer/in
4.		Beisitzer/in
5.		Beisitzer/in
6.		Beisitzer/in
7.		Beisitzer/in
8.		Beisitzer/in
Ferner waren zugezogen:		
9.		Schriftführer/in
10.		Hilfskraft
11.		Hilfskraft

1.2 Die oder der Vorsitzende eröffnete um ____:____ Uhr die Sitzung mit der Verpflichtung der Beisitzerinnen und Beisitzer sowie der Schriftführerin oder des Schriftführers zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten.⁴ Später erschienene Mitglieder sowie die Hilfskräfte wurden vor Aufnahme ihrer Tätigkeit verpflichtet. Die oder der Vorsitzende stellt fest, dass Ort, Zeit und Gegenstand der Sitzung nach § 21 Absatz 2 SächsKomWO durch Aushang am oder im Eingang des Sitzungsgebäudes mit dem Hinweis bekannt gemacht wurden, dass jedermann Zutritt zu der Sitzung hat, sowie, dass die Vertrauenspersonen aller eingereichten Wahlvorschläge (*bei Bürgermeister-/Landratswahl*: sowie die Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber) _____⁵ eingeladen worden sind.

Als Vertrauenspersonen für die Wahlvorschläge waren erschienen:

Nr.	Wahlvorschlag	Familienname, Vorname
1		
2		
usw.		

Bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl:

Als Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber waren erschienen:

Nr.	Wahlvorschlag	Familienname, Vorname
1		
2		
usw.		

2. Die oder der Vorsitzende legte dem Wahlausschuss folgende Wahlvorschläge vor:

Bei der Gemeinde-/Stadtratswahl, Ortschaftsratswahl, Stadtbezirksbeiratswahl oder Kreistagswahl:

Wahlkreis⁶ _____

Nr.	Wahlvorschlag	mit (Anzahl)	eingegangen		
1.		Bewerberinnen/ Bewerbern	am	um	Uhr
2.		Bewerberinnen/ Bewerbern	am	um	Uhr
usw.					

Wahlkreis⁶ _____

Nr.	Wahlvorschlag	mit (Anzahl)	eingegangen		
1.		Bewerberinnen/ Bewerbern	am	um	Uhr
2.		Bewerberinnen/ Bewerbern	am	um	Uhr
usw.					

Bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl:

Nr.	Wahlvorschlag	mit der Bewerberin/ dem Bewerber	eingegangen		
1.			am	um	Uhr
2.			am	um	Uhr
usw.					

Sie oder er berichtete über das Ergebnis der Vorprüfung.

3. Der Wahlausschuss prüfte,

- a. ob die Wahlvorschläge rechtzeitig eingereicht worden sind,
- b. ob die rechtzeitig eingereichten Wahlvorschläge den Anforderungen des Kommunalwahlgesetzes und der Sächsischen Kommunalwahlordnung sowie der Sächsischen Gemeindeordnung/Landkreisordnung entsprechen¹.

Die Prüfung ergab Folgendes:

Beanstandeter Wahlvorschlag	Art des Mangels

4. Die erschienenen Vertrauenspersonen der Wahlvorschläge und die Einzelbewerberinnen/ Einzelbewerber⁷ erhielten nach § 19 Absatz 4 Satz 1 SächsKomWO Gelegenheit zur Äußerung. Es äußerten sich:

Nr.	Wahlvorschlag	Familienname, Vorname
1		
2		
usw.		

5. In folgenden Fällen wurden Mängel in Wahlvorschlägen nach § 6d KomWG behoben:

Wahlvorschlag	Art des Mangels

6. Der Wahlausschuss beschloss, folgende Wahlvorschläge zurückzuweisen⁸:

Wahlvorschlag	Grund

7. Der Wahlausschuss beschloss, in den eingereichten Wahlvorschlägen folgende Bewerberinnen/Bewerber zu streichen:^{8, 9}

Wahlvorschlag	Bewerberin/Bewerber	Grund

8. Folgende Bezeichnungen der Wahlvorschläge geben zu Verwechslungen Anlass:

Nr.	Wahlvorschlag	Kurzbezeichnung
1		
2		
usw.		

9. Zur Vermeidung von Verwechslungen beschloss der Wahlausschuss dem Wahlvorschlag/den Wahlvorschlägen folgende Unterscheidungsbezeichnung beizufügen:

Nr.	Wahlvorschlag	Angabe der beizufügenden Unterscheidungsbezeichnung
1		
2		
usw.		

10. Der Wahlausschuss beschloss - nach Maßgabe der Änderungen nach den Nummern 7⁸ und 9 -, folgende Wahlvorschläge zuzulassen und stellte ihre Reihenfolge gemäß § 19 Absatz 5 SächsKomWO/§ 19 Absatz 6 SächsKomWO/§ 19 Absatz 7 SächsKomWO¹⁰ hierbei wie folgt fest:

Bei der Gemeinde-/Stadtratswahl, Ortschaftsratswahl, Stadtbezirksbeiratswahl oder Kreistagswahl:

Wahlkreis⁶ _____

Nr.	Wahlvorschlag	mit (Anzahl)
1		Bewerberinnen/ Bewerber
2		Bewerberinnen/ Bewerber
usw.		

Wahlkreis⁶ _____

Nr.	Wahlvorschlag	mit (Anzahl)
1		Bewerberinnen/ Bewerber
2		Bewerberinnen/ Bewerber
usw.		

Bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl:

Nr.	Wahlvorschlag	mit der Bewerberin/dem Bewerber
1		
2		
usw.		

Die zugelassenen Wahlvorschläge wurden in der in § 16 Absatz 1 SächsKomWO vorgeschriebenen Form - mit der maßgebenden Reihenfolge der Bewerberinnen/Bewerber -⁸ festgestellt und sind dieser Niederschrift als Anlagen beigefügt.

11. Die oder der Vorsitzende gab die Entscheidungen des Wahlausschusses in der Sitzung im Anschluss an die Beschlussfassung unter Angabe der Gründe mündlich bekannt und wies auf den zulässigen Rechtsbehelf hin.

Die Sitzung war öffentlich und wurde um ____:____ Uhr geschlossen.

12. Es wird versichert, dass die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes und der Sächsischen Kommunalwahlordnung nach bestem Wissen eingehalten worden sind.

13. Bemerkungen

--

14. Die vorstehende Niederschrift wurde vorgelesen und von der oder dem Vorsitzenden, von den Beisitzerinnen/Beisitzern und von der Schriftführerin/dem Schriftführer wie folgt unterschrieben.

Nr.	Unterschrift	Funktion
1.		Vorsitzende/r
2.		Stellvertretende/r Vorsitzende/r
3.		Beisitzer/in
4.		Beisitzer/in
5.		Beisitzer/in
6.		Beisitzer/in
7.		Beisitzer/in
8.		Beisitzer/in
9.		Schriftführer/in

Anmerkung:

Etwa notwendige Ergänzungen oder Änderungen sind dem Sitzungsverlauf entsprechend vorzunehmen.

¹ Auf Wahlart abstimmen.

² Wahlart eintragen.

³ Wahlgebiet eintragen.

⁴ Gemäß § 21 Absatz 3 Satz 3 SächsKomWO wird die oder der Vorsitzende des Gemeindewahlausschusses von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister, die oder der Vorsitzende des Kreiswahlausschusses von der Landrätin/vom Landrat verpflichtet, soweit diese/dieser nicht selbst den Vorsitz innehat.

⁵ Form der Einladung (schriftlich/telefonisch/per E-Mail) eintragen.

⁶ Nur bei der Kreistagswahl, bei der Stadtratswahl in Kreisfreien Städten sowie in den kreisangehörigen Gemeinden, die von der Wahlmöglichkeit des § 2 Absatz 3 KomWG Gebrauch gemacht haben.
Gegebenenfalls streichen.

⁷ Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber nur bei Bürgermeister- oder Landratswahl.

⁸ Gemäß § 19 Absatz 9 SächsKomWO hat die oder der Vorsitzende die Entscheidung den Vertrauenspersonen der zurückgewiesenen Wahlvorschläge und den betroffenen Bewerberinnen/Bewerbern unverzüglich mit Rechtsbehelfsbelehrung zuzustellen.

⁹ Entfällt bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl.

¹⁰ Nichtzutreffende Paragraphen streichen

Anlage 26

(zu § 27 Absatz 1 und 2)

Wahlbekanntmachung

Wahlbekanntmachung☐¹ Gemeinde/Stadt _____☐¹ Landkreis _____

1. Am _____ findet/finden gleichzeitig, die

² Gemeinde-/Stadtratswahl

Die Wahlzeit dauert von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr.

² Ortschaftsrats-/Stadtbezirksbeiratswahl² Kreistagswahl² BürgermeisterwahlDer Termin eines zweiten Wahlgangs ist der _____.³² LandratswahlDer Termin eines zweiten Wahlgangs ist der _____.³

statt.

2. ²Die Gemeinde bildet **einen** Wahlbezirk, Wahlraum _____.²Die Gemeinde ist in **folgende** _____ Wahlbezirke⁴ eingeteilt:

Nr. des Wahlbezirks	Abgrenzung des Wahlbezirks	Lage des Wahlraums	barrierefrei ⁵
1			
2			
usw.			

^{2,6} Die Gemeinde ist in _____ allgemeine Wahlbezirke eingeteilt.⁴In den Wahlbenachrichtigungen, die den Wahlberechtigten in der Zeit bis zum _____ übersandt worden sind, sind der Wahlbezirk und der Wahlraum angegeben, in dem die oder der Wahlberechtigte wählen kann.⁷

3. Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln.

² Die Stimmzettel für die **Gemeinde-/Stadtratswahl**⁸ sind von _____,² die für die **Ortschaftsratswahl** sind von _____,² die für die **Stadtbezirksbeiratswahl**⁸ sind von _____ und² die für die **Kreistagswahlen** von _____ Farbe.² Die Stimmzettel für die **Bürgermeisterwahl** und deren zweiten Wahlgang sind von _____ Farbe,² die für die **Landratswahl** und deren zweiten Wahlgang von _____ Farbe.

Der/Die Stimmzettel werden im Wahlraum bereitgehalten und der Wählerin/dem Wähler bei Betreten des Wahlraumes ausgehändigt.

A bei der Gemeinde-/Stadtratswahl, Ortschaftsrats-/Stadtbezirksbeiratswahl oder Kreistagswahl⁸:4. Jede Wählerin/Jeder Wähler hat **drei** Stimmen.

Der Stimmzettel enthält unter fortlaufender Nummer

- a. die für den Wahlkreis/das Wahlgebiet⁹ zugelassenen Wahlvorschläge⁹ unter Angabe ihrer Bezeichnung und in der gemäß § 19 Absatz 5 und 6 SächsKomWO bestimmten Reihenfolge,
- b. die Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand sowie Postleitzahl und Wohnort entsprechend der nach § 20 Absatz 1 SächsKomWO bekanntgemachten Anschrift¹⁰ in der zugelassenen Reihenfolge.

11, 12

5.⁸ Bei **Verhältnisswahl**: Es können nur Bewerberinnen/Bewerber gewählt werden, deren Namen im Stimmzettel aufgeführt sind.

- Die/der Wahlberechtigte kann ihre/seine Stimmen Bewerberinnen/Bewerbern aus verschiedenen Wahlvorschlägen geben (Panaschieren) oder einer Bewerberin/einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (Kumulieren).
- Die Stimmen werden abgegeben, indem die/der Wahlberechtigte auf dem Stimmzettel die Bewerberin/den Bewerber bzw. die Bewerberinnen/Bewerber durch Ankreuzen oder auf andere eindeutige Weise kennzeichnet.

⁸ Bei **Mehrheitswahl**: Es können die Bewerberinnen/Bewerber, deren Namen im Stimmzettel aufgeführt sind, und andere Personen gewählt werden. Die/der Wahlberechtigte kann jeder

Bewerberin/jedem Bewerber oder jeder anderen Person nur **eine** Stimme geben. Die/der Wahlberechtigte gibt die Stimme in der Weise ab, dass sie/er auf dem Stimmzettel

- eine Bewerberin/einen Bewerber durch Ankreuzen oder auf andere eindeutige Weise,
- andere Personen durch eindeutige Benennung mit Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Anschrift auf den freien Zeilen,

als gewählt kennzeichnet.

B bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl⁸:

4. Jede Wählerin/Jeder Wähler hat **eine** Stimme.

Der Stimmzettel enthält die Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand sowie Postleitzahl und Wohnort entsprechend der nach § 20 Absatz 1 SächsKomWO bekanntgemachten Anschrift der Bewerberinnen/Bewerber der zugelassenen Wahlvorschläge in der nach § 19 Absatz 7 SächsKomWO festgestellten Reihenfolge.^{13, 14, 15}

- Die Wählerin/Der Wähler gibt die Stimme in der Weise ab, dass sie/er auf dem Stimmzettel eine/einen der im Stimmzettel aufgeführten Bewerberinnen/Bewerber durch Ankreuzen oder auf eine andere eindeutige Weise kennzeichnet.^{13, 16}
- Jede Wählerin/Jeder Wähler kann – außer sie/er besitzt einen Wahlschein – nur in dem Wahlraum des Wahlbezirks wählen, in dessen Wählerverzeichnis sie/er eingetragen ist. Zur Wahl sind die Wahlbenachrichtigung sowie ein amtlicher Personalausweis oder Reisepass, bei ausländischen Unionsbürgerinnen/Unionsbürgern ein gültiger Identitätsausweis oder Reisepass, mitzubringen. Die Wahlbenachrichtigung soll bei der Wahl abgegeben werden.¹⁷ Der Stimmzettel muss von der Wählerin/vom Wähler in einer Wahlkabine des Wahlraumes gekennzeichnet und in der Weise gefaltet werden, dass die Stimmabgabe nicht erkennbar ist. Das Fotografieren und Filmen in der Wahlkabine ist verboten.
- Wer einen **Wahlschein** hat, kann durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlraum des für ihn zuständigen Wahlkreises¹⁸/Wahlgebietes⁸ in seiner Gemeinde oder durch Briefwahl wählen. Gilt der Wahlschein für mehrere gleichzeitig durchzuführende Kommunalwahlen kann die persönliche Stimmabgabe nur in einem Wahlbezirk des jeweils kleinsten Wahlgebiets/Wahlkreises erfolgen.
- Wer durch **Briefwahl** wählen will, muss einen amtlichen Stimmzettel, einen amtlichen Stimmzettelumschlag und einen amtlichen Wahlbriefumschlag beantragen sowie den Wahlbrief mit dem Stimmzettel (im verschlossenen Stimmzettelumschlag) und dem Wahlschein mit der unterschriebenen Versicherung an Eides statt so rechtzeitig der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Gemeinde übersenden, dass er dort spätestens am Wahltag bis 18.00 Uhr eingeht. Der Wahlbrief kann auch bei der Gemeinde abgegeben werden.
- Jede/jeder Wahlberechtigte kann ihr/sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben. Eine Ausübung des Wahlrechts durch eine Vertretung anstelle der Wahlberechtigten ist unzulässig. Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder wegen körperlicher Beeinträchtigung oder Behinderung gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer von den Wahlberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt. Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung der Wahlberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Wahl einer anderen Person erlangt.

Wer unbefugt wählt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Wahl herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Unbefugt wählt auch, wer im Rahmen zulässiger Assistenz entgegen der Wahlentscheidung des Wahlberechtigten oder ohne eine geäußerte Wahlentscheidung des Wahlberechtigten eine Stimme abgibt. Der Versuch ist strafbar (§ 107a Absatz 1 und 3 des Strafgesetzbuches).

- Die Wahlhandlung sowie die anschließende Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk sind öffentlich. Jeder hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Wahlgeschäfts möglich ist.

(Datum)

(Dienstsiegel)

(Unterschrift)

¹ Zutreffendes ist von der Gemeinde anzukreuzen.

² Nichtzutreffende Zeilen entfallen im Vordruck.

-
- ³ Nur bei Bürgermeister- und Landratswahlen.
- ⁴ Wenn Sonderwahlbezirke gebildet sind, sind diese einzeln aufzuführen.
- ⁵ Die Gemeinde hat gemäß § 13 Satz 3 KomWG in geeigneter Weise mitzuteilen, welche Wahlräume barrierefrei zugänglich sind.
- ⁶ Für Gemeinden, die in eine **größere Anzahl** von Wahlbezirken eingeteilt sind.
- ⁷ Gemäß § 27 Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz SächsKomWO kann anstelle der Aufzählung der Wahlbezirke mit ihrer Abgrenzung und ihren Wahlräumen auf die Angaben in der Wahlbenachrichtigung verwiesen werden.
- ⁸ Nichtzutreffendes streichen.
- ⁹ Sofern in einem Wahlkreis **mehrere** Wahlvorschläge zugelassen worden sind.
- ¹⁰ Gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 SächsKomWO unterbleibt bei Gemeinderatswahlen, Ortschaftsratswahlen und Stadtbezirksbeiratswahlen die Angabe von Postleitzahl und Wohnort.
- ¹¹ Sofern in einem Wahlkreis nur **ein** Wahlvorschlag zugelassen worden ist, enthält der Stimmzettel den für den Wahlkreis zugelassenen Wahlvorschlag unter Angabe seiner Bezeichnung, die Familiennamen, Vornamen und Beruf oder Stand seiner Bewerber/innen in der zugelassenen Reihenfolge sowie drei freie Zeilen.
- ¹² Sofern in einem Wahlkreis **kein** Wahlvorschlag zugelassen worden ist, enthält der Stimmzettel drei freie Zeilen.
- ¹³ Sofern **mehrere** Wahlvorschläge zugelassen worden sind.
- ¹⁴ Sofern nur **ein** Wahlvorschlag zugelassen worden ist, enthält der Stimmzettel den Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand und Anschrift (Hauptwohnung) der Bewerberin/des Bewerbers des zugelassenen Wahlvorschlags sowie eine freie Zeile.
- ¹⁵ Sofern **kein** Wahlvorschlag zugelassen worden ist, enthält der Stimmzettel eine freie Zeile.
- ¹⁶ Sofern nur **ein** oder **kein** Wahlvorschlag zugelassen worden ist, gibt die Wählerin/der Wähler die Stimme in der Weise ab, dass sie/er auf dem Stimmzettel
- a. die/den im Stimmzettel aufgeführte Bewerberin/aufgeführten Bewerber durch Ankreuzen oder auf eine andere eindeutige Weise **oder**
 - b. eine andere wählbare Person (zu den Wählbarkeitsvoraussetzungen § 49 SächsGemO/§ 45 SächsLKro) durch eindeutige Benennung mit Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Anschrift auf der freien Zeile als gewählt kennzeichnet.
- ¹⁷ Bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl wird die Wahlbenachrichtigung wegen eines etwaigen zweiten Wahlgangs nicht abgegeben.
- ¹⁸ Bei der Kreistagswahl, der Stadtratswahl in Kreisfreien Städten sowie in den kreisangehörigen Gemeinden, die von der Wahlmöglichkeit des § 2 Absatz 3 KomWG Gebrauch gemacht haben.

Anlage 28
(zu § 43)
Schnellmeldung

Gemeinde/Stadt	
Wahlkreis ¹ /Ortschaft/Stadtbezirk ²	
Wahlbezirk ²	Briefwahlvorstand ²

Schnellmeldung³

über das Ergebnis der wahl⁴

am

Die Meldung erstattet sofort nach Ermittlung des Wahlergebnisses auf dem schnellsten Wege²

- die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Gemeindevahlausschusses (an die Bürgermeisterin/den Bürgermeister⁵)
- die Bürgermeisterin/der Bürgermeister an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses⁵

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Stimmenzahl
A (A1+A2)	Wahlberechtigte insgesamt ⁶	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt ⁷	
C	Ungültige Stimmzettel ⁷	
D	Gültige Stimmzettel ⁷	
E	Gültige Stimmen ⁸	

von den gültigen Stimmen E entfallen auf⁹

bei der Gemeinde-/Stadtrats-, Kreistags-, Ortschaftsrats- oder Stadtbezirksbeiratswahl

Wahlvorschlag 1 ⁹		Wahlvorschlag 2 ⁹	
(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

bei der Bürgermeister- oder Landratswahl

Wahlvorschlag ⁹	Bewerber/in des Wahlvorschlags	Stimmenzahl
zusammen	D=E	

laut Stimmzettel¹⁰

(Unterschrift)

Bei telefonischer Weitermeldung das Telefonat erst beenden, wenn die Zahlen wiederholt worden sind.

Durchgegeben um	:	Uhr	(Unterschrift)
-----------------	---	-----	----------------

-
- ¹ Das vorläufige Ergebnis der Kreistagswahl in der Gemeinde ist nach Wahlkreisen zu gliedern, wenn Teile der Gemeinde zu verschiedenen Wahlkreisen gehören (§ 43 Absatz 2 Satz 2 SächsKomWO).
 - ² Nichtzutreffendes streichen.
 - ³ Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen für jede Wahl gesondert erstellen.
 - ⁴ Wahlart eintragen.
 - ⁵ Nur bei Kreiswahlen. Anstelle der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters kann auch eine/ein von dieser/diesem beauftragte Gemeindebedienstete/Gemeindebediensteter treten.
 - ⁶ Nicht beim Briefwahlvorstand.
 - ⁷ Die Summe der gültigen und ungültigen Stimmzettel muss mit der Zahl der Wählerinnen/Wähler übereinstimmen (B=C+D).
 - ⁸ Die Summe der auf die Wahlvorschläge entfallenen Stimmen muss mit der Zahl der gültigen Stimmen übereinstimmen.
 - ⁹ Die Bezeichnung der Wahlvorschläge und die Namen der Wahlbewerberinnen/Wahlbewerber sollen eingedruckt sein.
 - ¹⁰ Findet Mehrheitswahl nach § 30 Absatz 3 SächsGemO statt, sind gewählte Personen, die keine Bewerberinnen/Bewerber waren, auf einem gesonderten Blatt unter Angabe ihrer jeweiligen Stimmenzahl aufzulisten. Die Summe der auf diese Personen und der auf etwaige Bewerberinnen/Bewerber des Wahlvorschlags entfallenen Stimmen muss mit der Zahl der gültigen Stimmen übereinstimmen.

Anlage 29

(zu § 44 Absatz 1)

Wahlniederschrift Wahlbezirk

Das Muster stellt den Fall der Auszählung einer einzelnen Wahl im Wahlbezirk dar. Es ist im Hinblick auf die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten und im Einzelfall durchzuführenden Auszählungen sachgerecht zu ergänzen. Das beigelegte Merkblatt für den Wahlvorstand kann durch geeignete gemeindliche Schulungsmaterialien etc. ersetzt werden.

Gemeinde/Stadt

**Wahlniederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses
im Wahlbezirk _____ für die _____ wahl¹ am _____**

1. Wahlvorstand

Zur o.g. Wahl waren für den Wahlbezirk vom Wahlvorstand erschienen:

Nr.	Familienname, Vorname, Wohnort	Funktion
1.		Wahlvorsteher/in
2.		Stellvertretende/r Wahlvorsteher/in
3.		Schriftführer/in
4.		Beisitzer/in
5.		Beisitzer/in
6.		Beisitzer/in
7.		Beisitzer/in
8.		Beisitzer/in
9.		Beisitzer/in

Anstelle nicht erschienenen/ausgefallenen Mitglieder des Wahlvorstandes ernannte die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher die folgenden Wahlberechtigten zu Mitgliedern des Wahlvorstandes:

Nr.	Familienname, Vorname, Wohnort	Uhrzeit
1.		
2.		

Als Hilfskräfte waren hinzugezogen:

Nr.	Familienname, Vorname, Wohnort	Aufgaben
1.		
2.		

2. Wahlhandlung**a) Ausstattung des Wahlraumes**

Der Wahlraum war so eingerichtet, dass die Wählerinnen und Wähler die Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen konnten.

- Dazu waren ☐ ² ____ Wahlkabinen/Tische mit Sichtblenden aufgestellt,
☐ ² ____ Nebenräume so hergerichtet, dass sie nur vom Wahlraum aus zu betreten waren.

Der Tisch des Wahlvorstandes stand so, dass von ihm aus die Wahlkabinen/Wahltische/Eingänge zu den Nebenräumen eingesehen werden konnten. Im Wahlraum lagen die kommunalwahlrechtlichen Vorschriften vor. Ein Muster des/der Stimmzettel sowie ein Auszug aus der Wahlbekanntmachung waren am oder im Eingang des Gebäudes angebracht.

Der Wahlvorstand vergewisserte sich, dass die Wahlurne unbeschädigt und leer war. Sodann wurde die Wahlurne ☐ ² versiegelt.

- ☐ ² verschlossen; die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher nahm den Schlüssel in Verwahrung.

b) Eröffnung der Wahlhandlung

Die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher eröffnete die Wahlhandlung mit der Verpflichtung der Mitglieder des Wahlvorstandes und der Hilfskräfte zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten. Später Erschienene wurden vor Aufnahme ihrer Tätigkeit verpflichtet.

Vor Beginn der Stimmabgabe

- ☐ ² war das Wählerverzeichnis nicht zu berichtigen, da ein Verzeichnis über nachträglich ausgestellte Wahlscheine nicht vorlag.
- ☐ ² berichtigte die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher das Wählerverzeichnis anhand des Verzeichnisses der nachträglich erteilten Wahlscheine, indem sie/er bei den Namen der mit einem Wahlschein versehenen Wahlberechtigten in der Spalte für die Stimmabgabe den Buchstaben „W“ eintrug. Die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher berichtigte ebenso die Zahlen der Abschlussbeurkundung der Gemeinde; diese Berichtigung wurde von ihr/ihm abgezeichnet.

c) Stimmabgabe

Mit der Stimmabgabe wurde um 8: ____ Uhr begonnen.

Die Stimmabgabe entsprach den gesetzlichen Vorschriften.

☛ (1) ³

- ☐ ² Als besondere Vorkommnisse waren zu verzeichnen:

--

- ☐ ² Der Wahlvorstand hat eine Mitteilung über die Ungültigkeit von Wahlscheinen erhalten und berücksichtigt.
- ☐ ² Der Wahlvorstand erhielt die Mitteilung, dass noch am Wahltag Wahlscheine ausgegeben wurden; die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher berichtigte das Wählerverzeichnis und die dazugehörige Abschlussbeurkundung entsprechend.

Um 18:00 Uhr gab die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher das Ende der Wahlzeit bekannt. Ab diesem Zeitpunkt wurden nur noch die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen und im Wahlraum oder aus Platzgründen davor anwesenden Wahlberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen. Später eintreffenden Wahlberechtigten wurde der Zutritt zur Stimmabgabe verwehrt. Nachdem die/der letzte der rechtzeitig erschienenen Wahlberechtigten die Stimme abgegeben hatte, erklärte die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher um 18: ____ Uhr die Stimmabgabe für beendet. Alle nicht benutzten Stimmzettel wurden vom Tisch des Wahlvorstandes entfernt.

3. Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk

Soweit zum Ende der Wahlzeit der Zutritt zum Wahlraum gesperrt worden war, wurde er vor Beginn der Ermittlung des Wahlergebnisses wieder geöffnet. Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses war öffentlich.

Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses begann um 18:___ Uhr und war um ___:___ Uhr beendet.

☐ ² Die Sitzung wurde von ___:___ Uhr bis ___:___ Uhr aus folgenden Gründen unterbrochen:

Es wurden folgende Sicherungsmaßnahmen getroffen:

Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses entsprach den gesetzlichen Vorschriften.

☛ (2)

a) Die Zählung der Stimmzettel ergab _____ Stimmzettel (= Wählerinnen/Wähler insgesamt **B**).

b) Die Zählung der im Wählerverzeichnis eingetragenen Stimmabgabevermerke ergab _____ Vermerke.

c) Mit Wahlschein haben _____ Personen gewählt. (= **B1**).

d) Die Summe aus b) und c) ergibt _____ Personen.

☐ ² Die Gesamtzahl b) + c) stimmte mit der Zahl der Stimmzettel unter a) überein.

☐ ² Die Gesamtzahl b) + c) war um _____ größer – kleiner als die Zahl der Stimmzettel.

Die Verschiedenheit, die sich auch bei wiederholter Zählung herausstellte, erklärt sich aus folgenden Gründen:

☐ ² Stimmzettel, über die der Wahlvorstand beschlossen hat, sind als Anlagen Nr. _____ bis _____ beigelegt.

☛ (3)

☐ ² Die Zählung musste aus folgenden Gründen wiederholt werden:

☛ (4)

☐ ² Während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses ereigneten sich folgende besondere Vorfälle:

Der Wahlvorstand fasste in diesem Zusammenhang folgende Beschlüsse:

4. Wahlergebnis

☛ (5)

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

bei der Gemeinde-/Stadtrats-, Kreistags-, Ortschaftsrats- oder Stadtbezirksbeiratswahl

Wahlvorschlag 1 ⁴		Wahlvorschlag 2 ⁴	
(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl

Wahlvorschlag ⁴	Bewerber/in des Wahlvorschlags ⁴	Stimmenzahl
zusammen	D=E	

☐ ² Das/Die Mitglied/er des Wahlvorstandes beantragte/n vor Unterzeichnung der Wahl Niederschrift eine erneute Zählung der Stimmen, weil:

Nr.	Familienname, Vorname	Gründe

Daraufhin wurde der Zählvorgang wiederholt. Das in Abschnitt 4 der Wahl Niederschrift enthaltene Wahlergebnis für den Wahlbezirk wurde

☐ ² mit dem gleichen Ergebnis erneut festgestellt.

☐ ² berichtigt.

Das in Abschnitt 4 der Wahl Niederschrift enthaltene / berichtigte⁵ Wahlergebnis wurde vom Wahlvorstand als das Wahlergebnis im Wahlbezirk festgestellt und von der Wahlvorsteherin/dem Wahlvorsteher mündlich bekannt gegeben.

Das festgestellte Wahlergebnis wurde (ggf. unter Nutzung des Vordrucks der Schnellmeldung) auf schnellstem Wege (telefonisch) an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses übermittelt.

5. Abschluss der Niederschrift

Während der Wahlhandlung, während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses waren immer mindestens drei Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend. Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses waren öffentlich. Es wird versichert, dass bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes und der Sächsischen Kommunalwahlordnung nach bestem Wissen eingehalten worden sind.

Die Niederschrift wurde von den Mitgliedern des Wahlvorstandes genehmigt und **unterschrieben** am _____ in _____.

Wahlvorsteher/in
Stellvertretende/r Wahlvorsteher/in
Schriftführer/in

Die übrigen Beisitzer/innen:

4.
5.
6.
7.
8.
9.

☐ ² Das folgende Mitglied/Die folgenden Mitglieder des Wahlvorstandes verweigerten die Unterschrift unter der Wahlniederschrift weil:

Nr.	Familienname, Vorname	Gründe

Dieser Niederschrift sind – soweit angefallen – folgende Anlagen beigefügt:

☛ (6)

- Wahlscheine, über die der Wahlvorstand beschlossen hat,
- Stimmzettel über die der Wahlvorstand beschlossen hat,
- Zähllisten, soweit solche geführt wurden,
- die Abschlussbeurkundung des Wählerverzeichnisses.

Von der/dem Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses⁶ / Von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister⁷ oder durch eine von ihr/ihm beauftragte Empfangsperson wurde die Wahlniederschrift mit allen darin verzeichneten Anlagen auf Vollständigkeit geprüft und übernommen.

(Ort)	(Datum)	(Uhrzeit)	(Unterschrift)
-------	---------	-----------	----------------

Achtung: Es ist sicherzustellen, dass die Wahlniederschrift mit den Anlagen sowie die Pakete mit den weiteren Unterlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

-
- ¹ Wahlart eintragen.
 - ² Zutreffendes ankreuzen.
 - ³ Zu den in Klammer angegebenen Zahlen vgl. die entsprechenden Punkte des Merkblattes für den Wahlvorstand oder die entsprechenden Schulungsunterlagen.
 - ⁴ Die Bezeichnung der Wahlvorschläge und die Namen der Wahlbewerber/innen sollen eingedruckt sein.
 - ⁵ Nichtzutreffendes streichen.
 - ⁶ Bei Gemeindewahlen.
 - ⁷ Bei Kreiswahlen.

Merkblatt für den Wahlvorstand zur Niederschrift

Wahlvorstand

Der Wahlvorstand besteht aus der Wahlvorsteherin/dem Wahlvorsteher als Vorsitzender/Vorsitzendem, der stellvertretenden Wahlvorsteherin/dem stellvertretenden Wahlvorsteher und weiteren drei bis sieben Beisitzerinnen/Beisitzern. Die stellvertretende Wahlvorsteherin/der stellvertretende Wahlvorsteher ist zugleich Beisitzerin/Beisitzer. Die Wahlvorsteherin/Der Wahlvorsteher bestimmt aus den Beisitzerinnen/Beisitzern eine Schriftführerin/einen Schriftführer und deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter. Die Wahlvorsteherin/Der Wahlvorsteher leitet die Tätigkeit des Wahlvorstandes. Sie/Er teilt den Beisitzerinnen/Beisitzern ihre Aufgaben zu.

☛ (1) Stimmabgabe

Die Stimmabgabe ist öffentlich. Soweit dadurch nicht die Stimmabgabe gestört wird, ist jedermann Zutritt zum Wahlraum zu gewähren. Der Wahlvorstand sorgt für Ruhe und Ordnung im Wahlraum.

Der genaue Beginn der Wahlzeit ist zu vermerken, da es aufgrund besonderer Vorkommnisse im Einzelfall zu Abweichungen vom regulären Beginn um 8:00 Uhr kommen kann.

Während der Stimmabgabe müssen immer mindestens drei Mitglieder des Wahlvorstandes, darunter die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher und die Schriftführerin/der Schriftführer oder ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter anwesend sein.

Wenn die Wählerin/der Wähler den Wahlraum betritt, zeigt sie/er die Wahlbenachrichtigung oder den Wahlschein vor. Alternativ ist es auch möglich, im eigenen Wahlbezirk nur mit Vorlage des Personalausweises oder Reisepasses zu wählen. Eine Beisitzerin/Ein Beisitzer überprüft, ob der Wahlschein für den Wahlkreis ausgestellt ist oder ob die Wahlbenachrichtigung den richtigen Wahlraum enthält. Ist dies der Fall, erhält die Wählerin/der Wähler einen Stimmzettel. Sie/er begibt sich mit dem Stimmzettel in die Wahlkabine.

Der Wahlvorstand achtet darauf, dass sich immer nur eine Person in jeder Wahlkabine befindet. Wählerinnen/Wähler, die des Lesens unkundig oder körperlich nicht in der Lage sind, den Stimmzettel auszufüllen oder zu falten, können sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Sie können auch ein Mitglied des Wahlvorstandes zur Hilfsperson bestimmen. Darauf sind sie hinzuweisen.

Nach dem Kennzeichnen und Falten des Stimmzettels begibt sich die Wählerin/der Wähler an den Tisch des Wahlvorstandes. Sie/Er gibt die Wahlbenachrichtigung bzw. den Wahlschein ab. Bei Bürgermeister- oder Landratswahlen ist die Wahlbenachrichtigung nach Prüfung für einen eventuellen zweiten Wahlgang zurückzugeben. Ist die Wählerin/der Wähler dem Wahlvorstand nicht persönlich bekannt, kann der Wahlvorstand die Identität anhand des Personalausweises oder Reisepasses überprüfen. Die Schriftführerin/Der Schriftführer überprüft, dass im Wählerverzeichnis für die Wählerin/den Wähler kein Stimmabgabevermerk und kein Wahlscheinvermerk „W“ eingetragen ist.

Der Wahlvorstand weist eine Wählerin/einen Wähler zurück, die/der

- nicht in das Wählerverzeichnis eingetragen ist und keinen für den Wahlkreis gültigen Wahlschein vorlegt,
- keinen Wahlschein vorlegt, obwohl im Wählerverzeichnis ein Wahlscheinvermerk „W“ eingetragen ist,
- bereits einen Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis hat,
- den Stimmzettel außerhalb der Wahlkabine ausgefüllt oder gefaltet hat,
- den Stimmzettel so gefaltet hat, dass ihre/seine Stimmabgabe erkennbar ist, oder ihn mit einem äußerlich sichtbaren, das Wahlgeheimnis offensichtlich gefährdenden Kennzeichen versehen hat oder
- für den Wahlvorstand erkennbar mehrere oder einen nicht amtlich hergestellten Stimmzettel abgeben oder mit dem Stimmzettel einen weiteren Gegenstand in die Wahlurne werfen will.

In den letztgenannten Fällen wird der Wählerin/dem Wähler auf Verlangen ein neuer Stimmzettel ausgehändigt und der alte Stimmzettel vernichtet.

Ein Beschluss des Wahlvorstandes über die Zurückweisung einer im Wählerverzeichnis eingetragenen Person ist in der Wahlniederschrift zu vermerken.

Besteht kein Grund für eine Zurückweisung der Wählerin/des Wählers, gibt die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher die Wahlurne zum Einwurf des Stimmzettels frei. Sobald der Stimmzettel in die Wahlurne eingeworfen wurde, trägt die Schriftführerin/der Schriftführer in das Wählerverzeichnis einen Stimmabgabevermerk für die Wählerin/den Wähler ein.

Es kann vorkommen, dass zum Ende der Wahlzeit um 18.00 Uhr noch Wahlberechtigte im Wahlraum oder davor warten. Daher ist auch der Zeitpunkt zu vermerken, an dem die Stimmabgabe für beendet erklärt wurde. Soweit sich um 18.00 Uhr Wahlberechtigte aus Platzgründen vor dem Wahlraum befinden, ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass nur diese ihre Stimme abgeben und erst nach 18.00 Uhr eintreffenden Personen der Zutritt zur Stimmabgabe verwehrt wird.

Über die Tätigkeit eines beweglichen Wahlvorstandes ist eine gesonderte Niederschrift zu fertigen.

Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses

- (2) Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses ist öffentlich.

Alle unbenutzten Stimmzettel werden vom Tisch entfernt. Die Wahlurne wird geöffnet und die Stimmzettel entnommen. Die Wahlvorsteherin/Der Wahlvorsteher vergewissert sich, dass die Wahlurne leer ist.

Werden mehrere Kommunalwahlen gleichzeitig durchgeführt, werden die einzelnen Stimmzettel nach ihren Farben für jede einzelne Wahl geordnet. Im Anschluss beginnt die Auszählung der Wahl (in der Reihenfolge Bürgermeisterwahl, Landratswahl, Gemeinde-/Stadtratswahl, Kreistagswahl, Ortschaftsrats- bzw. Stadtbezirksbeiratswahl, Parlamentswahlen werden stets zuvor ausgezählt).

Die Schriftführerin/Der Schriftführer überträgt aus der Bescheinigung über den Abschluss des Wählerverzeichnisses die Zahl der Wahlberechtigten in Abschnitt 4 Kennbuchstaben **A1**, **A2** und **A1 + A2** der Wahlniederschrift.

Zunächst werden alle abgegebenen Stimmzettel gezählt und das Ergebnis unter Kennbuchstabe **B** in die Wahlniederschrift eingetragen. Danach werden die Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis und die eingenommenen Wahlscheine gezählt. Die Summe dieser Zahlen muss mit der Anzahl der Stimmzettel übereinstimmen. Ist dies nicht der Fall, ist die Zählung zu wiederholen. Ergibt sich auch bei wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, ist dies nach Möglichkeit aufzuklären und die Erklärung als Anlage zur Niederschrift zu nehmen sowie die Zahl der Stimmzettel unter Kennbuchstabe **B** einzutragen. Die Zahl der Wahlscheine wird unter Kennbuchstabe **B1** in die Wahlniederschrift eingetragen.

Bei der Prüfung auf ihre Gültigkeit sowie Zählung der Stimmzettel und Stimmen soll wie folgt verfahren werden: Mehrere Beisitzerinnen/Beisitzer können unter Aufsicht der Wahlvorsteherin/des Wahlvorstehers aus den Stimmzetteln die folgenden Stapel bilden und sie unter Aufsicht halten:

Die Stimmzettel werden entfaltet und danach sortiert, für welchen Wahlvorschlag die Wählerin/der Wähler die bis zu drei Stimmen gegeben hat. Dabei ist gleichgültig, welchen Bewerberinnen/Bewerbern eines Wahlvorschlages die Wählerin/der Wähler die Stimmen gegeben hat. Für alle Stimmzettel, auf denen die Wählerin/der Wähler die Stimmen auf mehrere Wahlvorschläge verteilt (panaschiert) hat, wird ein weiterer Stapel gebildet.

Ein weiterer Stapel ist für die unverändert abgegebenen Stimmzettel zu bilden. Die Wahlvorsteherin/Der Wahlvorsteher hat die unverändert abgegebenen Stimmzettel zu zählen und braucht dafür keinen gesonderten Beschluss durch den Wahlvorstand herbeizuführen.

Hat die Wählerin/der Wähler mehr als drei Stimmen abgegeben oder gibt der Stimmzettel aus anderen Gründen Anlass zu Bedenken bzw. erscheint er als ungültig, wird er auf einen weiteren Stapel für „Zweifelsfälle“ (Stapel Z) gelegt. Wurde bei Mehrheitswahl eine andere wählbare Person auf dem Stimmzettel angegeben, handelt es sich in der Regel um einen Stimmzettel mit Bedenken, da die Prüfung nötig ist, ob die Person eindeutig benannt ist.

Im Anschluss erfolgt die Zählung der Stimmen der einzelnen Stapel. Hierfür können Zählgruppen gebildet werden. Sofern Zähllisten geführt werden, wird jede einzelne Stimme dort vermerkt.

- (3) Bei jedem der Stimmzettel des Stapels Z lässt die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher den gesamten Wahlvorstand abstimmen, ob der Stimmzettel oder die einzelne Stimme gültig oder ungültig ist (Stimmenmehrheit entscheidet, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Wahlvorsteherin/des Wahlvorstehers den Ausschlag), vermerkt das Ergebnis auf der Rückseite des Stimmzettels und nummeriert die Stimmzettel fortlaufend. Alle Stimmzettel dieses Stapels sind der Wahlniederschrift als Anlage beizufügen.
- (4) Die Zählung ist zu wiederholen, wenn sich Unstimmigkeiten oder rechnerische Fehler ergaben oder ein Mitglied des Wahlvorstandes dies verlangt hat.

Feststellung des Wahlergebnisses

- ☛ (5) Ist nur ein oder kein Wahlvorschlag zugelassen worden, so sind gewählte Personen, die keine Bewerberinnen/Bewerber waren, auf einem besonderen Blatt unter Angabe ihrer jeweiligen Stimmenzahl aufzulisten. Die Summe der auf diese Personen und der auf etwaige Bewerberinnen/Bewerber des Wahlvorschlags entfallenen Stimmen muss mit der Zahl der gültigen Stimmen übereinstimmen.

Bei der Durchführung einer Bürgermeister- oder Landratswahl stimmt die Anzahl der gültigen Stimmzettel mit der Zahl der gültigen Stimmen überein. D=E

nach Abschluss der Niederschrift

- ☛ (6) Die Niederschrift mit den Anlagen einschließlich der Abschlussbeurkundung des Wählerverzeichnis wird unverzüglich der/dem Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses bzw. bei Kreiswahlen der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister oder der von ihr/ihm bestimmten Empfangsperson übergeben.

Alle Stimmzettel und Wahlscheine, die nicht der Wahl Niederschrift als Anlage beigelegt sind, werden mit den Stapeln der gültigen Stimmzettel je für sich verpackt, ebenso die eingenommenen Wahlscheine. Die unverändert abgegebenen Stimmzettel werden auch separat verpackt. Das Wählerverzeichnis wird ebenso verpackt. Bei gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen sind die Wahlscheine, über die der Wahlvorstand besonders beschlossen hat, der Wahl Niederschrift für die Wahl anzuschließen, deren Ergebnis als erstes festgestellt wird. Die Pakete werden sachgerecht versiegelt, mit Inhaltsangabe versehen und gemeinsam mit den übrigen Wahlunterlagen der Gemeinde übergeben.

Anlage 30

(zu § 48 Absatz 4)

Wahlniederschrift Briefwahlvorstand

Das Muster stellt den Fall der Auszählung einer einzelnen Wahl dar. Es ist im Hinblick auf die unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten und im Einzelfall durchzuführenden Auszählungen sachgerecht zu ergänzen. Das beigefügte Merkblatt für den Briefwahlvorstand kann durch geeignete gemeindliche Schulungsmaterialien etc. ersetzt werden.

Gemeinde/Stadt

**Wahlniederschrift über die Ermittlung und Feststellung des Ergebnisses
des Briefwahlvorstandes _____ für die _____ wahl¹ am
_____****1. Briefwahlvorstand**

Zur o.g. Wahl waren für den Wahlbezirk vom Briefwahlvorstand erschienen:

Nr.	Familienname, Vorname, Wohnort	Funktion
1.		Briefwahlvorsteher/in
2.		Stellvertretende/r Briefwahlvorsteher/in
3.		Schriftführer/in
4.		Beisitzer/in
5.		Beisitzer/in
6.		Beisitzer/in
7.		Beisitzer/in
8.		Beisitzer/in
9.		Beisitzer/in

Anstelle nicht erschienenener/ausgefallener Mitglieder des Briefwahlvorstandes ernannte die Briefwahlvorsteherin/der Briefwahlvorsteher die folgenden Wahlberechtigten zu Mitgliedern des Briefwahlvorstandes:

Nr.	Familienname, Vorname, Wohnort	Uhrzeit
1.		
2.		

Als Hilfskräfte waren hinzugezogen:

Nr.	Familienname, Vorname, Wohnort	Aufgaben
1.		
2.		

2. Zulassung der Wahlbriefe

Die Briefwahlvorsteherin/Der Briefwahlvorsteher eröffnete die Zulassungsprüfung und die anschließende Ergebnisermittlung und -feststellung mit der Verpflichtung der Mitglieder des Briefwahlvorstandes und der Hilfskräfte zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten. Später Erschienene wurden vor Aufnahme ihrer Tätigkeit verpflichtet.

Mit der Zulassungsprüfung wurde um 15:___ Uhr begonnen.

Der Briefwahlvorstand vergewisserte sich, dass die Wahlurne unbeschädigt und leer war. Sodann wurde die Wahlurne ☐ ² versiegelt.

☐ ² verschlossen; die Briefwahlvorsteherin/der Briefwahlvorsteher nahm den Schlüssel in Verwahrung.

Der Briefwahlvorstand stellte weiter fest, dass ihm von der Gemeinde

- _____ Wahlbriefe und
 - ein Verzeichnis der für ungültig erklärten Wahlscheine
- übergeben worden ist. Die in diesem Verzeichnis aufgeführten _____ Wahlbriefe wurden ausgesondert und später dem Briefwahlvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hierauf öffnete eine/ein von der Briefwahlvorsteherin/dem Briefwahlvorsteher bestimmte Beisitzerin/bestimmter Beisitzer die Wahlbriefe nacheinander, entnahm ihnen den Wahlschein und den Stimmzettelumschlag und übergab beide der Briefwahlvorsteherin/dem Briefwahlvorsteher bzw. deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter. Soweit weder der Wahlschein noch der Stimmzettelumschlag zu beanstanden war, wurde der Stimmzettelumschlag ungeöffnet in die Wahlurne gelegt. Die Wahlscheine wurden gesammelt. _____ Wahlbriefe wurden ausgesondert und später dem Briefwahlvorstand zur Beschlussfassung vorgelegt.

Eine von der Gemeinde beauftragte Person überbrachte um ____:____ Uhr weitere _____ Wahlbriefe, die am Wahltag bei der Gemeinde noch vor Ende der Wahlzeit eingegangen waren.

Folglich waren insgesamt _____ Wahlbriefe eingegangen. Insgesamt wurden _____ Wahlbriefe beanstandet,

davon wurden insgesamt _____ Wahlbriefe aus folgenden Gründen durch Beschluss zurückgewiesen:

Anzahl	Gründe
	Wahlbriefe, weil dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beigelegt hat,
	Wahlbriefe, weil dem Wahlbriefumschlag kein Stimmzettelumschlag beigelegt war,
	Wahlbriefe, weil weder der Wahlbriefumschlag noch der Stimmzettelumschlag verschlossen war,
	Wahlbriefe, weil der Wahlbriefumschlag mehrere Stimmzettelumschläge, aber nicht die gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine enthalten hat,
	Wahlbriefe, weil die Wählerin/der Wähler oder die Hilfsperson die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefwahl nicht unterschrieben hat,
	Wahlbriefe, weil kein amtlicher Stimmzettelumschlag dieser Wahl benutzt worden war,
	Wahlbriefe, weil ein Stimmzettelumschlag benutzt worden war, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abwich oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthalten hat.
	Gesamtzahl aller zurückgewiesener Wahlbriefe

Sie wurden samt Inhalt ausgesondert, mit einem Vermerk über den Zurückweisungsgrund versehen, wieder verschlossen, fortlaufend nummeriert und als Anlagen _____ bis _____ dieser Wahl Niederschrift beigelegt. Die Einsenderinnen/Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wählerinnen/Wähler gezählt, ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

Durch Beschluss wurden ____ der ausgesonderten Wahlbriefe zugelassen. War der Anlass der Beschlussfassung der Wahlschein, so wurde er dieser Wahlniederschrift beigefügt.

Somit wurden insgesamt ____ Wahlbriefe zugelassen.

☐ ² Während der Zulassungsprüfung ereigneten sich folgende besondere Vorfälle:

Der Briefwahlvorstand fasste in diesem Zusammenhang folgende Beschlüsse:

3. Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses der Briefwahl

Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses begann um ____:____ Uhr und war um ____:____ Uhr beendet.

☐ ² Die Sitzung wurde von ____:____ Uhr bis ____:____ Uhr aus folgenden Gründen unterbrochen:

Es wurden folgende Sicherungsmaßnahmen getroffen:

Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses entsprach den gesetzlichen Vorschriften.

☛ (1)

Die Zählung der Stimmzettelumschläge ergab ____ Umschläge (= Anzahl Wählerinnen/Wähler insgesamt **B**; zugleich **B1**).

Die Zählung der Wahlscheine ergab ____ Wahlscheine.

☐ ² Die Gesamtzahl der **gesammelten Wahlscheine** stimmt mit **der Anzahl der Stimmzettelumschläge** überein.

☐ ² Die Gesamtzahl der **gesammelten Wahlscheine** ist um ____ größer/kleiner als die **Anzahl der Stimmzettelumschläge**.

Die Abweichung, die sich auch bei wiederholter Zählung ergab, wird wie folgt erklärt:

☐ ² Stimmzettelumschläge und Stimmzettel, über die der Briefwahlvorstand beschlossen hat, sind als Anlagen ____ bis ____ beigefügt.

☛ (2)

☐ ² Die Zählung musste aus folgenden Gründen wiederholt werden:

☛ (3)

4. Wahlergebnis

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

☛ (4)

bei der Gemeinde-/Stadtrats-, Kreistags-, Ortschaftsrats- oder Stadtbezirksbeiratswahl

Wahlvorschlag 1 ³			Wahlvorschlag 2 ³		
(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)		Stimmenzahl	(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)		Stimmenzahl
zusammen	E 1		zusammen	E 2	

bei der Bürgermeisterwahl oder Landratswahl

Wahlvorschlag ³	Bewerber/in des Wahlvorschlags ³	Stimmenzahl
zusammen	D=E	

- ☐ ² Während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses ereigneten sich folgende besondere Vorfälle:

Der Briefwahlvorstand fasste in diesem Zusammenhang folgende Beschlüsse:

- ☐ ² Das Mitglied/Die Mitglieder des Briefwahlvorstandes beantragte/n vor Unterzeichnung der Wahl Niederschrift eine erneute Zählung der Stimmen, weil:

Nr.	Familienname, Vorname	Gründe

Daraufhin wurde der Zählvorgang wiederholt. Das in Abschnitt 4 der Wahl Niederschrift enthaltene Wahlergebnis für den Wahlbezirk wurde

- ☐ ² mit dem gleichen Ergebnis erneut festgestellt.
☐ ² berichtigt.

Das in Abschnitt 4 der Wahlniederschrift enthaltene / berichtigte⁴ Wahlergebnis wurde vom Briefwahlvorstand als das Wahlergebnis im Wahlbezirk festgestellt und von der Briefwahlvorsteherin/dem Briefwahlvorsteher mündlich bekannt gegeben.

Das festgestellte Wahlergebnis wurde (ggf. unter Nutzung des Vordrucks der Schnellmeldung) auf schnellstem Wege (telefonisch) an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses übermittelt.

5. Abschluss der Niederschrift

Während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses waren immer mindestens drei Mitglieder des Briefwahlvorstandes anwesend. Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses waren öffentlich. Es wird versichert, dass bei der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes und der Sächsischen Kommunalwahlordnung nach bestem Wissen eingehalten worden sind.

Die Niederschrift wurde von den Mitgliedern des Briefwahlvorstandes genehmigt und **unterschrieben** am _____ in _____:

Briefwahlvorsteher/in
Stellvertretende/r Briefwahlvorsteher/in
Schriftführer/in

Die übrigen Beisitzer/innen:

4.
5.
6.
7.
8.
9.

☐ ²Das folgende Mitglied/Die folgenden Mitglieder des Briefwahlvorstandes verweigerten die Unterschrift unter der Wahlniederschrift weil:

Nr.	Familienname, Vorname	Gründe

Dieser Niederschrift sind – soweit angefallen – folgende Anlagen beigelegt:

- Wahlbriefe, die der Briefwahlvorstand zurückgewiesen hat,
- Wahlscheine, über die der Briefwahlvorstand beschlossen hat,
- Stimmzettel und Stimmzettelumschläge, über die der Briefwahlvorstand beschlossen hat,
- Zähllisten, soweit solche geführt wurden.

☛ (5)

Von der/dem Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses⁵ / Von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister⁶ oder durch eine von ihr/ihm beauftragte Empfangsperson wurde die Wahl Niederschrift mit allen darin verzeichneten Anlagen auf Vollständigkeit geprüft und übernommen.

(Ort)	(Datum)	(Uhrzeit)	(Unterschrift)
-------	---------	-----------	----------------

Achtung: Es ist sicherzustellen, dass die Wahl Niederschrift mit den Anlagen sowie die Pakete mit den weiteren Unterlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

¹ Wahlart eintragen.

² Zutreffendes ankreuzen.

³ Die Namen der Wahlvorschläge und Bewerberinnen/Bewerber sollen bereits vordruckt sein.

⁴ Nichtzutreffendes streichen.

⁵ Bei Gemeindewahlen.

⁶ Bei Kreiswahlen.

Merkblatt für den Briefwahlvorstand zur Niederschrift**Briefwahlvorstand**

Der Briefwahlvorstand besteht aus der Briefwahlvorsteherin/dem Briefwahlvorsteher als Vorsitzender/Vorsitzendem, der stellvertretenden Briefwahlvorsteherin/dem stellvertretenden Briefwahlvorsteher und weiteren drei bis sieben Beisitzerinnen/Beisitzern. Die stellvertretende Briefwahlvorsteherin/der stellvertretende Briefwahlvorsteher ist zugleich Beisitzerin/Beisitzer. Die Briefwahlvorsteherin/Der Briefwahlvorsteher bestimmt aus den Beisitzerinnen/Beisitzern eine Schriftführerin/einen Schriftführer und deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter. Die Briefwahlvorsteherin/Der Briefwahlvorsteher leitet die Tätigkeit des Briefwahlvorstandes. Sie/Er teilt den Beisitzerinnen/Beisitzern ihre Aufgaben zu.

Ermittlung des Wahlergebnisses

- ☛ (1) Die Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses ist öffentlich. Die Ermittlung des Wahlergebnisses darf frühestens um 18:00 Uhr beginnen.

Die Wahlurne wird geöffnet und die Stimmzettelumschläge entnommen. Die Briefwahlvorsteherin/Der Briefwahlvorsteher vergewissert sich, dass die Wahlurne leer ist.

Zunächst werden die Stimmzettelumschläge gezählt, anschließend geöffnet, die Stimmzettel entnommen und entfaltet.

Wurde ein Stimmzettelumschlag ohne entsprechenden Stimmzettel abgegeben, wird dies auf dem Stimmzettelumschlag vermerkt, dieser Stimmzettelumschlag ist wie ein unverändert abgegebener Stimmzettel zu behandeln, d. h. der Stimmzettelumschlag ist auf den Stapel für den Kennbuchstaben ☐ zu legen und als ungültiger Stimmzettel zu zählen. Eines gesonderten Beschlusses vom Briefwahlvorstand bedarf es nicht.

Stimmzettelumschläge mit mehreren Stimmzetteln der gleichen Wahl oder Umschläge, die Anlass zu Bedenken geben, sind gesondert zu verwahren und bei der anschließenden Ergebnisermittlung durch Beschlussfassung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit zu bewerten. Zum Schluss sind diese der Wahl-niederschrift beizufügen.

Bei der Prüfung auf ihre Gültigkeit sowie Zählung der Stimmzettel und Stimmen soll wie folgt verfahren werden: Mehrere Beisitzerinnen/Beisitzer können unter Aufsicht der Briefwahlvorsteherin/des Briefwahlvorstehers aus den Stimmzetteln die folgenden Stapel bilden und sie unter Aufsicht halten:

Die Stimmzettel werden entfaltet und danach sortiert, für welchen Wahlvorschlag die Wählerin/der Wähler die bis zu drei Stimmen gegeben hat. Dabei ist gleichgültig, welchen Bewerberinnen/Bewerbern eines Wahlvorschlags die Wählerin/der Wähler die Stimmen gegeben hat. Für alle Stimmzettel, auf denen die Wählerin/der Wähler die Stimmen auf mehrere Wahlvorschläge verteilt (panaschiert) hat, wird ein weiterer Stapel gebildet.

Ein weiterer Stapel ist für die unverändert abgegebenen Stimmzettel zu bilden. Die Briefwahlvorsteherin/Der Briefwahlvorsteher hat die unverändert abgegebenen Stimmzettel zu zählen und bracht dafür keinen gesonderten Beschluss durch den Briefwahlvorstand herbeizuführen.

Hat die Wählerin/der Wähler mehr als drei Stimmen abgegeben oder gibt der Stimmzettel aus anderen Gründen Anlass zu Bedenken bzw. erscheint er als ungültig, wird er auf einen weiteren Stapel für „Zweifelsfälle“ (Stapel Z) gelegt. Wurde bei Mehrheitswahl eine andere wählbare Person auf dem Stimmzettel angegeben, handelt es sich in der Regel um einen Stimmzettel mit Bedenken, da die Prüfung nötig ist, ob die Person eindeutig benannt ist.

Im Anschluss erfolgt die Zählung der Stimmen der einzelnen Stapel. Hierfür können Zählgruppen gebildet werden. Sofern Zähllisten geführt werden, wird jede einzelne Stimme dort vermerkt.

- ☛ (2) Bei jedem der Stimmzettel des Stapels Z lässt die Briefwahlvorsteherin/der Briefwahlvorsteher den gesamten Briefwahlvorstand abstimmen, ob der Stimmzettel oder die einzelne Stimme gültig oder ungültig ist (Stimmenmehrheit entscheidet, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Wahlvorsteherin/des Wahlvorstehers den Ausschlag), vermerkt das Ergebnis auf der Rückseite des Stimmzettels und nummeriert die Stimmzettel fortlaufend. Alle Stimmzettel dieses Stapels sind der Wahl-niederschrift als Anlage beigelegt. Gleiches gilt für die gesondert verwahrten Stimmzettelumschläge, die Anlass zu Bedenken gaben oder mehrere Stimmzettel der gleichen Wahl enthielten. Dies trifft auch auf Stimmzettelumschläge zu, die bei verbundenen Wahlen nicht für jede Wahl einen Stimmzettel enthalten.
- ☛ (3) Die Zählung ist zu wiederholen, wenn sich Unstimmigkeiten oder rechnerische Fehler ergaben oder ein Mitglied des Briefwahlvorstandes dies verlangt hat.

Feststellung des Wahlergebnisses

- ☛ (4) Ist nur ein oder kein Wahlvorschlag zugelassen worden, so sind gewählte Personen, die keine Bewerberinnen/Bewerber waren, auf einem besonderen Blatt unter Angabe ihrer jeweiligen Stimmenzahl aufzulisten. Die Summe der auf diese Personen und der auf etwaige Bewerberinnen/Bewerber des Wahlvorschlags entfallenen Stimmen muss mit der Zahl der gültigen Stimmen übereinstimmen.

Bei der Durchführung einer Bürgermeister- oder Landratswahl stimmt die Anzahl der gültigen Stimmzettel mit der Zahl der gültigen Stimmen überein. $D=E$

nach Abschluss der Niederschrift

- ☛ (5) Die Niederschrift mit den Anlagen wird unverzüglich der/dem Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses bzw. bei Kreiswahlen der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister oder der von ihr/ihm bestimmten Empfangsperson übergeben.

Alle Stimmzettelumschläge und Wahlscheine, die nicht der Wahl Niederschrift als Anlage beigelegt sind, werden mit den Stapeln der gültigen Stimmzettel je für sich verpackt. Die unverändert abgegebenen Stimmzettel werden auch separat verpackt. Bei gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen sind die Wahlscheine, über die der Briefwahlvorstand besonders beschlossen hat, der Wahl Niederschrift für die Wahl anzuschließen, deren Ergebnis als erstes festgestellt wird. Die Pakete werden sachgerecht versiegelt, mit Inhaltsangabe versehen und gemeinsam mit den übrigen Wahlunterlagen der Gemeinde übergeben.

Anlage 31

(zu § 53 Absatz 1)

Zusammenfassung der Wahlergebnisse bei der Kreiswahl

Zusammenfassung der Wahlergebnisse bei der Kreiswahl

Für die Stadt / Gemeinde _____

werden die Wahlergebnisse in den Wahlbezirken für die

Kreistagswahl / Landratswahl¹ am _____

wie folgt zusammengefasst:

(Bei Kreistagswahlen):**I. Wahlkreis Nr.: _____****1. Wahlergebnis im Wahlkreis:**

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

1. (Wahlvorschlag)²		2. (Wahlvorschlag)²	
(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

¹ Nichtzutreffendes streichen.² Ist nur ein oder kein Wahlvorschlag zugelassen worden oder sind bei Kreistagswahlen mehrere Wahlvorschläge zugelassen, die zusammen jedoch nicht mehr Bewerberinnen und Bewerber als zwei Drittel der Zahl der zu vergebenden Kreistagssitze umfassen, sind gewählte Personen, die keine Bewerberinnen oder Bewerber waren, auf einem gesonderten Blatt unter Angabe ihrer jeweiligen Stimmenzahl aufzulisten. Die Summe der auf diese Personen und der auf etwaige Bewerberinnen und Bewerber des Wahlvorschlags entfallenen Stimmen muss mit der Zahl der gültigen Stimmen übereinstimmen.

2. Wahlergebnis nach Wahlbezirken

a) Wahlbezirk Nr. _____

Wahlergebnis

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

1. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	2. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

b) Wahlbezirk Nr. _____

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

1. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	2. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

c) usw.

II. Wahlkreis Nr.: _____**1. Ergebnis im Wahlkreis:**

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

1. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	2. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

2. Ergebnis nach Wahlbezirken:**a) Wahlbezirk Nr.** _____

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

1. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	2. (Wahlvorschlag) ² (Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

b) Wahlbezirk Nr. _____

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

1. (Wahlvorschlag) ²		2. (Wahlvorschlag) ²	
(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl	(Namen der Bewerber/innen laut Stimmzettel)	Stimmenzahl
zusammen	E 1	zusammen	E 2

c) usw.

(Bei Landratswahlen):I. Ergebnis im Wahlgebiet:

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahlschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

Wahlvorschlag ²	Bewerberin/Bewerber	Stimmenzahl
zusammen	D=E	

II. Ergebnis nach Wahlbezirken:

1. Wahlbezirk Nr. _____

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahrschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

Wahlvorschlag ²	Bewerberin/Bewerber	Stimmenzahl
zusammen	D=E	

2. Wahlbezirk Nr. _____

Kennbuchstabe	Bezeichnung	Anzahl
A1	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis ohne Sperrvermerk „W“	
A2	Wahlberechtigte laut Wählerverzeichnis mit Sperrvermerk „W“	
A1 + A2	im Wählerverzeichnis insgesamt eingetragene Wahlberechtigte	
B	Wählerinnen/Wähler insgesamt	
B1	darunter Wählerinnen/Wähler mit Wahrschein	
C	Zahl der ungültigen Stimmzettel	
D	Zahl der gültigen Stimmzettel	
E	Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen	

Von den gültigen Stimmen entfallen auf

Wahlvorschlag ²	Bewerberin/Bewerber	Stimmenzahl
zusammen	D=E	

3. usw.

_____, den _____, _____ Uhr

Unterschrift der (Ober-)Bürgermeisterin/des (Ober-)Bürgermeisters oder der/des nach § 12 KomWG beauftragten Bediensteten

Von der oder dem Vorsitzenden des Kreiswahlausschusses oder durch eine von ihr/ihm beauftragte Empfangsperson wurden die Wahlniederschriften der Gemeinde _____ mit allen darin verzeichneten Anlagen am _____, _____ Uhr, auf Vollständigkeit geprüft und übernommen.

(Unterschrift)

Achtung: Es ist sicherzustellen, dass die Wahlniederschriften mit den Anlagen und die Pakete mit den weiteren Unterlagen Unbefugten nicht zugänglich sind.

Anlage 32

(zu § 63 Absatz 1)

Sorbischsprachige Bekanntmachungstexte

Sorbischsprachige Bekanntmachungstexte**1. Öffentliche Bekanntmachung der Durchführung der Wahl****Zjawne wozjewjenje wo přewjedženju wólbow**

Ze scěhowacym zjawnym wozjewjenjom so na to skedźbni, zo so w blišim času komunalne wólbny přewjedu.

Strony a wolerske zjednoćenstwa, kotrež chcedža so k wólbam stajić, su namołwjene, swoje kandidatne lisćiny (wólbne namjety) zapodać.

Tohodla wobsahuje zjawne wozjewjenje tohorunja pokiwy za strony a wolerske zjednoćenstwa, w kotrej formje a hač do hdy maja so wólbne namjety zapodać a za kotre politiske strony a wolerske zjednoćenstwa su podpěrowace podpisma trěbne.

Štóz chce jako měšćanosta/wjesnjanoš abo jako krajny rada kandidować, smě tež jako jednotliwa wosoba wólbny namjet zapodać.

Dokładniše informacije namakaće w hamtskich němskich wozjewjenjach.

2. Öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge**Zjawne wozjewjenje schwalenych wólbnych namjetow**

Wólbny wuběrk je zapodate wólbne namjety za přichodne komunalne wólbny přepruwować a wšitke namjety, kotrež su prawnskimi předpisami wotpowědowali, za komunalne wólbny schwalić.

W scěhowacym wozjewjenju su strony a wolerske zjednoćenstwa mjenowane kaž tež jich kandidatki a kandidaća, kotrež resp. kotřiž hodža so na wólbny dnju wolić, t. r. zo budu tute strony a wolerske zjednoćenstwa ze swojimi kandidat(k)ami na hłosowanskim lisćiku nalistowane. Tež jednotliwcy móža stać na hłosowanskim lisćiku za wólbny wjesnjanoš/měšćanost abo krajneho rady.

Jeli je so jenož jedyn abo njeje so žadyn wólbny namjet zapodać, abo jeli su so za wólbny do gmejnskeje resp. sydlišćoweje rady abo wokrjesneho sejmika wjacore wólbne namjety schwalili, kotrež pak wučinjeja dohromady mjenje kandidat(k)ow hač dvě třeciny městnow, kiž maja so wobsadzić, hodži so tež kóždy wosoba wolić, kotraž je 18. žiwjenske lěto dokónčiła a kiž znajmjeńša 3 měsacy w gmejnje resp. wokrjesu bydli.

3. Öffentliche Bekanntmachung über die Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen**Zjawne wozjewjenje wo móžnosći, sej zapis wolerjow wobhladać, a wo přidželenju wólbnych lisćikow**

W tutym zjawnym wozjewjenju na to skedźbnjamy, zo smě kóždy wólbokmana wosoba přichodnych komunalnych wólbow wšědný dzeń wot 20. hač do 16. dnja do wólbow w zwučenych wotewrjenskich časach zarjada do zapisa wolerjow hladać, zo by zapiski přepruwowała.

Do zapisa wolerjow su wšitke wosoby zapisane, kotrež su 18. žiwjenske lěto dokónčili a znajmjeńša 3 měsacy w gmejnje resp. we wokrjesu bydla a su z tym na wólbny dnju wólbokmane.

Štóz ma zapis wolerjow za njekorektny abo njedospołny, móže w horjeka mjenowanym času na gmejnje próstwu wo korigowanje zapodać.

Wozjewjenje nimo toho zdžěli, kak móžeće próstwu wo wólbny lisćik stajić a kak móžeće z listom wolić.

Dalše informacije wo wólbach z wólbny lisćikom a wo listowej wólbje su na wólbnej zdžělenke, kotruž wšitcy do zapisa wolerjow zapisani wólbokmani sčasom dóstanu.

Dokładniše informacije namakaja so w hamtskich němskich wozjewjenjach.

4. Wahlbekanntmachung

Wozjewjenje wólbow

Tute wozjewjenje informuje wo wólbnej dobje, wo wólbnych wobwodach a rumnosćach kaž tež wo wašnju hłosowanja.

Woler/ka móže při wólbach wjesnjanosty/měšćanosty/krajneho rady po jednym hłosu, při wólbach gmejskeje rady/sydlišćoweje rady/wokrjesneho sejmika po třoch hłosach wotedać.

Móžeće jenož kandidatki/kandidatow wolić, kotřiž su na hłosowanskim lisćiku mjenowani. Jeli je so jenož jedyn abo njeje so žadyn wólbny namjet schwalić, abo jeli su so za wólby do gmejskeje/sydlišćoweje rady resp. wokrjesneho sejmika wjacore wólbne namjety schwalili, kotrež pak wučinjeja dohromady mjenje kandidat(k)ow hač dvě třeciny městnow, kiž maja so wobsadzić, hodža so nimo na hłosowanskim lisćiku mjenowanych kandidatow tež druge wosoby přez jasne pomjenowanje wolić.

Kóžda wólbokmana wosoba smě jenož w tym wólbnym wobwodze wolić, hdžež je do wolerskeho zapisa zapisana, chiba zo wobsedži wólbny lisćik. Wólbna zdžělenka kaž tež hamtski personalny wupokaz abo pućowanski pas matej so na wólby sobu přinjesć.

Wozjewjenje wobsahuje nimo toho informacije wo postupowanju, hdyž z listom woliće.. Wólbny akt, ličenje a zwěšćenje wuslědka wólbow we wólbnym wobwodze su zjawne.

5. Öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses

Zjawne wozjewjenje wuslědka wólbow

Tute wozjewjenje wobsahuje wot gmejskeho/wokrjesneho wólbneho wuběrka zwěšćeny wuslědk wólbow po § 51 , § 53 wotst. 3 SächsKomWO z trěbnymi podaćemi po § 50 wotst. 3, 4 SächsKomWO.

Při wólbach gmejskeje/sydlišćoweje rady/wokrjesneho sejmika su woleni a jich zastupnicy přeco w zwěšćenym rjedže mjenowani. Při wólbach wjesnjanosty/měšćanosty/krajneho rady su kandidatki/kandidaća a dalše wosoby w rjedže docpěteje ličby hłosow mjenowani.

Wozjewjenje wobsahuje nimo toho poki w, na kotrym zarjedže a w běhu kotreje doby hodži so spřeći wjenje wólbam zwuraznić, w kotrych padach dyr bja so spřeći wjenju dalši wólbokmani přizamknýć a kak wulka je jich trěbna ličba.

6. Benachrichtigung der Gewählten durch die Gemeinde/den Landkreis

Informowanie wolenych wot gmejny/wokrjesa

Z předležacym pismom informujemy Was wo wuslědku aktualnych wólbow. Skedźbnjamy Was zdobom na móžnosć wotpokazanja čestnohamtskeho džěla a na ewentalnje wobstejace zadžěwki a namołwjamy Was, zo byšće nam zdžěli/a, hač chceće wólb wotpokazać abo so na zadžěwki powołać.

Dokładniše informacije zhoniće w němskim pismje.

Anlage 33

(zu § 63 Absatz 2)

Zweisprachige Vordrucke

Wahlscheinantrag / Próstwa wo wólbny lisćik (§ 63 Absatz 2 Nummer 1)

		Gemeinde / Stadt // gmejna / město	
Name/knjeni/knjez, Anschrift/adresa			
Wahlbenachrichtigung / wólbna zdžělenka			
für die Wahl/en zur/zum / za wólbny _____ ¹			
Wahltag / dzeń wólbow:		Sonntag, der / njedzelu, dnja _____	
Wahlzeit / čas wólbow:		von / wot _____:_____ bis / hač do _____:_____ Uhr / hodž. ²	
<p>³Ein zweiter Wahlgang zur Bürgermeister-/ Landratswahl⁴ findet nur dann statt, wenn bei der vorausgehenden Wahl keine Bewerberin/kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.⁵</p> <p>³Druhe wólbne kolo we wólbach měšćanosty/ wjesnjanosty/krajneho rady⁴ so jenož wotměje, njeje-li žadna kandidatka/žadyn kandidat w přěnim wólbny kole wjac hač połjcu plaćiwych hšow dostal/a.⁵</p>			
Wahlraum	Wahlkreis/Wahlbezirk/Wählervz.-Nr.	wólbna rumnosć zapisu wolerjow	wólbny wokrjes/ wólbny wobwod/č. w
_____	_____/_____/_____	_____	_____/_____/_____
<p>Der Wahlraum ist barrierefrei/nicht barrierefrei.⁶ Nähere Auskünfte zu barrierefreien Wahlräumen erhalten Sie unter Telefonnummer: _____</p> <p>Sie sind in das Wählerverzeichnis eingetragen und können im oben angegebenen Wahlraum wählen. Bringen Sie diese Benachrichtigung zur Wahl mit und halten Sie Ihren Personalausweis (als ausländische Unionsbürgerin/ausländischer Unionsbürger Ihren Identitätsnachweis) oder Reisepass bereit!</p> <p>Wenn Sie in einem anderen Wahlraum Ihres Wahlkreises/des Wahlgebiets⁴ oder durch Briefwahl wählen wollen, benötigen Sie einen Wahlschein. Voraussetzung für die Erteilung des Wahlscheines ist der Wahlscheinantrag (siehe Rückseite). Wahlscheinanträge werden nur bis zum _____, _____:_____ Uhr⁷ entgegengenommen, bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung auch noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr. Der Antrag kann schriftlich, auch per E-Mail oder sonstige dokumentierbare elektronische Übermittlung oder mündlich gestellt werden, jedoch nicht telefonisch. Dabei ist das Geburtsdatum oder die oben genannte Wählerverzeichnisnummer anzugeben.</p> <p>Wahlscheine und Briefwahlunterlagen werden übersandt oder amtlich überbracht. Sie können auch bei der Gemeinde persönlich oder durch Bevollmächtigte abgeholt werden. Wer für eine andere Person Wahlschein und Briefwahlunterlagen beantragt oder bei der Gemeinde abholt, muss eine schriftliche Vollmacht vorlegen. Die/der Bevollmächtigte darf nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertreten. Die Gemeinde führt ein Verzeichnis der Bevollmächtigten und der an sie ausgehenden Wahlscheine.⁴ Wenn Sie die Briefwahlunterlagen per E-Mail oder durch eine Hilfsperson beantragen und an eine andere Adresse als Ihre Hauptwohnung senden lassen, erhalten Sie automatisch eine Kontrollmitteilung Ihrer Gemeinde an Ihre Hauptwohnung, um Missbrauch auszuschließen.</p> <p>³ Findet ein zweiter Wahlgang zur Bürgermeister/ Landratswahl⁴ statt, erhalten Wahlberechtigte, die zur ersten Wahl einen Wahlschein beantragt haben, automatisch erneut einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen übersandt. An der Urnenwahl zum zweiten Wahlgang können diese dann ausschließlich unter Vorlage des Wahlscheins teilnehmen. Wahlberechtigte, die zur ersten Wahl an der Urnenwahl teilgenommen haben, können bis zum _____, _____:_____ Uhr⁷ einen Wahlscheinantrag für den zweiten Wahlgang stellen, bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung auch noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr.</p> <p>Etwaige Unrichtigkeiten in Ihrer Anschrift teilen Sie bitte der Gemeinde mit.</p> <p>Stadt/Gemeinde (Ober-)Bürgermeisterin/(Ober-)Bürgermeister⁴</p>		<p>Přístup do wólbne rumnosće je/njeje bjez zadžěwkw.⁶ Bliše informacije k wólbny rumnosćam bjez zadžěwka dótanjće pod telefoniskim čisłom: _____</p> <p>Sće zapisany/a do zapisu wolerjow a móžeće w horjeka mjenowanej rumnosći wolić. Přinjesće tutu zdžělenku na wólbny sobu a za wšě pady swój personalny wupokaz (jako wukrajny stačan Europskeje unije swój wupokaz identity) abo pučowanski pas.</p> <p>Chćeće-li w druhej wólbnej rumnosći swójeho wólbneho wokrjesa/wólbneho teritorija⁴ abo z listow wolić, trjebaće wólbny lisćik. Wuměnjenje za wudžělenje wólbneho lisćika je próstwa wo wólbny lisćik (na zadnjeje stronje). Tute próstwy přijimaja so jenož hač do _____, _____:_____ hodž.⁷, při dopokazanym njenadžitym schorjenju tež hišće na dnu wólbow hač do 15:00 hodž. Próstwu móžeće pisomnje, tež z e-mailku abo w hinašej dokumentujomnej elektroniskej formje kaž tež ertnje stajić, nic pak telefonisce. Za to podajće swój datum naroda abo horjeka podate čisło w zapisu wolerjow.</p> <p>Wólbne lisćiki a podložki za listowe wólbny so wam připósćelu abo hamtsce přepodadza. Móžeće sej je tež wosobinsce na gmejne wotewzać abo społnomócnjenu wosobu pósłać. Štóž za někoho druheho wo wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny prosy abo na gmejne wotewza, dyrbi pisomnu połnomoć předpožić. Społnomócnjeny/a njesmě wjac hač štyrjoch wólbokmanych zastupować. Gmejna wjedže lisćinu wo społnomócnjenych a wo wólbnych lisćikach, kiž su dostali.⁴ Jeli wo podložki za listowe wólbny z e-mailku abo z pomocu druheje wosoby prosyće a sej je na druhu adresu hač na swoje hłowne bydlenje pósłać daće, dótanjće awtomatisce kontrolnu zdžělenku swójeje gmejny na adresu swójeho hłowneho bydlenja, zo by so znjewužiwanje wuzamknyło.</p> <p>³ Wotměje-li so druhe wólbne kolo we wólbach měšćanosty/wjesnjanosty/krajneho rady⁴, dóstanu wólbokmani, kotřiž su za přenje kolo wo wólbny lisćik prosyli, awtomatisce znowa wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny. Na wólbach při wólbny kašćiku w druhim wólbny kole móžeće so potom jenož wobdžělić, hdyž wólbny lisćik předpožiće. Wólbokmani, kotřiž su w přěnim wólbny kole při wólbny kašćiku wolili, móža hač do _____, _____:_____ hodž⁷, wo wólbny lisćik prosyć; při dopokazanym njenadžitym schorjenju tež hišće na dnu wólbow, do 15:00 hodž.</p> <p>Kohož adresa prawje podata njeje, njech to prošu gmejne zdžěli.</p> <p>město/gmejna (wyši) měšćanosta/wjesnjanosta</p>	

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Es ist/sind die Wahlart/en einzutragen, für die die Wahlbenachrichtigung gültig ist. Bei der Bürgermeister-/Landratswahl ist bei den nur für einen etwaigen zweiten Wahlgang Wahlberechtigten der Hinweis „etwaiger zweiter Wahlgang für die Bürgermeister-/Landratswahl / jenož ewentalne druhe wólbne kolo we wólbach měšćanosty/wjesnjanosty/krajneho rady“ einzutragen. In jedem Fall soll bei der Bürgermeister-/Landratswahl der Tag des etwaigen zweiten Wahlgangs enthalten sein, verbunden mit dem Hinweis, dass hierzu keine weitere Benachrichtigung ergeht (Za to njeđóstanjeće nowu zdželenku).
- ² Bei der Bürgermeister-/Landratswahl ist bei den nur für den zweiten Wahlgang Wahlberechtigten ausschließlich der Wahltag und die Wahlzeit des etwaigen zweiten Wahlgangs anzugeben. Bei den für beide Wahlgänge Wahlberechtigten sind beide Wahltag und Wahlzeiten anzugeben.
- ³ Nur bei der Bürgermeister-/Landratswahl.
- ⁴ Nichtzutreffendes streichen.
- ⁵ Bei den nur für den zweiten Wahlgang Wahlberechtigten ist stattdessen folgender Satz einzufügen: „Ein zweiter Wahlgang zur Bürgermeister-/Landratswahl findet nur dann statt, wenn bei der vorausgehenden ersten Wahl, für die Sie nicht wahlberechtigt sind, keine Bewerberin/kein Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat./ Druhe wólbne kolo we wólbach) měšćanosty/wjesnjanosty/krajneho rady so jenož wotměje, njeje-li žadna kandidatka/žadyn kandidat w přenim wólbny kole, za kotrež njejsće byl/a wólbokmany/a, wjace hač połojcu plaćiwych hłosow dóstał/a“.
- ⁶ Alternativ kann der Hinweis zum Wahlraum mit einem geeigneten Piktogramm versehen werden.
- ⁷ Vergleiche § 13 Absatz 3 SächsKomWO.
- ⁸ Bei nur für den zweiten Wahlgang Wahlberechtigten ist stattdessen folgender Satz einzufügen: „Findet ein zweiter Wahlgang statt, können Wahlberechtigte Wahlscheinanträge nur bis zum _____, _____ Uhr bei der Gemeinde stellen, bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung auch noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr / Wotměje-li so druhe wólbne kolo we wólbach, móža wólbokmani wo wólbny lisćik jenož hač do _____, _____ hodž. na gmejnje prosyć, při dopokazanym njenadžitym schorjenju tež hišće na dnju wólbow hač do 15:00 hodž.“

Zweisprachige Vordrucke

Wahlscheinantrag / Próstwa wo wólbny lisćik (§ 63 Absatz 2 Nummer 2)

Bitte in einem auf Ihre Kosten ausreichend frankierten Briefumschlag an die Gemeinde/Stadt¹ senden! Prošu w dosahajcy frankérowanej wobalce (na swójske kóšty) gmejnje/městu¹ póstać!																
Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines / próstwa wo wólbny lisćik																
Für die / za <input type="checkbox"/> ¹ Gemeinde-/Stadttratswahl / wólbny gmejnске rady/ měšćanske rady ³ <input type="checkbox"/> ² Ortschaftsratswahl / wólbny wjesneje rady ³ <input type="checkbox"/> ² Bürgermeisterwahl / wólbny (wyšeho) měšćanosty/ wjesnjanošty <input type="checkbox"/> ² Landratswahl / wólbny krajneho rady <input type="checkbox"/> ² Kreistagswahl / wólbny wokresneho sejmika ³ am / dnja _____	<p>Der Wahlscheinantrag ist nur auszufüllen, zu unterschreiben und abzusenden, wenn Sie nicht in Ihrem Wahlraum, sondern in einem anderen Wahlraum Ihres Wahlkreises/des Wahlgebiets⁴ oder durch Briefwahl wählen wollen. ⁶Bei einem zweiten Wahlgang erhalten Wahlberechtigte, die zur ersten Wahl einen Wahlschein beantragt haben, automatisch erneut einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen übersandt. An der Urnenwahl zum zweiten Wahlgang können diese nur unter Vorlage des Wahlscheins teilnehmen.</p> <p>Próstwu wo wólbny lisćik wupjelńće, podpisańće a póstelńće, hdyž nochće w swojej wólbnej rumnosći wolić, ale w druhej wólbnej rumnosći swojeho wólbneho wokresja/wólbneho teritorija⁴ abo z listom. Za móžne druhe wólbne kóto póstelcu so wólbokmanym, kotřiž su za přenje kóto wo wólbny lisćik prosyli, awtomatisce wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny. Chceće-li druhe wólbne kóto při wólbnyym kašćiku wolić, předpołożće wólbny lisćik na městnje.</p>															
Zutreffendes bitte ankreuzen <input checked="" type="checkbox"/> oder in Druckbuchstaben ausfüllen. Štož přitřechi, prošu nakřizikujće <input checked="" type="checkbox"/> abo wupjelńće w čišćanym pismje.																
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 33%; padding: 2px;">Familienname / swójbne mjeno</td><td style="width: 33%; padding: 2px;">Vorname / předmjeno</td><td style="width: 34%; padding: 2px;">Geburtsdatum / datum narođenja</td></tr><tr><td colspan="3" style="padding: 2px;">Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) / hłowne bydleńje (dróha, čisło domu, póstowe čisło, město)</td></tr></table>		Familienname / swójbne mjeno	Vorname / předmjeno	Geburtsdatum / datum narođenja	Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) / hłowne bydleńje (dróha, čisło domu, póstowe čisło, město)											
Familienname / swójbne mjeno	Vorname / předmjeno	Geburtsdatum / datum narođenja														
Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) / hłowne bydleńje (dróha, čisło domu, póstowe čisło, město)																
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 50%; padding: 2px;">⁵Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:</td><td style="width: 50%; padding: 2px;">⁵Wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny <input type="checkbox"/> póstelńće mi na moje horjeka podate hłowne bydleńje. <input type="checkbox"/> wotewozmjě w połnomocy (hlej deleka) podata wosoba. <input type="checkbox"/> póstelńće mi na slědowacu adresu:</td></tr></table>		⁵Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:	⁵Wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny <input type="checkbox"/> póstelńće mi na moje horjeka podate hłowne bydleńje. <input type="checkbox"/> wotewozmjě w połnomocy (hlej deleka) podata wosoba. <input type="checkbox"/> póstelńće mi na slědowacu adresu:													
⁵Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:	⁵Wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny <input type="checkbox"/> póstelńće mi na moje horjeka podate hłowne bydleńje. <input type="checkbox"/> wotewozmjě w połnomocy (hlej deleka) podata wosoba. <input type="checkbox"/> póstelńće mi na slědowacu adresu:															
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 50%; padding: 2px;">⁶Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen für einen eventuellen zweiten Wahlgang am ⁷ <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:</td><td style="width: 50%; padding: 2px;">⁶Wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny za ewentualne druhe wólbne kóto we wólbach dnja ⁷ <input type="checkbox"/> póstelńće mi na moje horjeka podate hłowne bydleńje. <input type="checkbox"/> wotewozmjě w połnomocy (hlej deleka) podata wosoba. <input type="checkbox"/> póstelńće mi na slědowacu adresu:</td></tr></table>		⁶Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen für einen eventuellen zweiten Wahlgang am ⁷ <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:	⁶Wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny za ewentualne druhe wólbne kóto we wólbach dnja ⁷ <input type="checkbox"/> póstelńće mi na moje horjeka podate hłowne bydleńje. <input type="checkbox"/> wotewozmjě w połnomocy (hlej deleka) podata wosoba. <input type="checkbox"/> póstelńće mi na slědowacu adresu:													
⁶Der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen für einen eventuellen zweiten Wahlgang am ⁷ <input type="checkbox"/> sollen an meine obige Hauptwohnung geschickt werden. <input type="checkbox"/> werden gemäß unten stehender Vollmacht abgeholt. <input type="checkbox"/> sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden:	⁶Wólbny lisćik a podložki za listowe wólbny za ewentualne druhe wólbne kóto we wólbach dnja ⁷ <input type="checkbox"/> póstelńće mi na moje horjeka podate hłowne bydleńje. <input type="checkbox"/> wotewozmjě w połnomocy (hlej deleka) podata wosoba. <input type="checkbox"/> póstelńće mi na slědowacu adresu:															
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 50%; padding: 2px;">Familienname / swójbne mjeno</td><td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname / předmjeno</td></tr><tr><td colspan="2" style="padding: 2px;">Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, bei Versand ins Ausland auch der Staat) / adresa (dróha, čisło domu, póstowe čisło, město; jeli do wukraja, tež stat)</td></tr></table>		Familienname / swójbne mjeno	Vorname / předmjeno	Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, bei Versand ins Ausland auch der Staat) / adresa (dróha, čisło domu, póstowe čisło, město; jeli do wukraja, tež stat)												
Familienname / swójbne mjeno	Vorname / předmjeno															
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, bei Versand ins Ausland auch der Staat) / adresa (dróha, čisło domu, póstowe čisło, město; jeli do wukraja, tež stat)																
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 50%; padding: 2px;">(Datum, Unterschrift der/des Wahlberechtigten / datum, podpis wólbokmaneho/eje)</td><td style="width: 50%; padding: 2px;">- oder -</td><td style="width: 50%; padding: 2px;">(Datum, Unterschrift der Hilfsperson / datum, podpis pomocnika/cy)</td></tr><tr><td colspan="3" style="padding: 2px;">Angaben zur Hilfsperson in Druckbuchstaben / podača k pomocnikej/cy w čišćanym pismje</td></tr><tr><td colspan="3" style="padding: 2px;">Familienname, Vorname / swójbne mjeno, předmjeno</td></tr><tr><td colspan="3" style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer / dróha, čisło domu</td></tr><tr><td colspan="3" style="padding: 2px;">Postleitzahl, Wohnort / póstowe čisło, město/wjes</td></tr></table>		(Datum, Unterschrift der/des Wahlberechtigten / datum, podpis wólbokmaneho/eje)	- oder -	(Datum, Unterschrift der Hilfsperson / datum, podpis pomocnika/cy)	Angaben zur Hilfsperson in Druckbuchstaben / podača k pomocnikej/cy w čišćanym pismje			Familienname, Vorname / swójbne mjeno, předmjeno			Straße, Hausnummer / dróha, čisło domu			Postleitzahl, Wohnort / póstowe čisło, město/wjes		
(Datum, Unterschrift der/des Wahlberechtigten / datum, podpis wólbokmaneho/eje)	- oder -	(Datum, Unterschrift der Hilfsperson / datum, podpis pomocnika/cy)														
Angaben zur Hilfsperson in Druckbuchstaben / podača k pomocnikej/cy w čišćanym pismje																
Familienname, Vorname / swójbne mjeno, předmjeno																
Straße, Hausnummer / dróha, čisło domu																
Postleitzahl, Wohnort / póstowe čisło, město/wjes																
Vollmacht zur Abholung der Briefwahlunterlagen / Połnomóc za wotewzaće podložkow za listowe wólbny																
Ich bevollmächtige zur Entgegennahme des Wahlscheins mit Briefwahlunterlagen knjeza/knjeni (Familienname, Vorname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort // swójbne mjeno, předmjeno, dróha, čisło domu, póstowe čisło, město/wjes)	Spółnomócnjam k přijimanju wólbneho lisćika z podložkami za listowe wólbny Wěm, zo smě pomocnik/ca w mojim nadawku wólbny lisćik z podložkami za listowe wólbny za mnje jenož wotewzać, hdyž je w tutej próstwie jako społnomócnjena wosoba zapisana abo předpołożi-li hinašu pisomnu pořnomóc. Spółnomócnjena wosoba ma gmejnje do přijimanja podložkow pisomnje wobkrućić, zo wjace hač štyrjoch wólbokmanych njezastupuje. Je-li trjeba, ma so wupokazać.															
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td style="width: 50%; padding: 2px;">(Datum / datum)</td><td style="width: 50%; padding: 2px;">(Unterschrift der/des Wahlberechtigten / podpis wólbokmaneho/eje)</td></tr></table>		(Datum / datum)	(Unterschrift der/des Wahlberechtigten / podpis wólbokmaneho/eje)													
(Datum / datum)	(Unterschrift der/des Wahlberechtigten / podpis wólbokmaneho/eje)															
Erklärung der/des Bevollmächtigten / Wobkrućenje społnomócnjeneje wosoby (nicht vom Wahlberechtigten auszufüllen / nima wólbokmany/a wupjelnić)																
Hiermit bestätige ich _____ (Familienname, Vorname) den Erhalt der Unterlagen und versichere gegenüber der Gemeinde/Stadt ⁴ , dass ich nicht mehr als vier Wahlberechtigte bei der Empfangnahme der Briefwahlunterlagen vertrete. (Datum / datum)	Ja, _____ (swójbne mjeno, předmjeno) z tym wobkrućam, zo sym podložki dóstał/a a zaručam gmejnje/městu ⁴ , zo při přijimanju podložkow za listowe wólbny wjace hač štyrjoch wólbokmanych njezastupuju (Unterschrift der/die Bevollmächtigte / podpis społnomócnjeneje wosoby)															

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Nichtzutreffendes streichen und um die Adresse des Wahlamtes ergänzen.
- ² Zutreffendes ist von der Gemeinde entsprechend der Wahlberechtigung anzukreuzen.
- ³ Bei Bedarf um Ordnungshinweise (Wahlkreis, Ortschaftsname) ergänzen.
- ⁴ Nichtzutreffendes streichen.
- ⁵ Entfällt bei der Bürgermeisterwahl/Landratswahl für Wahlberechtigte, die nur zum zweiten Wahlgang wahlberechtigt sind.
- ⁶ Nur bei der Bürgermeisterwahl und Landratswahl.
- ⁷ Zutreffendes Datum eintragen.

Zweisprachige Vordrucke
Wahlschein / Wólbny lisćik (§ 63 Absatz 2 Nummer 3)

<input type="checkbox"/> ¹ Gemeinde-/Stadttratswahl / wólbny gmejnskeje rady/měšćanskeje rady ² <input type="checkbox"/> ¹ Ortschaftsratswahl / wólbny wjesneje rady ² <input type="checkbox"/> ¹ Bürgermeisterwahl / wólbny měšćanosty/wjesnjanosty <input type="checkbox"/> ¹ Kreistagswahl / wólbny wokresneho sejmika ² <input type="checkbox"/> ¹ Landratswahl / wólbny krajneho rady		Gemeinde/Stadt / gmejna/město	
am / dnja _____			
Wahlschein / wólbny lisćik (Verlorene Wahlscheine werden nicht ersetzt! / Wólbne lisćiki, kiž su so zhubili, so njenarunaja!)			
Name / knjeni / knjez Adresse / adresa		<input type="checkbox"/> ¹ Wahlschein nach § 5 Absatz 1 Satz 1 KomWG / wólbny lisćik po § 5 wotst. 1 sadže 1 KomWG	
		<table border="1"><tr><td>Wahlschein Nr. / č. wólbneho lisćika</td><td>Wählerverzeichnis Nr. / č. w zapisu wolerjow</td></tr></table>	
Wahlschein Nr. / č. wólbneho lisćika	Wählerverzeichnis Nr. / č. w zapisu wolerjow		
		<input type="checkbox"/> ¹ Wahlschein nach § 5 Absatz 1 Satz 2 KomWG i. V. m. § 11 SächsKomWO / wólbny lisćik po § 5 wotst. 1 sadže 2 KomWG w zwisku z § 11 KomWO	
		<table border="1"><tr><td>Wahlschein Nr./ č. wólbneho lisćika</td><td>zugeordnet zum Wahlbezirk Nr. / přiřadowany wólbnemu wobwodnej č. _____</td></tr></table>	
Wahlschein Nr./ č. wólbneho lisćika	zugeordnet zum Wahlbezirk Nr. / přiřadowany wólbnemu wobwodnej č. _____		
Familienname der/des Wahlberechtigten / swójbne mjeno wólbkmaneho/eje		Vorname / předmjeno	Geburtsdatum / datum narođenja
Anschrift der Hauptwohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) / hłowne bydlenje (dróha, čisło domu, póstowe čisło, město/wjes) ³			
kann mit diesem Wahlschein		móže so z tutym wólbny lisćikom na horjeka mjenowanych wólbach wobdźělić	
1. gegen Abgabe des Wahlscheines und unter Vorlage eines amtlichen Personalausweises oder Reisepasses durch Stimmabgabe im Wahlraum in einem beliebigen Wahlbezirk des zuständigen Wahlkreises/Wahlgebietes _____ ⁴		1. hdyž je woteda/a wólbny lisćik a předpołożi/a hamtski personalny wupokaz abo pučowanski pas a to we wólbnej rumnosći w jednym z wólbnych wobwodow swojeho wólbneho wokresja/wólbneho teritorija _____ ⁴	
oder		abo	
2. durch Briefwahl		2. hdyž z listom woli.	
an der/den oben genannten Wahl(en) teilnehmen.			
(Dienststempel) / (službny pječat) ⁵		(Datum) / (datum) _____	
		(Unterschrift) / (podpismo) ⁵ _____	
Achtung Briefwählerin/Briefwähler! / Kedźbu, štož z listom woli!			
Bitte die nachfolgende Erklärung vollständig ausfüllen und unterschreiben. Bitte nicht abschneiden. Danach den Wahlschein mit dem Stimmzettelumschlag in den Wahlbriefumschlag stecken.		Prošu wupjełnić a podpisać slědowace wobkrućenje dospołnje . Tykrće potom wólbny lisćik z wobalku za hłosowanski lisćik do wólbnej wobalki.	
Versicherung an Eides statt zur Briefwahl Ich versichere gegenüber der/dem Vorsitzenden des Gemeinde-/Kreiswahlausschusses an Eides statt, dass ich den/die beigefügten Stimmzettel persönlich oder als Hilfsperson gemäß dem erklärten Willen der wählenden Person gekennzeichnet habe.		Wobkrućenje město přisahi za listowe wólbny Wobkrućam předsydu/předsydcu wólbneho wuběrka gmejny město přisahi, zo sym připołożeny hłosowanski lisćik/připołożene hłosowanske lisćiki wosobinsce abo jako pomocnik/ca po deklarowanej woli wolaceje wosoby woznamjeni/a.	
Ich weiß, dass die Abgabe einer falschen Versicherung an Eides statt gemäß § 156 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht ist.		Wěm, zo móže so wopačne wobkrućenje město přisahi po § 156 StGB z jatbu do třoch lět abo z pjenježnej pokutu chłostać.	
<div style="font-size: 4em; font-weight: bold; margin: 0;">oder</div>		(Datum, Unterschrift der Hilfsperson) / (datum, podpismo pomocnika/cy)	
		Weitere Angaben zur Hilfsperson in Blockschrift (Hinweis: Die Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Sie ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse, die sie durch die Hilfeleistung bekommt, verpflichtet. Dalše podača k pomocnikaj/cy w čišćanym pismje (poki w: Pomocnik/ca dyrbi znajmjeńša 16 lět stary/a być. Pomocna wosoba ma wo tym mjelčeć, štož při wólbach widzi a slyši.)	
		Familienname, Vorname / swójbne mjeno, předmjeno	
		Straße, Hausnummer / dróha, čisło	
Datum, Unterschrift der/des Wahlberechtigten) / (datum, podpismo wólbkmaneho/eje)		Postleitzahl, Wohnort / póstowe čisło, město/wjes	

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Zutreffendes ist von der Gemeinde entsprechend der Wahlberechtigung anzukreuzen.
- ² Bei Bedarf um Ordnungsmerkmale (Wahlkreis, Ortschaftsname) ergänzen.
- ³ Nur ausfüllen, wenn Versandanschrift nicht mit der Hauptwohnung übereinstimmt.
- ⁴ Bei gleichzeitig durchzuführenden Kommunalwahlen ist die Stimmabgabe für alle Kommunalwahlen nur in den Wahlbezirken im jeweils kleinsten aller betroffenen Wahlgebiete und bei Einteilung in Wahlkreise im zuständigen Wahlkreis möglich § 12 Absatz 4 Satz 3 SächsKomWO.
- ⁵ Wird der Wahlschein automatisch erstellt, kann das Dienstsiegel eingedruckt sein und die Unterschrift fehlen; stattdessen ist der Name der/des beauftragten Bediensteten einzusetzen.

Zweisprachige Vordrucke

Stimmzettelumschlag / głosowanska wobalka (§ 63 Absatz 2 Nummer 5)

Vorderseite:

STIMMZETTELUMSCHLAG

für die Briefwahl

WOBALKA ZA HŁOSOWANSKI LISĆIK

za listowe wólby

1

In diesen Umschlag nur **STIMMZETTEL** einlegen,
n i c h t den Wahlschein!

Do tuteje wobalki tykńće
jenož **HŁOSOWANSKI/E LISĆIK/I**,
n i c wólbny lisćik!

Rückseite:

Bitte nur **STIMMZETTEL** einlegen!

Stimmzettelumschlag zukleben.

Prošu tykńće jenož **hłosowanski/e lisćik/i**
do tuteje wobalki a ju zalěpće.

Nach dem Zukleben **diesen Stimmzettelumschlag und den Wahlschein** mit der
unterschiedenen Versicherung an Eides statt zur Briefwahl in den
Wahlbriefumschlag einlegen.

Tutu zalěpjenu wobalku a wólbny lisćik z podpisanym wobkrućenjom město
přisahi za listowe wólby tykńće do wólbneje wobalki.

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Bei gleichzeitiger Durchführung mit anderen Wahlen ist hier ein sachgerechter Aufdruck zu ergänzen
(z.B. „Kommunalwahlen“, „Bürgermeisterwahl“ / „komunalne wólby“, „wólby měšćanosty/wjesnjanosty“).

Zweisprachige Vordrucke
Wahlbriefumschlag / wólbna wobalka (§ 63 Absatz 2 Nummer 6)

Vorderseite:

Ausgabestelle / wudźělacy zarjad:		WAHLBRIEF / WÓLBNY LIST ² Gemeinde/Stadt/ gmejnjė/městu _____ _____ (Straße und Hausnummer / dróha a čisło domu) _____ (Postleitzahl und Bestimmungsort / póstowe čisło a wjes/město)
Wahlschein-Nr. / č. wólbneho lisćika:	Wahlbezirk-Nr. / wólbny wobwod č. 1	
²		

Rückseite:

Bitte in diesen Wahlbriefumschlag einlegen:

1. Den **Wahlschein** mit der unterschriebenen Versicherung an Eides statt und
2. den zugeklebten **Stimmzettelumschlag** mit dem/den darin befindlichen Stimmzettel/Stimmzetteln.

Danach Wahlbriefumschlag **zukleben**.

Prošu tykńće do tuteje wólbneje wobalki:

1. **wólbny lisćik** z podpisanym wobkrućenjom město přisahi a
2. **zalěpjenju wobalku za hłosowanski lisćik** z Wašim/i hłosowanskim/i lisćikom/ami.

Potom wólbnu wobalku **zalěpće**.

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Ist das Wahlgebiet in mehrere Wahlkreise unterteilt, kann die Wahlkreis-Nr. ergänzt werden. Findet Ortschaftsratswahl statt, kann zusätzlich die Ortschaft angegeben werden.
- ² Bei gleichzeitiger Durchführung mit anderen Wahlen ist auf der Vorderseite des Wahlbriefumschlags an einer Stelle ein sachgerechter Aufdruck zu ergänzen (z.B. „Kommunalwahlen“, „Bürgermeisterwahl“ / „komunalne wólbny“, „wólbny měšćanosty/wjesnjanosty“).

Zweisprachige Vordrucke

Hinweise für Briefwählerinnen und Briefwähler / Pokiwy za wólby z listom (§ 63 Absatz 2 Nummer 4)

Hinweise für Briefwählerinnen und Briefwähler	Pokiwy za wólby z listom
<p>Wenn Sie durch Briefwahl wählen,</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ kennzeichnen Sie persönlich und unbeobachtet den Stimmzettel¹ für die _____ wahl², ➤ legen Sie den gekennzeichneten Stimmzettel¹ in den amtlichen Stimmzettelumschlag¹ für die Briefwahl und kleben Sie den Stimmzettelumschlag zu, ➤ unterschreiben Sie die auf dem Wahlschein vorgedruckte Versicherung an Eides statt zur Briefwahl, ➤ stecken Sie den zugeklebten amtlichen Stimmzettelumschlag¹ und den mit der unterschriebenen Versicherung an Eides statt versehenen Wahlschein einzeln in den amtlichen Wahlbriefumschlag¹, ➤ verschließen Sie den Wahlbriefumschlag und ➤ versenden Sie den Wahlbrief mit der Post oder überbringen Sie ihn persönlich oder durch eine Hilfsperson an die auf dem Wahlbriefumschlag angegebene Stelle. <p>Die Stimme ist nur gültig, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ in der unteren Hälfte des Wahlscheines die Versicherung an Eides statt zur Briefwahl unterschrieben ist, ➤ der Wahlschein nicht im Stimmzettelumschlag für die Briefwahl liegt, sondern getrennt von diesem mit im Wahlbriefumschlag steckt und ➤ der Wahlbrief spätestens bis zum Wahltag 18.00 Uhr bei der auf dem Wahlbrief angegebenen Stelle eingeht. <p>Wenn der Wahlbrief innerhalb der Bundesrepublik Deutschland im amtlichen Wahlbriefumschlag als einfacher Brief von einem durch die Gemeinde benannten Postunternehmen befördert wird, ist er portofrei. Wahlbriefe, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder nicht im amtlichen Wahlbriefumschlag oder durch ein nicht durch die Gemeinde benanntes Postunternehmen oder unter Inanspruchnahme einer besonderen Versendungsform versandt werden, sind freizumachen.³</p> <p>Besondere Hinweise für die Stimmabgabe von Wählern mit Beeinträchtigungen oder mit Behinderungen</p> <p>Wählerinnen oder Wähler, die des Lesens unkundig oder wegen einer körperlichen Beeinträchtigung oder Behinderung gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Diese Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Sie muss die Versicherung an Eides statt zur Briefwahl unterzeichnen. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer von der oder dem Wahlberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt. Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung der oder des Wahlberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie durch die Hilfeleistung von der Wahl einer anderen Person erlangt hat. Auf die Strafbarkeit einer im Rahmen der zulässigen Assistenz entgegen der Wahlentscheidung der oder des Wahlberechtigten oder ohne eine geäußerte Wahlentscheidung der oder des Wahlberechtigten erfolgten Stimmabgabe wird hingewiesen.</p>	<p>Štóz z listom woli, njech</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ woznamjeni hłosowanski lisćik¹ _____² wosobinsce a bjez toho, zo jeho/ju něchtó wobkedźbuje, ➤ tyknje nakřížikowany hłosowanski lisćik¹ do hamtskeje hłosowanskeje wobalki¹ za listowe wólby a ju zalěpi, ➤ podpisa na wólbny lisćiku wobkrućenje město přisahi za listowe wólby, ➤ tyknje zalěpjeny hamtsku wobalku z hłosowanskim lisćikom¹ a wólbny lisćik z podpisanym wobkrućenjom město přisahi separatnje do hamtskeje wólbneje wobalki¹, ➤ wólbnu wobalku zalěpi a ➤ pósće wólbny list z póštu abo přinese jón wosobinsce abo pomocnik/ca na městno, kiž je na wólbnej wobalce podate. <p>Hłós jenož plaći, hdyž</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ je wobkrućenje město přisahi za listowe wólby z delnjej položcy wólbneho lisćika podpísane, ➤ njeleži wólbny lisćik we hłosowanskej wobalce za listowe wólby, ale hdyž separatnje we wólbny lisće tči, ➤ wólbny list najpozdžišo hač do wólbneho dnja w 18:00 hodź. na městno dórdže, kotraž je na wólbnej wobalce podate. <p>Sćeće-li wólbny list na teritoriju Zwjazkoweje republiki Němskeje w hamtskej wólbnej wobalce jako jednory list z póštowym předewzaćom, kotraž je gmejna postajiła, list frankěrować njetrjebaće. Wólbne listy, kotraž sćeće z druheho kraja hač ze Zwjazkoweje republiki Němskeje abo nic w hamtskej wólbnej wobalce abo z hinašim póštowym předewzaćom, hač je gmejna postajiła, abo wužiwaće-li wosebitu formu posyłki, maće posyłku frankěrować.³</p> <p>Wosebite pokiwy za wotedaće hłosa wolerjam z handicapom</p> <p>Wolerjam, kotřiž njemóža pisać abo čitać abo kiž čělnych přčin dla swój hłós sami woznamjenić njemóža, smě druha wosoba pomhać. Wona ma znajmjeńša 16 lět stara być a podpisa wobkrućenje město přisahi za listowe wólby. Pomocna wosoba njesmě wólbokmaneho/wólbokmanu w rozsudze wobwliwować abo poskićenu pomoc znjewužiwać z tym, zo rozsud wólbokmaneho/ wólbokmanej změni abo z druhim rozsudom naruna abo jeli wobsteji konflikt zajimow mjez pomocnej wosobu a wólbokmanym/wólbokmanej. Pomoc je ryzy techniskeho razu. Pomocna wosoba ma wo tym mjelčeć, štož při wólbach widži a słyši. Njejedna pomocna wosoba we wólbach w zmysle wólbokmaneho/wólbokmanej hrozy chłostanje, runje tak w padže, zo woteda pomocna wosoba hłós wólbokmanej/ wólbokmaneho bjez toho, zo je wólbokmana wosoba swój rozsud jasnje zwurazniła.</p>

<p>Hinweis zur Kontrollmitteilung</p> <p>Soweit der Wahlschein und die Briefwahlunterlagen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. auf elektronischem Wege oder 2. durch eine Hilfsperson <p>beantragt und an eine andere als die Wohnanschrift der wahlberechtigten Person versandt werden, erfolgt parallel eine Mitteilung über den Versand der Briefwahlunterlagen an die Adresse Ihres Hauptwohnsitzes. Dies soll einem Missbrauch der Briefwahl durch Dritte vorbeugen.</p> <p>⁴Hinweis für einen möglichen zweiten Wahlgang bei der Bürgermeister-/ Landratswahl⁵</p> <p>Sollte bei der Wahl am _____ keine Wahlbewerberin und kein Wahlbewerber die erforderliche Mehrheit erhalten, findet am _____ ein zweiter Wahlgang statt. Hierzu werden Sie unaufgefordert erneut einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen an die von Ihnen im Wahlscheinantrag hierfür angegebene Adresse zugesandt erhalten.</p> <p>⁶Hinweis für den zweiten Wahlgang bei der Bürgermeister-/Landratswahl⁵</p> <p>Bei der ersten Wahl am _____ hat keine Wahlbewerberin und kein Wahlbewerber die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können. Deshalb findet am _____ ein zweiter Wahlgang statt, bei dem gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Entsprechend Ihrem Antrag vor der ersten Wahl erhalten Sie beiliegend den Wahlschein und die Briefwahlunterlagen für diesen zweiten Wahlgang. Falls Sie beim zweiten Wahlgang an der Urnenwahl teilnehmen wollen, können Sie Ihre Stimme unter Vorlage des Wahlscheins in jedem Wahlraum der Gemeinde/des Landkreises⁵ abgeben.</p>	<p>Pokiw nastupajo kontrolna zdželenka</p> <p>Hdyž wo wólbny lisćik a podložki za listowe wólby</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. po elektroniskim puču abo 2. z pomocu drugeje wosoby <p>prosyće a sej je na druhu adresu hač na swoje howne bydlenje pósłać daće, dóstanjeće paralelnje zdželenku, zo so Wam podložki za listowe wólby na adresu Wašeho howneho bydlenja sčelu. Z tym ma so wuzamknyć, zo něchtó druhi listowe wólby njeznjewužiwa.</p> <p>⁴Pokiw za móžne druhe wólbne koło we wólbach měšćanosty/wjesnjanosty/krajneho rady⁵</p> <p>Jeli we wólbach dnja _____ žadyn z kandidatow trěbnu wjetšinu hłosow njedóstanje, budže dnja _____ druhe wólbne koło. Potom dóstanjeće nowy wólbny lisćik a podložki za listowe wólby awtomatisce na adresu, kotruž sće w próstwje wo wólbny lisćik podaŕ/a.</p> <p>⁶Pokiw za druhe wólbne koło we wólbach měšćanosty/wjesnjanosty/krajneho rady⁵</p> <p>W přěnim wólbny kole dnja _____ njeje žadyn z kandidat(k)ow trěbnu wjetšinu wotedatych hłosow dóstaŕ. Tohodla wotměje so dnja _____ druhe wólbne koło, w kotrymž budže woleny, štož je jednoru wjetšinu wotedatych hłosow dóstaŕ. Wotpowědnje Wašej próstwje za přenje wólby sčelemy Wam z tym wólbny lisćik a podložki za listowe wólby za tute druhe wólbne koło. Chceće-li pŕi druhim kole pŕi wólbny kašćiku wolić, móžeće swój hłos w kóždej wólbnej rumnosći gmejny/wokrjesa⁵ wotedać, hdyž wólbny lisćik předpožiće.</p>
--	--

Hinweise für die Herstellung:

- ¹ Bei der gleichzeitigen Durchführung mit anderen Wahlen soll darauf hingewiesen werden, welche Farbe die Stimmzettel, die Stimmzettelumschläge und der Wahlbriefumschlag für die Kommunalwahl aufweisen. Für die anderen Wahlen sind gesonderte Stimmzettelumschläge und Wahlbriefumschläge zu verwenden.
- ² Bei mehreren verbundenen Kommunalwahlen entsprechend ergänzen.
- ³ Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sorgt die Gemeinde/Stadt dafür, dass der Wählerin/dem Wähler keine Portokosten für die Rücksendung der Wahlbriefe entstehen. Die Gemeinde/Stadt hat den Wählerinnen/Wählern mitzuteilen, welches Postunternehmen den Transport der Wahlbriefe übernimmt. Nach Bedarf können an dieser Stelle andere oder weitere Frankierhinweise erteilt werden.
- ⁴ Nur bei der ersten Wahl zur Bürgermeisterin/zum Bürgermeister bzw. zur Landrätin/zum Landrat.
- ⁵ Nichtzutreffendes streichen.
- ⁶ Nur beim zweiten Wahlgang der Bürgermeister- bzw. Landratswahl.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73796, PVSt +4, **Deutsche Post** 